

DRITTER VERHANDLUNGSTAG

Freitag, den 26. September 1952

VORMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Henßler: Ich eröffne die Verhandlungen.

Zunächst möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Vorschläge zur Wahl des Parteivorstandes bis 12 Uhr eingereicht sein müssen.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Genosse Eichler gibt seinen Bericht über das Aktionsprogramm der SPD. Ich erteile ihm das Wort.

Eichler, Köln:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Diskussionen, die der Veröffentlichung des Entwurfs eines Aktionsprogramms unserer Partei gefolgt sind, genau so wie die Erörterungen, die dieser Veröffentlichung seit langem vorangegangen sind, haben, wie mir scheint, gezeigt, daß hier ein echtes politisches Interesse vorliegt, und mehr als das, ein Interesse auch an der geistigen Auseinandersetzung und an der Verständigung, deren Befriedigung ganz gewiß für unsere Partei und für unsere Arbeit eine unerläßliche Notwendigkeit ist.

Seit dem Beginn des Wiederaufbaus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unmittelbar nach dem politischen und moralischen Zusammenbruch des Hitlerreiches, wurde von vielen Genossen, ja man kann sagen beinahe von allen, bereits ein neues Programm gefordert. Die Parteiarbeit sollte eine festere Grundlage erhalten dadurch, daß man die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den politischen Kampf um den Sozialismus neu überprüfte und programmatisch formulierte. So selbstverständlich diese Forderung allen zu sein schien, so erheblich waren und sind auch heute noch die Hindernisse, die sich einer solchen Arbeit in den Weg stellen. Es fehlt zwar keineswegs an Bemühungen vieler einzelner, die Bausteine zusammenzutragen zur Erarbeitung einer geschlossenen Ansicht über Sinn, Zweck und Verwirklichungsmöglichkeit des Sozialismus. Und noch weniger fehlt es an Menschen, die fähig und bereit wären, dieser Arbeit mehr Zeit und mehr Kraft zu widmen als bisher. Aber was der gesamten sozialistischen Arbeit seit einigen Jahrzehnten mindestens fehlt, kann kaum in einem Lande in kurzer Zeit nachgeholt werden. Genosse Schumacher hat in seiner Einleitungsrede zur Eröffnung der Gründungstagung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt im vorigen Herbst, ohne Widerspruch zu finden, erklärt, „es ist das Kennzeichen mindestens der letzten vier Jahrzehnte, daß der Strom der Ereignisse viel reißender ist und viel mehr neue Tatsachen geschaffen hat, als die politische Theorie hat bewältigen können“. Und dabei bleibt noch die Frage, ob sich diese Aussage auf die letzten vier Jahrzehnte beschränken muß. Die wissenschaftlichen Methoden in der Psychologie, der Massenpsychologie, der Soziologie, aber auch der Nationalökonomie, gar nicht zu reden von den Naturwissenschaften, sind in einer Weise verfeinert worden, die Forschungsergebnisse dieser Wissenschaften haben so vieles an neuen Erkenntnissen über den Menschen selber, seine persönlichen und gesellschaftlichen Beziehungen, Reaktionen und Reaktionsfähigkeiten erbracht, daß heute niemand behaupten kann, dies alles sei so verarbeitet worden, daß unser verändertes Weltbild und unsere geistige und politisch-technische Programmatik so weit wissenschaftlich gesichert dastehen, wie das an sich möglich wäre und in absehbarer Zeit auch geschehen sollte.

Aber selbst wenn wir einmal von dieser vernünftigen Grundbedingung für die Ausarbeitung eines echten Programms für eine sozialistische Bewegung absehen, dann bleiben noch viele Fragen zu klären, die für manche vielleicht geklärt aussehen, als sie es wirklich sind. Nehmen wir zwei Beispiele: Nach dem ersten Weltkrieg wurden zwei weltpolitisch erhebliche Experimente unternommen, die Bildung der Weimarer Republik und der Aufbau des Sowjetstaates nach der russischen Oktober-Revolution von 1917. Keines dieser Experimente ist auch nur annähernd so verlaufen, wie deren Schöpfer es sich gedacht hatten. Die Weimarer Republik, begonnen mit dem Ziel, aus dem autokratisch-kaiserlichen, kapitalistisch-imperialistischen Militär- und Industriestaat eine demokratische Republik zu formen, in der auf der Grundlage der jedem Staatsbürger zugestandenen Freiheiten eine Gemeinschaft freier Menschen ihr Schicksal gestalten sollte und in der jeder ungehindert seine schöpferischen Kräfte für die Gestaltung dieses Schicksals nach bestem Wissen und Können einsetzen sollte, endete nach 15 Jahren in dem größtenwahnsinnigen Versuch des Hitler-Faschismus und im zweiten Weltkrieg.

Die russische Revolution, bewußt — wenn auch nach der Theorie nur vorübergehend — den Weg der demokratischen Freiheiten verlassend, hatte die revolutionäre Durchsetzung sozialistischer Ziele auf ihre Fahne geschrieben, um nicht dem Klassengegner Gelegenheit zu geben, in den Aufbau des neuen Staates sabotierend einzugreifen. Als Ergebnis haben wir dort nach 35 Jahren einen terroristischen Polizeistaat, der mindestens mit Sozialismus nicht das geringste zu tun hat und geradezu als ein Feind des Sozialismus angesprochen werden muß.

Über diese beiden Ereignisse sind Berge von Büchern geschrieben worden, darunter sehr ernste und sachkundige. Aber wer wollte behaupten, daß daraus eine eindeutige und zwingende Schlußfolgerung abgeleitet werden könnte über alle bedeutsamen Erfahrungen, die aus diesen beiden Ereignissen zu ziehen und für den politischen Kampf von heute zu verwerten seien.

Wir brauchen gar nicht zu reden von den Änderungen, die auch die Nationalökonomie und die Finanzwissenschaft seit Jahrzehnten erfahren haben. All diese Schwierigkeiten haben uns überzeugt, daß es vorläufig noch keinen Sinn hat, an die Ausarbeitung eines eigentlichen Programms zu gehen. Hinzu kommt: Selbst wenn jemand glauben sollte — und dieser Meinung müßte man nicht unbedingt widersprechen —, daß die einzelnen Sachgebiete solcher Arbeit bereits bedeutsame und vielleicht entscheidende Ergebnisse für ihr Teilgebiet vorlegen könnten, so bleibt doch zu bedenken, daß eine sozialistische Programmatik etwas anderes ist als etwa das Programm einer Wirtschaftspartei des gewerblichen Mittelstandes. Hier, wie überhaupt in der politischen Theorie unseres bürgerlichen Klassegegners, liegt die Sache sehr viel einfacher. Hier begnügt man sich längst damit, das Klasseninteresse an der Erhaltung des Eigentums und des Bildungsmonopols und der darauf sich aufbauenden oder dadurch erleichterten Machtverhältnisse zu befriedigen. Die Ideale der Demokratie und der kulturellen Freiheit hat dieses Bürgertum in seiner großen Masse längst fast völlig zum alten Eisen geworfen — es hat auch mit dem Faschismus seine Rettungsversuche angestellt —, und nicht nur in Deutschland. Und dieses besitzbürgerliche Klasseninteresse ist weitaus elementarer, leichter durchschaubar und die Wege zu seiner Befriedigung einfacher zu finden und zu gehen, wenn man nur die genügende Rücksichtslosigkeit einzusetzen bereit ist, als dies etwa für Sozialisten möglich wäre. Die Sozialisten — und auch das sagte Kurt Schumacher in Frankfurt — sind auf eine erkenntnisstarke und leistungsfähige politische Theorie angewiesen. Sie sind es deshalb, weil aus der sozialistischen Grundüberzeugung einer Gesellschaft, in der

soziale Gerechtigkeit, persönliche Freiheit und Solidarität die Grundbedingungen menschlichen Verhaltens und Zusammenwirkens sein sollen, in der die Gesellschaft als eine Gemeinschaft freier und vernünftiger Wesen und nicht ein zusammenhangloser Haufe ist, in dem der Krieg aller gegen alle oder Klasse gegen Klasse das Grundmotiv des Zusammenlebens abgibt — weil aus dieser Grundüberzeugung der Respektierung der Würde des Menschen nicht unmittelbar abgelesen werden kann, was daraus im einzelnen für die Politik und für die Wirtschaft folgt. Ein Beispiel: Die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel galt uns lange Zeit als eine der Grundbedingungen für die Befreiung der Menschheit aus den Ketten des Kapitalismus. Die möglichen Folgen einer Staatsomnipotenz, in der die Staatsmacht und die wirtschaftliche Macht sich in einer Hand befinden, waren jedenfalls nicht allgemein so klar vorausgesehen worden, daß uns die Sicherung der persönlichen Freiheit auch und gerade in einem solchen System als besonders notwendig erschien. Heute ist man sich in der Anerkennung der Notwendigkeit einig, in der Anerkennung also der notwendigen Verbindung von Planung und Freiheit.

Wenn auch in vielen Einzelfragen bei uns wissenschaftlich gewiß viel vorgearbeitet worden ist, so wäre doch der Eindruck falsch, als ob es jetzt nur darauf ankäme, daraus ein Gesamtbild zusammenzusetzen. Denn dieses Gesamtbild in seiner Komplexität ist ja nicht ein Mosaik, sondern etwas Einheitliches, und gerade der Zusammenhang und das Ineinanderverbunden-sein unserer sozialistischen Überzeugung in alle Gebiete hinein, die für das menschliche Zusammenleben von Bedeutung sind, scheint mir eine bestimmte Aufgabe unerläßlich zu machen: Wir müssen eine Stelle schaffen, die sich solcher Arbeit mit Aussicht auf Gewinn unterziehen könnte. D. h. wir brauchen eigentlich eine sozialistische Akademie, in der sozialistische Forscher Grundlagenforschung betreiben und uns ein hieb- und stichfestes Material vorlegen, aus dem die Partei ihre programmatischen Forderungen und innerparteilichen Aufgaben organisatorischer und pädagogischer Art ableiten und begründen kann. Diese Akademie sollte am besten eine internationale Akademie sein, für die die Sozialistische Internationale die Verantwortung zu übernehmen hätte.

Solche Gedanken waren schon Gegenstand internationaler Diskussion. Was der Verwirklichung solcher Pläne entgegensteht, ist heute im wesentlichen ein Mangel an Geld. Diese Frage zu lösen, kann nicht Sache unserer Diskussion hier sein. Aber mir schien es notwendig, auf diesen Mangel internationaler sozialistischer Arbeit für die Programmatik des Sozialismus hinzuweisen.

Gleichwohl hat sich die Sozialistische Internationale, wenn sie schon nicht in der Lage war, eine solch großzügige Forschungsstelle einzurichten, vor zwei Jahren etwa dazu entschlossen, eine gewisse Vorarbeit zu leisten. Man kam damals überein, einmal alles das zusammenzutragen, worin sich die sozialistischen Parteien aller Länder, und nicht nur der europäischen, nach den Erfahrungen seit der Jahrhundertwende einig waren. Dieser Versuch ist, wie ich glaube, wenigstens so weit geglückt, als sich gezeigt hat, daß diese Einigkeit sehr weit geht. Die Verarbeitung der Erfahrungen ist wenigstens so weit erfolgt, wie sie sich aufdrängen — was schon die Kritik enthält, daß die tiefer liegenden Erfahrungen bisher nicht formuliert und ihre Konsequenzen bis heute noch nicht voll gezogen worden sind.

Seitdem nun im vorigen Jahr in der Erklärung der Sozialistischen Internationale über die Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus eine erhebliche Gemeinsamkeit in der politischen Zielsetzung und in den Kampfmethoden erreicht worden ist, war es sicherlich an der Zeit, für unsere Partei ein Programm vorzubereiten, das angesichts der Tatsache, daß ein wirkliches Parteiprogramm noch nicht vorgelegt werden konnte, den Namen

Aktionsprogramm erhielt. Der Name ist vielleicht nicht besonders glücklich gewählt. Denn, wie auch eine Reihe von Anfragen und Kritiken zeigt, manche Genossen haben darunter nur die Aufstellung einer relativ beschränkten Zahl von Forderungen verstanden, so konkret, daß über ihre direkte Verwirklichung kein Zweifel bestehen konnte. Einige andere haben geglaubt, ein Aktionsprogramm sollte eine Liste von Aktionen ankündigen — parlamentarischer und außerparlamentarischer. So hat die Gruppe von Genossen, die unmittelbar und mittelbar durch den Parteivorstand mit der Verfassung des Entwurfs für ein solches Programm beauftragt worden ist, ihre Aufgabe nicht verstanden. Sie ging davon aus, daß in dem von ihr vorzulegenden Entwurf zwar keine Festlegung auf allgemeine Hintergründe und Untergründe des gesellschaftlichen Geschehens zu erfolgen habe, daß hier nicht eine sozialistische Endzielvision versucht werden und daß auch die Aufstellung von Forderungen so gehalten sein sollte, daß sie in sehr absehbarer Zeit verwirklicht werden konnten. D. h., eine zukünftige sozialdemokratische Regierung sollte in diesem Entwurf eine klare und bestimmte Richtlinie für ihre Tätigkeit auf den hier genannten Gebieten erhalten und die nicht sozialdemokratische Außenwelt, die deutschen Wähler und das Ausland, sollen klar und deutlich wissen, welche aktuellen politischen Schritte von einer sozialdemokratischen deutschen Bundesregierung zu erwarten sein werden.

Gerade deshalb schien es uns nötig, nicht nur die eigentlichen Programmforderungen aneinanderzureihen und niederzuschreiben, sondern auch — selbstverständlich mit der durch den Zweck gebotenen Kürze — wenigstens ein Mindestmaß an Begründungen zu geben, die sich sowohl auf historische Fakten als auch auf zu erwartende Resultate unserer geplanten Maßnahmen beziehen.

Ein paar Worte über die Zusammensetzung des Kreises der Mitarbeiter an dem vorliegenden Entwurf: Der Parteivorstand hatte Mitte Dezember noch unter dem Vorsitz von Kurt Schumacher einige Genossen bestimmt, die die Vorarbeiten zu einem solchen Entwurf in die Hand nehmen sollten. Diese Genossen haben dann in einer längeren Aussprache zusammen mit dem Genossen Schumacher eine Liste von Mitarbeitern zusammengestellt, die die einzelnen Gebiete für das Aktionsprogramm bearbeiten sollten. Man braucht wohl nicht zu betonen, daß die Auswahl dieser Mitarbeiter selbstverständlich keine Bewertung anderer enthielt, die nicht unmittelbar zur Mitarbeit aufgefordert wurden! Es war ausgesprochene Arbeitsbedingung für alle, einen möglichst großen Kreis von Genossen des eigenen Fachgebietes zur Beratung und Erörterung mit heranzuziehen. Das gilt insbesondere von den Ausschüssen, die beim Parteivorstand für besondere Fragen gebildet sind. Als federführend für die Programmarbeiten wurde der Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses bestimmt, dessen Sekretariat diese sehr umfangreichen und nicht immer einfachen Arbeiten, die mit der Ausarbeitung und Vervielfältigung der verschiedenen Entwürfe zusammenhängen, zu bewältigen hatte.

Die Überlastung vieler Genossen brachte es mit sich, daß nicht alle gleich viel Zeit und Anstrengung auf ihre Mitarbeit konzentrieren konnten. Alles in allem glaube ich sagen zu können, hat diese Zusammenarbeit gezeigt, welche große Möglichkeiten in gesteigerter Koordination und planmäßiger Inanspruchnahme der einzelnen Genossen noch verborgen liegen und allerdings auch was daran noch verbesserungsfähig ist.

Zwei mögliche Mißverständnisse sollten hier von Anfang an ausgeschaltet werden: Wir sind nicht der Auffassung, daß der vorgelegte Entwurf eine Wahlkampfbrochure darstellt. Wir glauben vielmehr, daß es für die Wahlen notwendig sein wird, die Hauptteile des Entwurfs getrennt zu Wahlkampfparolen aus- und umzuarbeiten. Wir gingen davon aus, daß es zwei ver-

schiedene Dinge sind, sachlich und klar zu bestimmten Problemen unserer Zeit politisch und ausführlich Stellung zu nehmen oder diese Stellungnahme in Schlagworten oder Schlagzeilen mit Blickfang nach außen herauszustellen. Dies letzte ist für die Wahlkämpfe selbstverständlich richtig und notwendig. Aber unser Aktionsprogramm soll im Zusammenhang alle bedeutenden Fragen behandeln, deren Bedeutung in Verbindung mit anderen Problemen derjenige erkennen können soll, der daran ein weitgehendes und berechtigtes Interesse hat.

Zweitens: Wir sind der Meinung, daß jedes der von uns im Entwurf behandelten Gebiete es nicht nur vertragen kann, sondern es auch nötig hat, ausführlich mit sehr viel tiefergehender Begründung dargestellt zu werden. Das soll unserer Meinung nach geschehen in einem ausführlichen Kommentar, der vielleicht sogar eine Art Nachschlagebuch für alle diejenigen werden könnte, denen sozialdemokratische Politik in allen Einzelheiten erschlossen werden soll. Dieser Kommentar müßte möglichst bald nach der Verabschiedung des Aktionsprogrammes geschrieben werden, selbstverständlich in Anlehnung daran, aber in geschlossener Darstellung der gesamten Materie.

Damit glauben wir, der schriftlichen und programmatischen Verbreitung sozialdemokratischer Ideen und sozialistischen Gedankengutes für die unmittelbare Gegenwart und für die vorzubereitende nahe Zukunft am besten gedient zu haben.

Nach diesen Vorbemerkungen möchte ich nun einige kurze Andeutungen wenigstens zu manchen der behandelten Fragen machen. Es war selbstverständlich notwendig, die einzelnen Teile auch äußerlich miteinander zu verbinden. Denn es ist ja das Kennzeichnende sozialdemokratischer Zielsetzung, daß sie nicht eine Interessenpolitik fördert, die sich ohne Rücksicht auf die Wirkungen einer solchen Politik auf die Gesamtgesellschaft durchzusetzen versucht. Es ist nun zwar für uns, aber nicht für alle selbstverständlich, daß unsere einzelnen Programnteile so ineinandergreifen in ihrer Wirkung, daß man sie zwar begrifflich und arbeitsteilig auseinanderhalten kann und muß, daß aber sehr oft das eine ohne das andere gar nicht durchzuführen ist. So werden sich zum Beispiel unsere sozialpolitischen Forderungen nicht verwirklichen lassen, wenn wir Herrn Erhards soziale Marktwirtschaft beibehalten. Und ebensowenig wird sich ein großer Teil außenpolitischer und innenpolitischer Forderungen verwirklichen lassen ohne eine Stabilisierung der deutschen Demokratie. Für diese Demokratisierung unserer Gesellschaft ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft genau so bedeutsam wie wirtschaftspolitisch notwendig. Und schließlich wird eine vernünftige Kulturpolitik nur geleistet werden von einem Staatswesen, das auch in seiner Staats- und Wirtschaftspolitik deutlich zeigt, daß ihm Menschenwürde und Gleichberechtigung mehr sind als Lippenbekenntnisse in Präambeln zu staatspolitischen Dokumenten, bei denen sich jeder später denkt, was ihm paßt.

Um diesen Zusammenhang, der sich für den aufmerksamen Leser auch aus dem Text ergeben würde, klar und ausdrücklich herauszustellen, aber auch zur Abrundung der im gesamten Entwurf behandelten Gebiete, haben wir dem Entwurf eine Einleitung vorangestellt. Sie stammt noch von Kurt Schumacher und ist damit eine seiner letzten schriftstellerischen Leistungen. Sie geht aus vom Jahre 1945 und knüpft an die Erwartungen an, die nach der äußeren Niederringung des Faschismus auf die geschlossene Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte der ganzen Welt gerichtet waren und auf die Notwendigkeit, auch die besiegten Völker nach der Befreiung von ihren Unterdrückern als gleichberechtigt in die Völkergemeinschaft aufzunehmen. Nachdem die Bemühungen und die Erfolge unserer Partei im Kampf gegen die totalitären und restaurativen Absichten dar-

gestellt sind, wird der Kampf gegen die Macht des Großbesitzes, das heißt der Kampf gegen das Dschungelgesetz des Kapitalismus, betont, ohne den eine Entwicklung freier Menschen und Staatsbürger nicht möglich ist. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit als Nahziel unserer Politik bedeutet die Abwehr aller Versuche, die Verschmelzung einzelner Teile Deutschlands mit anderen Völkern dieser deutschen Einheit vorzuziehen. Das Provisorium des Grundgesetzes wird erneut als solches festgestellt und die Forderung wiederholt, daß das gesamte Volk endgültig über sein Schicksal bestimmen soll. Für die Wiedervereinigung Deutschlands gilt in bezug auf die Sowjetzone, daß wir zwar die Politik dort selbstverständlich nicht als Sozialismus ansehen, daß wir andererseits aber eine Ablehnung dieser aktuellen Politik nicht gleichsetzen mit einer Politik der Wiedereingangssetzung der früheren Verhältnisse.

Das Bekenntnis zur Internationalität schließt die Einleitung. Echte Internationalität aber gibt es nur — und wir sind darin einig mit Männern wie Jean Jaurés und Léon Blum — zwischen Staaten gleichberechtigter und gleichwertiger Völker. Deshalb unser Kampf gegen den Mangel an Gleichberechtigung Deutschlands, der nicht nur Deutschland schädigt, sondern auch die internationale Politik insgesamt schwerstens kompromittiert. Ein solches Bekenntnis zur würdigen Selbstbehauptung unseres Volkes hat nichts mit dem Nationalismus zu tun, von dem in der Einleitung die Rede ist. Das nationale Selbstbewußtsein, so heißt es in der Einleitung, soll gleich fern sein von dem frevelhaften Übermut der Vergangenheit und der heute oft viel zu bereitwilligen Hinnahme alliierter Forderungen.

An die Einleitung schließt sich der Teil über die Außenpolitik an, weil es kaum ein wesentliches Gebiet deutscher Politik gibt, auf das außenpolitische Faktoren nicht ihre Schatten werfen. Wir bekennen uns zu einem freien Europa und zum gesamten Abbau nationalstaatlicher Souveränität. Wir betrachten die Föderation Kleinteuropas als einen Hemmschuh auf diesem Wege und nicht als einen ersten Schritt zu Europa. Eine organisatorische Lösung, die England und Skandinavien von der Teilnahme praktisch ausschließt, ist heute realpolitisch illusorisch oder sogar gefährlich. Wir verlangen, und das ist der Drehpunkt unserer Außenpolitik, die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit, zu der man bisher nicht die notwendigen und möglichen Anstrengungen unternommen hat. Die Gründe dafür sind vielfältig: Klassenpolitische Rücksichten wollen verhindern, daß eine gesamtdeutsche Regierung möglich wird, wodurch fraglos die Sozialdemokratie in die führenden Positionen gelangen würde. Nationalpolitische Überlegungen mancher Alliierten drängen auf die Beibehaltung der Teilung Deutschlands hin. Das sogenannte Vertragssystem der Bundesregierung ist nicht nur kein Ersatz für die Einheit Deutschlands, es ist keine bloße Zurückstellung auf bessere Zeiten, es ist die praktische Liquidierung ernster Bemühungen darum — deshalb lehnen wir dieses Vertragssystem ab. Die Stelle, an der Deutschland am meisten zur Verteidigung gegen den Totalitarismus beitragen kann, ist seine Position im Kalten Krieg. Deutschland muß eine starke Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit und einer Bevölkerung werden, die immun ist gegen jeden Versuch, sie mit totalitären Ideen zu infizieren. Eine Aufrüstung Deutschlands würde heute den Kalten Krieg zugunsten der Russen beeinflussen, ohne die militärische Verteidigungsmöglichkeit des Westens nennenswert zu verstärken. Deshalb lehnen wir diese Aufrüstung unter den heutigen Umständen ab.

Daß Berlin wieder Hauptstadt Deutschlands werden soll, bedarf keiner Begründung. Um so notwendiger ist es, zu fordern, daß die Bundesrepublik, diesem Bekenntnis entsprechend, alles tut, der Berliner Bevölkerung wirtschaftlich und politisch das Leben zu erleichtern. Der Brückenkopf

der Freiheit, Berlin, muß nicht nur gehalten, sondern ständig gestützt werden.

In der Innenpolitik steht die Stärkung der Demokratie im Mittelpunkt. Die Stärkung der Bundesgewalt soll durch die Anpassung des Provisoriums des Grundgesetzes an die politischen Notwendigkeiten und an die Erfordernisse einer leistungsfähigen Verwaltung erreicht werden. Das Wahlrecht haben wir nicht grundsätzlich behandelt. Wir haben geglaubt, die vielen Für und Wider zugunsten des einen oder anderen Wahlrechts im Augenblick nicht erörtern zu sollen, und waren der Meinung, daß das geltende Bundeswahlrecht von uns aus heute nicht geändert werden sollte, da wir politisch kaum in der Lage sein werden, es zu verbessern. Der Öffentliche Dienst muß allen Staatsbürgern gleichermaßen offenstehen. Es muß erreicht werden, daß Bewerber aus dem freien Erwerbsleben für diesen Dienst besonders berücksichtigt werden. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes müssen sich zur Demokratie bekennen und zu ihrer Verteidigung bereit sein, was insbesondere für ihre Exekutivorgane, Grenzschutz, Polizei, bedeutsam ist.

Für die Gemeindepolitik gilt es, die deutsche Selbstverwaltung durchzusetzen und zu sichern. Die Gemeinden müssen durch eine Beteiligung am Finanzausgleich in die Lage kommen, wieder eine selbständige Haltung bei der Lösung vieler Aufgaben einzunehmen. Erst durch die Wiedergewinnung ihrer Aktionsfreiheit werden die Gemeinden sich ihrer eigentlichen Aufgabe widmen können, die Wohlfahrt ihrer Bürger zu sichern und durch die weitgehende Heranziehung aller Bürger zu den kommunalen Aufgaben die politische Schule der Demokratie zu werden.

Das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft sahen wir als eine politische und wirtschaftliche Aufgabe erster Ordnung an. Die politische Gleichberechtigung, die der demokratische Staat jedem Staatsbürger garantiert, bekommt erst ihr eigentliches Gewicht, wenn er auch in der Wirtschaft die gleiche Anerkennung seines Mitbestimmungsrechts erhält.

Wir haben uns hier in den einzelnen Forderungen im wesentlichen den Forderungen der Gewerkschaften angeschlossen, die wir in unserem Programmwurf insofern besonders ansprechen, als wir die Einheitsgewerkschaft ausdrücklich bejahen.

Die Wirtschaftspolitik beginnt mit der Überschrift „Planung und Freiheit“. Wir haben uns in dem Entwurf auf die Forderungen beschränkt, von denen wir annehmen, daß sie in der Tat in der nächsten Zeit durchführbar sein werden.

Wir gehen von der Notwendigkeit der Erhöhung des Lebensstandards aus, aber bei gleichzeitig besserer und gerechterer Verteilung des Sozialprodukts, da der einzelne nicht von dem durchschnittlichen Anteil am Sozialprodukt lebt, sondern von dem aktuellen.

Wir haben dann den Ausbau der bisher erheblich vernachlässigten Grundstoffindustrien, Kohle, Eisen und Energie, gefordert, und wir stellen als weitere Forderung die Beseitigung der übrigen Engpässe in der Wirtschaft, zum Beispiel im Verkehr. Die Ausweitung der Konsumgütererzeugung soll der besseren Versorgung der Massen mit Gütern des lebensnotwendigen Bedarfs dienen.

Unsere zweite Forderung ist die Forderung der Investitionslenkung, d. h. der planmäßige Einsatz des zur Verfügung stehenden Anlagekapitals für volkswirtschaftlich vordringliche Wirtschaftszweige, darunter auch den Wohnungsbau.

Die Vollbeschäftigung mit ihren weiteren Folgen für die gesamte Gesellschaft wird nicht nur eine riesige Ersparnis bringen, weil es keine Arbeits-

losen mehr geben wird. Sie wird auch für die Arbeiterschaft moralisch und politisch einen großen Fortschritt bedeuten. Denn in dem Augenblick, wo das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit von der arbeitenden Bevölkerung genommen wird, fängt sie eigentlich erst an, im Kampfe mit den sogenannten Sozialpartnern das Selbstbewußtsein zu entwickeln, das geschwächt wird und immer geschwächt bleiben wird, wenn die Drohung der Arbeitslosigkeit nicht von den arbeitenden Menschen genommen wird.

Bei der Sozialisierung haben wir uns zunächst auf Kohle und Stahl beschränkt. Ihre Sozialisierung wird aus politischen Gründen gefordert, weil wir einen so wichtigen Wirtschaftszweig wie die Schwerindustrie nicht in privaten Händen lassen wollen. Jeder weiß ja, was diese privaten Hände bereits einige Male mit der Verfügungsgewalt über diesen Teil der Wirtschaft angefangen haben.

Wir haben weiter insbesondere für unsere deutschen Verhältnisse darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten die deutsche Wirtschaft durch die Entflechtungspolitik der Alliierten zu ertragen gehabt hat, und wir glauben, daß auch hier die Sozialisierung wenigstens einen Teil der Schäden ausgleichen kann, die dadurch entstanden sind.

Auf dem Gebiet der Steuerpolitik fordern wir eine grundlegende Steuerreform. Wir fordern eine Zurückschraubung des Anteils am Steueraufkommen aus indirekten Steuern und Verschiebung auf die direkten Steuern. Selbstverständlich glauben wir nicht, daß es in unserem modernen Staatswesen möglich sein wird, die indirekten Steuern völlig abzuschaffen.

Die beiden Hauptvorschläge, die wir für die Steuerpolitik hier unterbreitet haben, sind eine Neuformung der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer. Wir schlagen vor, eine normale Einkommensteuer festzusetzen mit einem gleichbleibenden Steuersatz bis zu einer bestimmten Höhe. Wir haben hierfür etwa zwölftausend Mark im Jahr vorgesehen. Erst darüber hinaus soll dann für diejenigen, die mehr verdienen, eine progressiv scharf gestaffelte Einkommensteuer erhoben werden.

Wir fordern weiter eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens auf 1500 DM und je 1000 DM für die Ehefrau und jedes Kind. Dadurch würde zwar eine große Masse von Steuerzahlern steuerfrei sein, gleichzeitig würde aber auch eine riesige Entlastung der Finanzverwaltungen erreicht werden. Wir glauben, daß sich die Finanzbeamten dann, von den Arbeiten für die bisherigen kleinen Steuerzahler freiwerdend, darauf konzentrieren können, die Steuern, die dann zu zahlen sind, wirklich einzutreiben. Sie werden einen großen Teil des Ausfalls durch die bisherigen Steuern durch die Erhöhung der Freigrenze auf diese Weise wieder ausgleichen können.

Die Umsatzsteuer soll nicht wie bisher an drei oder vier Stellen erhoben werden, sondern grundsätzlich nur an einer Stelle. Wir wollen weiter eine Aufteilung der Umsatzsteuer für den lebensnotwendigen Bedarf in einer relativ geringen Höhe.

Für die Landwirtschaft und das Handwerk ist die grundsätzliche Forderung, daß wir hier den Bauern klarzumachen versuchen, daß die Sozialdemokratische Partei und ihre Politik für den Bauern nicht etwa das Ende seiner Existenz bedeuten würde. Ich glaube, wir alle wissen, daß diese unsere Auffassung von der Rolle des Bauern in der Geschichte unserer Partei und in der Geschichte Deutschlands nicht immer die gleiche war. Es schien uns deshalb um so bedeutsamer, hier ein besonderes Wort darüber zu sagen.

Das gleiche gilt für das Handwerk, das in der Selbstverwaltung zwar in die allgemeine Planung einbezogen werden soll, das aber im Rahmen dieser Planung seine Selbständigkeit und Freiheit behalten soll.

Über die Frage der Sozialpolitik, über alles das, was in diesem Abschnitt unseres Programms behandelt wird, insbesondere auch über den vom sozial-

politischen Ausschuß entwickelten Sozialplan, wird nachher Genosse Preller sprechen.

Unsere Haltung zur Jugend, zur Familie und zur Erziehung schließt den Entwurf des Aktionsprogramms ab. Wir haben uns bei diesen drei Abschnitten bewußt darauf beschränkt, die wichtigsten Sofortmaßnahmen aufzuführen, d. h. für die Jugend darauf hinzuwirken, daß sie bevorzugt Arbeit und Wohnungen und eine vernünftige Berufsausbildung erhält und daß die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend so zu fördern sind, daß die Mittel dazu ausreichen. Wir haben das besonders betonte und allgemeine Bekenntnis zur Jugend nicht aufgenommen, da wir geglaubt haben, es sei wichtiger, kurz und bündig zu erklären, was wir von Staats und Partei wegen für notwendig halten, ihre durch Krieg und Nachkrieg besonders erschwerte Lage zu verbessern, um ihr für die Erfüllung ihrer Aufgaben im demokratischen Staat die gleichen Startbedingungen zu geben wie der älteren Generation.

Für die Frauen ist insbesondere neben den Forderungen, die für ein sozialdemokratisches Programm ohnehin selbstverständlich waren, die Forderung einer Reform des Eherechts und die Beseitigung der Ausnahmebestimmungen für weibliche Beamte sowie die gesetzliche Gleichstellung der Frau durch eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches wichtig. Die Forderung, daß es in den Tarifverträgen keine Frauenlöhne mehr geben darf, hört sich nur selbstverständlich an, sie ist es heute leider noch nicht.

Für die Sozialdemokratische Partei ist es selbstverständlich, daß ein menschenwürdiges Zusammenleben innerhalb eines Volkes ohne die praktische Anerkennung des Grundsatzes der Toleranz und der Achtung Andersdenkender nicht möglich ist. Selbstverständlich haben nur tolerante Mitbürger ein Recht auf solche tolerante Behandlung. Wir bekennen uns auch in der Erziehung zu diesen Grundsätzen. Jeder Staatsbürger soll volle Glaubens- und Gewissensfreiheit haben. Ein Mißbrauch kirchlicher und wissenschaftlicher Einrichtungen zu parteipolitischen Zwecken wird abgelehnt. Dabei handelt es sich nicht — was eigentlich überflüssig ist zu sagen — um eine kirchenfeindliche oder gar um eine religionsfeindliche Aktion unserer Partei. Im Gegenteil, wir sind gerade aus Achtung vor der religiösen Überzeugung aller Menschen davon ausgegangen, daß diese religiöse Überzeugung und die Freiheit des Bekenntnisses aus der Parteipolitik herausgehalten werden müssen. Wir sind weiter der Auffassung, daß das auch innerhalb unserer eigenen Reihen so sein und bleiben soll. Die Achtung vor der religiösen Überzeugung anderer ist eine allgemeingültige menschliche Haltung, das heißt, sie sollte es wenigstens sein. Das, was wir an den Kirchen kritisch zu bemerken haben, hat nichts mit der Religion zu tun, sondern mit ihrer politischen Betätigung. Sie fällt wie jede andere politische Betätigung in den Rahmen der politischen Auseinandersetzungen. Im übrigen wäre es eine unheilvolle und vollkommene Verkennung der sittlichen Kraft und der sittlichen Grundsätze, das heißt, des Grundsatzes der Gleichheit der Bürger und des Gebots der Nächstenliebe zur Überwindung des menschenfeindlichen Egoismus und des gemeinschaftszerstörenden Hasses sowie der Botschaft an die Mühseligen und Beladenen, wenn wir nicht sähen, daß aus solchen Überzeugungen — ernst gelebt — echte Kräfte für die Erringung der sozialistischen Welt bereitstünden, wenn wir sie zu heben wüßten! Unsere Arbeit mit den führenden Männern der Kirchen hat uns immer wieder bestätigt, daß auch in diesen Reihen ein erheblicher Umschwung zugunsten des Sozialismus und mindestens zugunsten des Verständnisses dessen, was die Sozialisten wollen, eingetreten ist.

Wir fordern eine Schule, in der ohne Unterschied der Konfession die deutsche Jugend gemeinsam im Geiste der gegenseitigen Achtung erzogen

wird. In dieser Schule soll ihr die sittliche Verpflichtung nahegebracht werden, die sie dem Volk und den Idealen der Demokratie und der Völkerverständigung gegenüber hat. Religionsunterricht soll erteilt werden im Rahmen dessen, was das Grundgesetz darüber bestimmt. Darüber hinaus glauben wir, daß die religiöse Erziehung Sorge der Eltern und der Religionsgemeinschaften sein sollte, deren Recht in dieser Frage selbstverständlich von niemand bestritten wird. Im übrigen verlangen wir für die Schule, daß jedes Kind, unabhängig von seiner sozialen Lage, die ihm gemäße Bildung erhalten kann. Wir setzen uns ein für Schulgeld- und Lernmittelfreiheit und ausreichende Erziehungsbeihilfen.

Besondere Anstrengungen erfordert unsere Volksschule. Der Lehrermangel muß behoben werden durch Vermehrung der Planstellen und durch Erhöhung der Gehälter insbesondere der Junglehrer. Die Schulbauprogramme müssen erweitert und beschleunigt durchgeführt werden.

Für die Erwachsenenbildung muß mehr als bisher getan werden. Die Volkshochschule hat die Hauptaufgabe, die Staatsbürger zur Demokratie zu erziehen. Sie muß dazu gesetzlich gefördert, ihre mitbürgerliche Arbeit muß gesichert werden.

Die Presse muß einen legalen Zugang erhalten zu den für sie notwendigen Informationen. Zur Bekämpfung des Mißbrauchs der Pressefreiheit genügen die Strafgesetze.

Schutz und Schund in Literatur und Presse können durch Verbote nicht wirksam bekämpft werden. Der beste Schutz gegen eine minderwertige Literatur sind eine gute Schule, ein vernünftiges Elternhaus und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen. Insbesondere sind wichtig ein umfassender Aufbau und Ausbau des Büchereiwesens auf gesetzlicher Grundlage.

Der Rundfunk muß eine Anstalt öffentlichen Rechts bleiben. Weder Parteien, noch Weltanschauungsgemeinschaften, noch die Regierung dürfen dort einen beherrschenden Einfluß ausüben. Für eine öffentliche Kontrolle seiner Programme und seiner Finanztätigkeit muß gesorgt werden.

Soweit der Entwurf. Es bedarf kaum der Erwähnung, soll aber gesagt werden, daß wir nicht glauben, damit etwas vorgelegt zu haben, das der Kritik, der Ergänzung, der Verbesserung nicht bedürfe. Wenn wir mehr Zeit gehabt hätten, hätten wir manche Kritik und manchen Verbesserungsvorschlag einarbeiten können. Wir waren der Meinung, daß es geradezu die Probe auf die innere Lebendigkeit unserer Partei sein würde, wie sie auf solchen Entwurf reagiert. Diese Reaktion war im wesentlichen außerordentlich stärkend und ermutigend. Es sind nicht nur viele Anträge zu dem Entwurf eingegangen, sondern auch ein großer Teil, der deutlich erkennen läßt, daß der Entwurf von den Genossen wirklich im Gefühl der Mitverantwortung und Mitbestimmung diskutiert worden ist. Das ist um so bedeutungsvoller, als die Zeit für die Diskussion nicht übertrieben lang bemessen war. Wir haben im Kreise der Mitarbeiter an diesem Entwurf die gedruckt vorliegenden Anträge durchgearbeitet und sind heute so weit, daß wir alle Anträge, mindestens soweit sie nach Meinung der Kommission mit einem vollen Ja oder mit einem vollen Nein, mit einem halben Ja oder einem halben Nein, nicht aber mit „Jein“ in den Entwurf eingearbeitet haben. Wir haben ihn der Programmkommission als Grundlage für die weitere Diskussion unterbreitet, so daß die Ergebnisse der heutigen Debatte noch verarbeitet werden müssen, um aus diesem gesamten Material und aus dem Querschnitt der Stellungnahmen der Parteigenossenchaft zu versuchen, die endgültige Formulierung des Programmentwurfs zu erreichen. Das soll, wie wir am ersten Tag des Parteitags beschlossen haben, morgen geschehen. Wir sind überzeugt, daß wir am Sonntagmorgen

euch allen einen Entwurf vorlegen können, von dem wir glauben, daß die Partei und der Parteitag ihn mit gutem Gewissen annehmen können.

Ich glaube nicht, daß es gut gewesen wäre, die Verabschiedung des Aktionsprogramms zu vertagen. Nach drei bis vier Monaten ständen wir vor dem gleichen Problem. Wir hätten von der Kommission einen Entwurf bekommen und aus der Parteimitgliedschaft 80 bis 100 Anträge erhalten. Das ist keine Kritik, sondern erscheint uns selbstverständlich. Eine Partei wie die unsrige nimmt nicht einfach hin, was geschrieben steht, ist nicht zu träge, zu diskutieren. Sie wird auf solche Entwürfe immer so reagieren. Genosse Ollenhauer hat schon darauf hingewiesen, daß wir in drei großen Ländern vor Wahlen stehen. Es würde einen schlechten Eindruck erwecken, wenn der Parteitag erklärte, daß wir uns über das Aktionsprogramm nicht einig sind und ein halbes oder ein ganzes Jahr warten wollen. Wir können diesen Weg um so eher beschreiten, als keine echten und grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in der Diskussion und in den Anträgen bisher aufgetaucht sind. Soweit sie zutage getreten sind, wird es sicher möglich sein, sie zu bereinigen, zumindest so weit klären zu können, daß man zu einem Beschluß kommt, was wir darüber in naher Zukunft zu sagen wünschen. Wenn es sich aber um Meinungsverschiedenheiten handelt, die in den nächsten fünf oder zehn Jahren nicht beseitigt werden können, wird man beschließen können, daß darüber heute nichts Verbindliches erklärt wird.

Die Arbeiten am Aktionsprogramm-Entwurf waren anstrengend, aber sie haben ihre Belohnung in dem lebhaften Widerhall gefunden, der aus der Partei daraufhin erfolgt ist. Wenn uns nicht die Freude beherrscht hätte, etwas Brauchbares zu produzieren, hätte man glauben können, daß diese Arbeit eine Strafe sei. (Heiterkeit.) Wir haben es jedenfalls nicht so aufgefaßt. Wir haben immer das Gefühl gehabt, daß der lebhafte Widerhall aus der Partei wirklich für die Verfasser solcher Entwürfe die beste Belohnung darstellt. Dieser Widerhall hat bewiesen, daß von einer Apathie oder Lethargie auch in geistiger Hinsicht nicht gesprochen werden kann. Wenn wir uns entschließen, die gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit so zu stellen, wie sie uns das politische Leben darbietet, werden wir immer damit rechnen können, daß bei Lösungsversuchen solcher Probleme alle Genossen lebhaft reagieren werden. Und das ist auch kein Wunder, es darf gar nicht anders sein! Kurt Schumacher hat in der großen Kundgebung in Frankfurt bei der Gründung der Internationale stolz erklärt, die sozialistische Bewegung habe kein Politbüro und auch kein Heiliges Offizium. Das ist gewiß richtig, und niemand wird diesen Mangel beklagen. Wenn wir aber solche Körperschaften der Vorschriften und der Richtungsweisung nicht haben, so kann doch die einzige Lösung für uns nur darin liegen, daß die Partei als solche an der offenen Meinungsbildung beteiligt wird. Und wie kann das anders geschehen als durch eine freie und kameradschaftliche Diskussion aller Fragen, die für das Leben in der Partei und für deren Beziehung zu anderen politischen und kulturellen Gebilden erheblich sind? Man hat oft darüber geklagt oder sogar gespottet, daß eine solche freie Kritik und Meinungsbildung in den Massenparteien praktisch nicht vorhanden, manche sagen sogar, heute gar nicht möglich ist. Aber man soll hier nicht voreilig verallgemeinern. Für schnelle politische Entschlüsse kann selbstverständlich nicht jedesmal ein Parteitag oder ein Referendum veranstaltet werden. Für gewisse Zwischenperioden müssen stellvertretend für die Partei ihre leitenden Körperschaften wirken. Aber den Sinn und die Berechtigung, sich demokratische Partei zu nennen, erhält eine Partei erst dadurch, daß ihre Mitgliedschaft zeigt, wie sehr sie an der Bildung ihrer Politik, ihrer Strategie und ihrer Taktik mitbeteiligt ist. Die Diskussion des Programmentwurfs hat bewiesen, wie weit dieses Gefühl in

der Parteigenossenschaft verbreitet ist. Sie wurde schnell und trotz der Kürze der Zeit gründlich und vor allem kameradschaftlich geführt. Möge der Parteitag sich diesen drei Grundbedingungen einer Diskussion anschließen und das Aktionsprogramm verabschieden, von dem wir alle hoffen, daß es zu unserer Selbstverständigung, zur Verständigung mit vielen heute noch draußen Stehenden führen wird und daß es uns eine Waffe liefern wird im Kampf gegen die, für die der Sozialismus der Todfeind ist!

Ein Wort zum Schluß: Manche haben gesagt und manche werden vielleicht sagen, daß das Aktionsprogramm zu nüchtern dargestellt ist. Wir geben zu, daß man darüber streiten kann. Vor allem angesichts der großartigen Beispiele sozialistischer Literatur, deren hinreißenden Schwung zu bewundern nur äußerste Gefühlsroheit ablehnen kann. Aber unsere Welt ist zwar nicht des Pathos entkleidet, aber wir haben Zeiten hinter uns und leben in einem Zeitalter, in dem die Menschheit innerlich und äußerlich korrumpiert werden konnte dadurch, daß gerade die Lüge pathetisch auftrat: Familie, Volk, Vaterland, Nation, Abendland, Europa, Freiheit, Frieden, Ehre und Gott — alle mußten herhalten, um Systeme chaotischer Abwertung dieser Werte mit einem Talmiglanz auszustatten.

Was können wir dagegen tun? Dem betäubenden Wortschwall der Propaganda mit den höchsten Werten setzen wir die Nüchternheit des sachlichen Dienstes an der Menschheit entgegen. Und in dieser Nüchternheit, die jede Verkleidung vermeidet und ohne Umschweife ausspricht, was für sie der Inbegriff des Guten, Wahren und Schönen ist, sehen wir ein neues Pathos. Das Pathos der Ehrfurcht vor der Wahrheit und des Respekts der Menschenwürde. Und dieses und dies allein sollte uns bei unseren Worten und Taten im Kampf um den Sozialismus in unserer Zeit leiten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich danke dem Genossen Eichler für seinen Bericht. Für die Diskussion ist vorgesehen, daß Genosse Preller in einer verlängerten Redezeit von 20 Minuten zum sozialpolitischen Teil des Aktionsprogramms Stellung nimmt. Ich erteile ihm das Wort.

Prof. Preller:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die SPD hat, wie wir alle wissen, eine ausgezeichnete Tradition im Kampf um eine fortschrittliche Sozialpolitik. Erich Ollenhauer hat gestern darauf hingewiesen.

Aber gerade von uns, der SPD, erwarten doch die Wähler, daß wir sozialpolitische Aktivität, bessere Renten, höhere Löhne und Gehälter, durchgreifenden Schutz für Frauen und Jugendliche fordern.

Dem Arbeitnehmer steht nun einmal die Sorge des täglichen Lebens und sein betriebliches Arbeitsverhältnis im Vordergrund seines politischen Denkens. Für ihn ist unsere Partei, die mit Stolz das Wort „sozial“ als erstes in der Parteibezeichnung führt, die Partei der sozialen Verbesserungen und heute besonders die Partei der sozialen Sicherung.

Sozialpolitik ist demnach immer noch — das wollen wir nicht vergessen — ein mächtiger Hebel der inneren Politik. Freilich kann man Sozialpolitik nicht mehr wie früher als eine Art „Rote-Kreuz-Station hinter der Front des Kapitalismus“ ansehen.

Unsere Sozialpolitik hat unser sozialistisches Wollen zum Inhalt, daß überall im Wirtschafts- und Sozialleben der Mensch, seine Freiheit und Würde, das vordringliche Ziel, der eigentliche Kern unserer Politik ist. Unsere Sozialpolitik will das Leben des Volkes selbst neu gestalten, sie baut unmittelbar am Neuen Hause mit und bringt nicht nur dort eine Stütze

an, wo die Ruine einzustürzen droht. Von diesem Blickfeld aus gewinnen wir erst den rechten Blick auf den „Sozialplan“, der im Mittelpunkt des sozialpolitischen Teiles des Aktionsprogrammes steht.

Millionen von Rentnern, Arbeitslosen und Unterstützten, auf die ja gestern Kollege Ollenhauer hingewiesen hat, wollen endlich einmal merken, daß sie nicht länger die Ausgestoßenen, die Parias der angeblich so „sozialen“ Marktwirtschaft sind.

Das Feilschen im Bundestag um jede kleine Verbesserung ihres Loses, etwa um das bekannte Drei-Mark-Gesetz, ist einfach beschämend; noch dazu in einer Volkswirtschaft, die hier im Prunk der Schaufenster und im großen Luxus und dort in elenden Flüchtlingsbaracken einen Gegensatz zwischen reich und arm demonstriert, wie er sonst in Europa kaum bekannt ist. Uebrigens kann es sich unsere neu aufbauende Volkswirtschaft gar nicht leisten, Millionen von Menschen als Arbeitslose, Unterstützte und Rentner mit einem Einkommen dahinkümmern zu lassen, das teilweise weit unter dem Durchschnittseinkommen liegt. Hebung der Kaufkraft nicht nur für alle Arbeitenden, sondern auch für jene Rentner und Unterstützten; das ist nicht allein sozial, sondern auch volkswirtschaftlich dringend geboten.

Will man danach handeln, dann darf man allerdings nicht das Sozialbudget, den sozialen Haushalt, als ein Feuer ansehen, an dem sich jeder privat seine Suppe kochen kann.

Woran leiden wir denn sozialpolitisch? Doch nicht so sehr und allein daran, daß der soziale Haushalt so klein wäre, als daran, daß seine Milliardensummen in eine unwirtschaftlich große Zahl von Einrichtungen und Organisationen fließen.

Eigensüchtige Gruppenziele werden in Sonderklassen gepflegt, und natürlich auf Kosten der breiten Arbeitnehmerschaft. Und zum anderen wird, wie in der Selbstverwaltung, die sozialpolitische Gesetzgebung benutzt, um Einfluß auf bedeutende Kapitalien zu gewinnen, die doch in allererster Linie aus Arbeitnehmerbeträgen stammen.

In diesen kurzen Ausführungen kann ich nicht auf alle Gedankengänge im einzelnen eingehen, die den Sozialpolitischen Ausschuß der Partei zu der vorläufigen Konzeption des Sozialplanes geführt haben. Als Vorsitzender dieses Ausschusses darf ich aber hier vor dem Parteitag den Dank aussprechen an die Genossen und an den sozialpolitischen Referenten des PV, Rudolf Gerstung, die in wahrhaft vorbildlicher Gruppenarbeit in diesem Jahr Tage und Nächte für eine so wichtige Aufgabe geopfert haben. (Beifall.)

Für die Einzelheiten des Planes muß ich auf das Aktionsprogramm und auf die „Grundlinien des Sozialplanes“ verweisen, die Ihnen unter dem Titel „SPD fordert soziale Sicherung“ vorliegen.

Von dieser Stelle aus muß aber gegenüber übelwollenden Kommentatoren klargestellt werden, was der Sozialplan ist und was er nicht ist!

1. Er ist keine Eintopfversicherung, wie man so schön gesagt hat.

Er faßt zwar zusammen, was heute unwirtschaftlich zerstreut ist. Aber er gliedert für die wesentlichen Gebiete der Berufssicherung, der Gesundheitssicherung und der wirtschaftlichen Sicherung. Und er kämpft vor allem wirksam gegen die sogenannte „Vermassung“, indem er eine weit untergliederte Selbstverwaltung einführt.

Anders als heute wird diese Einschaltung der Beteiligten in jedem Ortsteil und größeren Betrieb dem einzelnen die Möglichkeit einer unmittelbaren Wirkung geben.

Damit schaffen wir Vertrauen in die soziale Sicherung!

2. Der Sozialplan bringt keine bürokratische Staatsversorgung!

Die geschilderte dezentralisierte Selbstverwaltung wirkt gerade dem Bürokratismus entgegen. Wir wollen keine neuen Schalter- und Bürobeamten.

Wir fördern vielmehr lebendige Zusammenarbeit des einzelnen mit seiner Organisation.

Unser Plan soll jeden einzelnen von der Sorge um die ärgste Not befreien. Damit wird der Mensch erst frei, seine Chance als Persönlichkeit im Leben ungehindert von Sorge wahrzunehmen.

Der Sozialplan fördert daher in echt sozialistischer Weise die Persönlichkeit in der Gemeinschaft.

3. Der Sozialplan ist wirtschaftlich.

Er bekämpft die unwirtschaftliche Zersplitterung, für die sich nur Gruppen einsetzen, die eigensüchtige Ziele verfolgen.

Damit verteilt der Sozialplan die verfügbaren Milliardensummen besser, und zwar zugunsten der Einzelleistungen. Er steigert damit auch das Sozialprodukt, ohne die Arbeitnehmer stärker zu belasten.

4. Der Sozialplan ist wahrhaft sozial.

Er gewährt ausreichende Renten aus einer Hand, so daß niemand mehr gezwungen sein wird, von einer Fürsorge- und Versorgungsstelle zur anderen zu laufen. Wir wissen ja alle, daß dies das Problem ist, das unserer heutigen verwirrten, sozialen Leistungsstruktur eigen ist. Der Sozialplan gibt jedem Arbeit und gibt dem Geschädigten die Möglichkeit, in einer vollbeschäftigten Wirtschaft seine Arbeitskraft nutzbringend zur Verfügung zu stellen.

5. Der Sozialplan fördert die Volksgesundheit.

Zum ersten Male werden die alten ärztlichen Forderungen verwirklicht, jedem zu der ihm möglichen Gesundheit zu verhelfen. D. h., jeder soll so gesund sein, wie es nach seiner Konstitution möglich ist. Und es kann auch jeder wie ein zahlender Patient behandelt werden.

Den Ärzten aber wird bei freier beruflicher Tätigkeit eine ihrer Leistung wirklich angemessene Vergütung gesichert. Im übrigen will der Sozialplan die vorbeugende Gesundheitspflege, die ja noch nicht genügend ausgebaut ist, zu einem öffentlichen Gesundheitswesen mit durchgehender Verwaltung und einer Bundesspitze ausbauen.

Freilich räumt der Sozialplan mit den alten Vorstellungen von Versicherung, Versorgung und Fürsorge auf. Es ist bezeichnend, daß gerade dies im Bundestag die Vorkämpfer für die Zersplitterung so erschreckt hat, daß ihr Sprecher aus der CDU klipp und klar bekannte: „Wir wollen keinen Sozialplan.“

Und daß ein Arzt aus der FDP unsere Forderung nach einer Studienkommission aus unabhängigen Sachverständigen, die wir im Bundestag gestellt haben, einen Witz nannte, der in die damalige Faschingszeit passe! (Hört, hört!) Damit haben sich die Regierungsparteien selbst charakterisiert. Mit der Ablehnung dieses Antrages im Bundestag haben sie nichts anderes als ihre Furcht vor der durchgreifenden Reform demonstriert.

Und es ist nichts so bezeichnend wie die Tatsache, daß Herr Storch den ihm von seiner eigenen Koalition empfohlenen Beirat für diese Fragen heute noch nicht einberufen hat! (Hört, hört!)

Welche Chance hätte aber ein Arbeitsminister gehabt, wenn er in diesem Falle und in anderen sozialpolitischen Fragen die spürbare Sehnsucht der

breiten Massen nach echter sozialer Sicherung und fortschrittlicher Sozialpolitik aufgegriffen hätte!

Und ein Anton Storch, der sich der Rückenstütze richtig bedient hätte, die die Gewerkschaften gerade und auch für ihn als ehemals christlichen Gewerkschafter hätte bedeuten können — ein solcher Anton Storch hätte selbst in der Regierung Adenauer wohl ein Motor sozialpolitischen Fortschritts sein können.

Wie anders haben sich christliche Gewerkschafter wie Dr. Heinrich Brauns und Adam Stegerwald verhalten, die beide gerade in rechtsgerichteten Koalitionen der Weimarer Zeit für den damaligen sozialpolitischen Fortschritt sorgten, indem sie sich auf die Gewerkschaften, auch auf die freien Gewerkschaften, stützten. (Zuruf: Damals gab es keinen Adenauer!)

Und wie hat erst recht unser sozialpolitischer Nestor, Rudolf Wissell, der hier sitzt, es als Arbeitsminister 1928 verstanden, z. B. im Streit um die Arbeitslosenunterstützung das Gewicht der Gewerkschaften in die Waagschale der Regierungspolitik zu werfen.

Die Sozialdemokratie jedenfalls wird sich in ihrer sozialpolitischen Arbeit immer bewußt bleiben, welches Kraftfeld die neutralen Gewerkschaften gerade auch für die Sozialpolitik darstellen. (Beifall.)

Das wird uns übrigens nicht hindern, uns auch mit jedem Arbeitgeber zu verständigen, der Eigentum nicht als Hebel zum Gewinn, sondern als Verpflichtung und Verantwortung für das ganze Volk auffaßt und entsprechend handelt. Von solchen Grundsätzen aus ist im Aktionsprogramm über den Sozialplan hinaus eine Sozialpolitik umrissen worden, die eine wachsende Beteiligung der schaffenden Menschen am Sozialprodukt herbeiführen soll.

Unsere Sozialpolitik verschafft dem Menschen die Kraft voller Leistungsfähigkeit und stärkt damit seinen Willen zur Leistung, so daß ein größeres Sozialprodukt entstehen kann. Dann sind diese Menschen aber auch berechtigt, einen höheren Anteil von diesem Sozialprodukt zu erhalten. (Beifall.)

Und dies gilt nicht allein für die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Unsere Sozialpolitik setzt sich ebenso für die Hausfrauen ein, die Ungeheures leisten (lebhafter Beifall) und deshalb auch vor allem in der sozialen Sicherung berücksichtigt werden müssen. (Bravo.)

Und in gleicher Weise wie an die Arbeitnehmer denkt unsere Sozialpolitik an alle Selbständigen.

Schließlich haben die Handwerker, die Gewerbetreibenden, die Bauern, die freiberuflich Tätigen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zu spüren bekommen, daß viele von ihnen auch des Schutzes bedurften.

Wer nicht eigene Vorsorge treffen kann, für den wird deshalb unser Sozialplan gleichermaßen sorgen. Nicht zuletzt denken wir aber an unsere Jugend. Diese Jugend soll ja einmal das Haus bewohnen und an ihm weiterbauen, das wir heute errichten. Dann muß diese Jugend aber gesund, frohen Mutes und lebensstüchtig sein. Unsere Forderung auf öffentliche Kinderbeihilfen, die gerade jetzt im Bundestag behandelt wird, hat den Sinn, den Kindern und den jungen Menschen eine gleichwertige Chance für ihre körperliche und geistige Entwicklung zu verschaffen.

Eine zentrale Stelle nimmt im Aktionsprogramm das Vertriebenenproblem ein. Ich kann in der kurzen Zeit nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Wir sind aber weitgehend auf unsere eigene Kraft angewiesen, diese große menschliche Tragödie unseres Jahrhunderts zu meistern.

Freilich läßt sie sich nicht mit den Mitteln eines sogenannten Lastenausgleiches bewältigen, der die Nächstenliebe dem Kapitalinteresse geopfert

hat. Mit einem solchen Lastenausgleich wird man diese Frage nicht bewältigen können. (Beifall.) Hier Änderung zu schaffen, wird eine vordringliche Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Dazu gehören vor allem auch eine Wirtschafts- und Kapitallenkungs politik, die Wohnungen dort baut, wo Arbeitsmöglichkeiten sind, und Arbeitsplätze dort schafft, wo die Vertriebenen Wohnungen haben.

Genossen und Genossinnen, fast zwei Drittel des Sozialaufwandes des Bundes werden heute für Kriegsfolgen ausgegeben. Wir wollen nicht vergessen, daß hinter diesen Zahlen sich unendliches Leid verbirgt, Leid der Kriegsbeschädigten, Leid der Opfer des nazistischen Terrors, Leid der unzähligen Witwen und Waisen. Ihnen zu helfen, ist unsere moralische Pflicht; aber ich glaube, das genügt nicht, wir müssen noch mehr tun: unser Handeln muß stets so sein, daß es den schlichten Dank ausdrückt an die, die mit ihrem Leib und ihrer Seele für uns alle eingetreten sind. (Beifall.)

Existenz, Freiheit und Würde aller Menschen will unsere Sozialpolitik sichern. Für die Existenz wurde schon bisher gesorgt, wenn auch unvollkommen. Freiheit und Würde für alle vermochte die bisherige Sozialpolitik nicht zu bringen. Das kann nur eine fortschrittliche sozialistische Sozialpolitik. Dazu muß sie Hand in Hand mit einer sozialistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik arbeiten. Denn weder kann die Sozialpolitik ihre Leistungen ohne Rücksicht auf Wirtschafts- und Finanzpolitik geben, noch können Wirtschafts- und Finanzpolitik die Sozialpolitik entbehren.

Aber Freiheit und Würde des schaffenden Menschen sind auch Voraussetzung unserer Außenpolitik. Besonders östlichem Machtsstreben, aber auch einer Bevormundung aus dem Westen können wir nicht besser entgegen treten, als wenn wir eine sozialbefriedete Bevölkerung hinter uns wissen.

Während jedoch in England und in Skandinavien unblutige, aber wirk same soziale Revolutionen sich vollzogen, breitet sich unter den deutschen Arbeitnehmern, den Vertriebenen und vielen Selbständigen immer stärker die Auffassung aus, daß sie um eine solche soziale Revolution betrogen worden sind.

Und das bietet nun den Radikalen von rechts und links und von ganz rechts und ganz links die politischen Handhaben und Einflüsse. Unsere Sozialpolitik kann deshalb nur wirksam werden, wenn es gelingt, einen von Grund auf neuen sozialen Staat aufzubauen. In einem solchen Staat vermag dann auch unseren außenpolitischen Verhandlungen mehr Kraft und Nachdruck verliehen zu werden, als es militärische Divisionen können. Insbesondere im Kalten Kriege entscheiden die Bataillone der besseren Sozialisten. (Lebhafte Zustimmung.)

Und zum Schluß noch eins! Man hat der Sozialdemokratie ja ein ewiges und ermüdendes Nein gegenüber der Regierung Adenauer vorgeworfen. Nun, die Sozialdemokratische Partei und Fraktion hat drei Jahre lang zum sozialpolitischen Fortschritt ständig Ja gesagt, aber Nein haben die Regie rungsparteien fast immer zu unseren Vorschlägen für soziale Verbesserungen gesagt. Es ist ein bürgerliches Blatt, die Stuttgarter Wirtschaftszeitung, die vor wenigen Wochen erst den bürgerlichen Parteien und der Bundes regierung Unfruchtbarkeit im sozialpolitischen Konzept bescheinigt hat. Diese angesehene Zeitung nannte den Sozialplan der SPD die „vielleicht wichtigste innerpolitische Parole für die kommenden Wahlen“. (Hört, hört!) Dieses Blatt fragt, ob die bürgerlichen Parteien diese wirksame innerpoli tische Parole kampflös der SPD überlassen wollten.

Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir haben mit dem Sozialplan und mit unserer sozialdemokratischen Sozialpolitik einen Vorsprung. Nutzen wir diesen Vorsprung aus! Sicher werden in der Diskussion Kritiken zum Ausdruck kommen, und zwar auch am sozialpolitischen Teil des Aktions-

programms. Genosse Eichler hat gesagt, daß das richtig und billig und gut ist. Aber wir wollen doch gleichzeitig feststellen: Wir Sozialdemokraten haben in der kommenden Wahl sozialpolitisch etwas zu bieten. Davon wollen wir Gebrauch machen! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Genossinnen und Genossen, ich habe an den Parteitag eine Bitte zu richten: damit einverstanden zu sein, daß wir dem Genossen Paul Löbe, der nur als Gast unter uns ist, zu diesem Punkt eine kurze Redezeit geben. (Lebhafte Zustimmung.) — Dann darf ich dem Genossen Löbe das Wort erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Löbe, Berlin:

Werte Gesinnungsfreunde!

Zu einigen allgemeinen praktischen Gesichtspunkten habe ich für wenige Minuten die Aufmerksamkeit des Parteitages in Anspruch zu nehmen.

Unter allen Programmen, die den Weg der deutschen Sozialdemokratie begleiteten, ist das Erfurter Programm am längsten in Gültigkeit gewesen: über 30 Jahre. In dieser Zeit ist der stolze Aufstieg der Sozialdemokratie vor sich gegangen, der aus ihr einen achtungsgebietenden Faktor der deutschen Entwicklung gemacht hat.

Und dennoch: Die Genossen, die vor Jahrzehnten dieses Programm schmiedeten, hatten es leichter als diejenigen, die heute ein sozialdemokratisches Programm aufzustellen haben. Wenn wir uns diese alten Programme ansehen, dann finden wir, daß sie überwiegend Forderungen enthalten: Forderungen an den Staat, an die kapitalistische Gesellschaft, an andere Mächte, um politische Gleichberechtigung, um wirtschaftlichen Aufschwung, um kulturelle Hebung, um soziale Sicherung — immer an andere gerichtet!

Heute muß sich aber das Programm mit der Erfüllung von Forderungen durch uns selber beschäftigen. Durch unser Eindringen in die Verwaltung der Gemeinden, der Länder und vorübergehend auch des Reiches, sind wir in diese Lage gekommen, nicht mehr Forderungen an andere stellen zu können, sondern die Forderungen, die wir gestellt hatten, selber verwirklichen zu müssen. Unter diesem Gesichtspunkt sehe ich die fleißige und in vielen Kapiteln gründliche und einleuchtende Vorarbeit für unseren heutigen Programmentwurf an. Aber ich stelle mir dabei auch die Frage, welche Teile der deutschen Wählerschaft wir erfassen werden, wie viele sich in diese Forderungen, die wir heute oder in den nächsten Tagen aufstellen, vertiefen werden. Darüber kann man nur Vermutungen aussprechen. Vielleicht sind es 20 oder 25 Prozent der Wähler. Ich denke aber auch an die 70 anderen Prozente, die wenig Zeitungen politischer Art lesen oder ihre politische Reife sonst zu vervollkommen im Begriffe sind. 70 bis 80 Prozent werden wir durch Eingehen auf die nächstliegenden erfüllbaren Aufgaben aufrütteln müssen.

Diese Erkenntnis veranlaßt mich, den Parteitag zu bitten, zu prüfen, ob wir nicht kurz vor den Wahlen eine Plattform vorbereiten sollten, etwa des Inhaltes: Wenn die Wähler der Deutschen Bundesrepublik uns die Mehrheit im jetzt zu wählenden Parlament geben, dann werden wir diese Mehrheit benutzen, um in den vier Jahren, in denen sie voraussichtlich wirkt, drei oder vier Hauptaufgaben zu erfüllen. Wir werden nach dem Vorbild der skandinavischen Parteigenossen und, wie es in den englischen Ländern üblich ist, etwa sagen:

Wir werden erstens für eine umfassende, viel umfangreichere Ausweitung des Wohnungsbaues eintreten; denn hier ist die Not des deutschen Volkes

am größten. Außerdem können die Baustoffindustrien die Initialzündung für die Vollbeschäftigung geben.

Wir werden zweitens eine Reform des Lastenausgleichs in Richtung der Beschleunigung und der sozialen Gesichtspunkte vertreten und durchführen, wie sie Genosse Preller eben hier entwickelt hat.

Wir werden drittens eine einheitliche Sozialversicherung durchsetzen, die uns aus dem Gewirr der Gesetze und Paragraphen hinausführt zu einer allgemein verständlichen, vereinfachten und genügenden Bildung dieser Organe.

Wir werden viertens eine Steuerreform durchsetzen, die Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit bringt.

Ich versteife mich nicht auf diese vier Punkte. Jeder andere, der gleich wichtig oder wichtiger ist, kann an ihre Stelle treten. Ich möchte aber doch denen, die heute keine politischen Flugblätter in die Hand nehmen, keine politischen Zeitungen lesen, denen, die auf dem Wege zum Fußballplatz sind — und dort versammeln sich viel mehr unserer Landsleute als in den besten politischen Kundgebungen —, diese kurze Plattform in die Hand drücken, und ich glaube, daß wir damit die Wirksamkeit unserer Werbung erhöhen und für uns selber den kategorischen Imperativ praktischer Arbeit durchsetzen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Wir treten nunmehr in die allgemeine Diskussion ein.

Das Wort hat zunächst der Genosse Erler, Tuttlingen.

Fritz Erler, Tuttlingen:

Genossinnen und Genossen! Wenn die Vorlage des Entwurfs eines Aktionsprogramms der Sozialdemokratischen Partei nur zwei Dinge erreicht hätte, die sie tatsächlich erreicht hat, dann wäre allein dadurch für die Partei unendlich viel gewonnen. Schon das ist ein wesentlicher Fortschritt.

Was ist denn passiert? — Wir haben der gesamten deutschen Öffentlichkeit und vor allem uns selber bewiesen, daß die Sozialdemokratische Partei nicht aus einer verhältnismäßig schmalen Schicht von Funktionären und einer breiten Schicht von zahlenden Mitgliedern besteht, sondern daß diese Partei es auf sich nimmt, bis in die letzten Ortsvereine hinein an der politischen Linie der Partei mitzuformen. Die Diskussion, die das Aktionsprogramm in der Parteiorganisation ausgelöst hat, ist schon für sich allein ein unerhörter Aktivposten gewesen. Nun wollen wir versuchen, auf diesem Parteitag aus der Diskussion das Beste für die Formulierung des Zieles zu machen. Unterschätzt also bitte nicht den Wert, den schon diese breite Diskussion, wie sie wohl seit 1945 für bestimmte konkrete Einzelfragen erstmalig ist, für das Gesamtleben der Parteiorganisation gehabt hat!

Noch ein zweites, und das ist auch wichtig! Wenn wir uns den Entwurf im einzelnen ansehen, werden wir endlich einmal merken, wie groß trotz aller Nuancen im einzelnen und trotz mancher Meinungsverschiedenheiten auch in grundsätzlichen Fragen doch die Gemeinsamkeit unserer sozialdemokratischen Zielvorstellungen ist. Das ist manchmal etwas in das Unterbewußtsein verdrängt worden, und wir merken erst jetzt, daß auch ohne geschriebenes Programm allein die lebendige politische Arbeit in der Partei, in den Parlamenten, in den Ländern und in den Gemeinden dazu geführt hat, daß sich auch in ganz konkreten Einzelfragen, die bei der Formulierung der alten Programme vor 20 und 25 Jahren noch nicht auf der Tagesordnung standen, selbstverständlich auf der gemeinsamen Grundlage sozialdemokratischen Denkens auch gemeinsame Vorstellungen entwickelt haben, die unbestritten sind. Damit will ich nicht sagen, daß wir über jeden Satz, der in

diesem Programm steht, einig wären. Beileibe nicht! Wir werden manches zu diskutieren haben. Aber es ist doch richtig, festzuhalten, wie überwältigend groß die Gemeinsamkeit der Zielvorstellungen ist, in denen wir uns deutlich und klar von allen anderen politischen Kräften in Deutschland abheben.

Eben hat Genosse Löbe den Wunsch ausgesprochen, der wohl vom Genossen Eichler bereits als erfüllt bezeichnet worden ist. Ich meine, der Parteitag sollte diesen Wunsch nachdrücklich unterstreichen. Bei allen Verdiensten, die das Aktionsprogramm jetzt haben mag, wird es eins nicht sein können: eine schlagkräftige Wahlplattform für die nächste Bundestagswahl. Daher wird es gut sein, wenn man rechtzeitig eine solche kurze Plattform erarbeitet, und das nicht etwa wie die Dürkheimer Punkte nach der Wahl, sondern vor der Wahl, damit wir sie noch, auf vier, fünf oder sechs Punkte beschränkt, im Wahlkampf populär machen können.

Nun habt ihr der Kommission, die jetzt hier zusammentritt und an der Vorlage für die Schlußabstimmungen arbeitet, eine sehr schwere Aufgabe gestellt. Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß es einer auch noch so qualifizierten zusammengesetzten Kommission nicht möglich sein wird, lediglich an Hand der leider allzu kurzen Diskussionen in der Partei das Instrument zu schmieden, das in idealer Weise alle unsere Anforderungen und Wünsche erfüllt. Das wäre eine Überforderung der Genossen, die dort arbeiten. Wir können ihnen nur Erfolg für diese Arbeit wünschen. Aber leider wird das Aktionsprogramm dann trotzdem noch nicht jenen einheitlichen Guß und auch nicht jene zündende Sprache aufweisen, die wir alle ihm wünschen. Aber wir wollen hoffen, daß wir dem Ziele so nahe wie möglich kommen.

Eine Lücke dagegen beklage ich, und deshalb habe ich mich eigentlich zum Worte gemeldet — gewissermaßen als einer der Sprecher der doch nun langsam heranwachsenden Generation, die von sich nicht mehr ganz mit Recht behaupten kann, sie sei die jüngere.

Was hier im Programm zu fehlen scheint, was aber der Genosse Ollenhauer in den letzten Sätzen erfreulicherweise sehr klar und deutlich gesagt hat, das ist ein politisches Wort an die junge Generation. Ich weiß, daß es für unsere Partei sehr unklug wäre, die Fragen, die die junge Generation angehen, an den Schwanz unseres Aktionsprogramms zu setzen. Jugend und Jungsein allein ist noch kein Programm. Selbstverständlich ist es richtig, daß das politische, ökonomische und soziale Schicksal der jungen Generation nicht isoliert betrachtet werden kann. Selbstverständlich löst Vollbeschäftigung in ganz anderer Weise auch die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, als wenn man ihnen einzeln zu Leibe geht. Das alles ist richtig. Und alles, was in den anderen Teilen des Programms steht, hat seine unmittelbare Wirkung auf die jungen Menschen. Aber wir müssen mehr tun. Wir müssen uns davon frei machen, die Frage der Jugendpolitik zu sehr unter dem Gesichtspunkt der Sozialpolitik und der Jugendfürsorge zu sehen. Es handelt sich um Politik, es handelt sich um das Ansprechen auch jener Menschen, die nicht vom Schicksal der Jugendarbeitslosigkeit bedroht, die nicht gefährdet und nicht verwahrlost sind. Der überwiegende Teil der deutschen jungen Generation ist Gott sei Dank im Beruf und hat Arbeit. Trotzdem ist die Jugend ein politisches Problem, und um diese Generation müssen wir kämpfen. Wie wir das tun wollen, das sollte in diesem Programm in einigen Sätzen angedeutet sein. Und zwar nicht bloß in der Weise, daß wir der jungen Generation nun alles Mögliche vom Himmel herunter versprechen, sondern indem wir ihr Aufgaben stellen und uns mit dem Standort dieser Generation in der heutigen Gesellschaft befassen.

Warum? Sie unterscheidet sich von der älteren nämlich nicht nur dadurch, daß sie ein paar Jahre jünger ist, sondern sie unterscheidet sich von der

älteren Generation vor allem dadurch, daß die turbulente Geschichte der letzten Zeit und insbesondere der beiden Weltkriege hier einen so deutlichen Strich zwischen der Vorstellungswelt und dem politischen Erfahrungsschatz der älteren und der jüngeren Generation gezogen hat, daß wir uns hier mit einem besonderen Problem, mit der geistigen Situation dieser Menschen, zu befassen haben. Hier sollten wir die junge Generation ansprechen — ich wiederhole noch einmal —, in den Aufgaben, die wir ihr stellen, und in den Chancen, die wir ihr geben. Dieses letzte ist nicht nur eine Forderung an die Bundesregierung, auch wenn sie sozialdemokratisch wäre, sondern noch viel mehr eine Forderung an uns selber, an unser Verhalten dieser Generation gegenüber in den eigenen Organisationen und nicht zuletzt in der Partei. Ich meine, daß die Sätze, die der Genosse Ollenhauer hier gesprochen hat, nicht nur im Protokoll des Parteitages stehen, sondern ihren Platz im Aktionsprogramm der Partei selber finden sollten. Dorthin gehören sie, dort sollten wir sie aufnehmen.

Es handelt sich dabei nicht nur um die Jugend im engeren Sinne; es handelt sich auch um die Generation der 20- bis 35jährigen, deren geistige Welt in der Zeit des Totalitarismus geformt worden ist, in der sie demokratischen Vorstellungen gegenüber völlig unzugänglich gewesen ist, und vor allem auch im Kriege. Es wäre falsch, wenn sich die Sozialdemokratische Partei nicht darüber Rechenschaft ablegte, daß unter den 10 Millionen Soldaten, die es nun einmal auf der deutschen Seite in diesem Kriege gegeben hat, nicht nur Berufssoldaten waren, sondern daß die meisten auch Teile unserer heutigen Wählerschaft sind und daß wir daher das Erlebnis dieser Menschen, von denen weitaus die meisten geglaubt haben, ihrer Heimat zu dienen, irgendwie berücksichtigen müssen. Auch das wäre dabei zu beachten.

Ich meine, gerade wir können das aussprechen. Wir haben nicht um bestimmte Schichten zu buhlen, weil wir etwa ein schlechtes Gewissen hätten. Der Widerstand der Sozialdemokratie gegen den Totalitarismus ermächtigt uns zu diesem Standpunkt. Wenn wir uns nicht um diese Generation kümmern, treiben wir sie in das Lager der antidemokratischen Kräfte, die sich auch in den bürgerlichen Parteien finden. Wir müssen die Aufgabe anpacken — ich zitiere Ollenhauer —: allen denen, die seit der großen Katastrophe ohne geistige und politische Heimat sind und die mit ehrlichem Herzen und offenem Sinn nach neuen Wegen suchen, eine aufgeschlossene Gemeinschaft von Menschen und Sozialisten zu sein.

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat Genosse Schmidt.

Schmidt, Koblenz:

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß es heute nicht darauf ankommt, Feinheiten zu diskutieren. Dafür werden wir keine Zeit haben, weil Aufgaben größerer Art vor uns stehen.

Dem Genossen Eichler wird man leider sagen müssen, daß die Kommission, die das Programm erarbeitet hat, an einer Reihe von Nachtsitzungen nicht vorbeikommen kann. Ich bitte, das nicht als einen Strafauftrag von uns anzusehen. Was Genosse Löbe gewünscht hat, wird von unserer Delegation nachdrücklichst unterstützt. Das vorliegende Aktionsprogramm dürfte auch die geeignete Plattform für die Erfüllung dieses Wunsches geben; denn als Zwischenlösung eignet es sich durchaus dazu, das herauszuziehen, was wir in kurzen, knappen Sätzen in den nächsten Kämpfen der deutschen Bevölkerung sagen müssen.

Der Ausgang unseres Ringens um die Macht wird nicht zuletzt von der Durchführung dieser Wünsche abhängen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir in einer geistigen Periode leben, in der man auf der politischen Ebene an knappe Formulierungen gewöhnt worden ist.

Deshalb nur einige grundsätzliche Bemerkungen zu der Vorlage selbst. Ich beglückwünsche den Parteivorstand und die Kommission, auf dem Gebiet der Agrarpolitik endlich den Mut gefunden zu haben, neue Wege zu beschreiten. Wir müssen sie fortsetzen, da die wirtschaftliche Verständigung zwischen dem Industrieschaffenden, dem Kopfarbeiter und dem Landschaffenden für den Fortschritt der Partei bedeutsam ist. Hier ergeben sich Möglichkeiten einer Entwicklung, die wir dann gut vorwärtstreiben können, wenn sich die Partei um die ständige Verständigung der großen Arbeitsgruppen bemüht.

Ich darf Ihnen aus der Bedeutung dieser Aufgabe ein Beispiel nennen. In den Großstädten wurde in den letzten Wochen und Monaten vielfach ein sogenannter Butterstreik durchgeführt. Es dürfte wenigen Genossen in den Großstädten bekannt sein, daß unsere Landwirtschaft, die die Masse ihrer Milch an die Molkereien abliefern, bis zur Stunde von der gesamten Preisaufwärts-Bewegung nicht den geringsten Vorteil hatte, sondern daß diese gesamte Aufwärtsbewegung in den Taschen derer hängenblieb, die zwar nicht produzieren, aber im Verteilungsapparat stecken.

Lassen Sie mich noch eine andere Frage ansprechen, zu der wir Klarheit gewinnen müssen. Es ist das Problem der deutschen Länderreform. Die Partei kann sich nicht mehr damit begnügen, ihre alten bekannten Sätze zu wiederholen. Denn in einigen Gebieten unserer Bundesrepublik drängt die Frage zu einer schnellen Lösung. Wir haben in einzelnen Gebieten — dazu gehört unser Gebiet — die Frage der Länderreform seit Jahren zu einem bedeutsamen Programmpunkt unserer Arbeit gemacht. Der Parteivorstand muß durch Klärung des Problems auf der innerparteilichen Ebene uns die Möglichkeit geben, diese Arbeit fortzusetzen.

Noch eine Bemerkung zu dem Wort Aktion. Wir sollten bei all dem, was wir jetzt tun, keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir auf der parlamentarischen demokratischen Ebene so lange stehen werden und stehen müssen, wie uns die Spielregeln der Demokratie nicht verweigert werden. Wenn in unserer Partei einmal andere Auffassungen anklingen sollten, wäre dies, glaube ich, eine sehr starke Gefährdung nicht nur der Demokratie, sondern unserer eigenen Partei.

Bei dem, was wir unserer Bevölkerung kurz zu sagen haben werden, dürfen zwei Dinge nicht fehlen. Wir wissen, daß besonders die CDU ihre derzeitigen schwachen Positionen in den kommenden Kämpfen mit der europäischen Flagge zuzudecken versuchen wird. Wir müssen der Bevölkerung sagen, daß wir diesen Versuch nicht nur als Schutzmaßnahme des Besitzbürgertums ansehen, sondern auch aus einem anderen Gesichtspunkt. Klein-Europa ist doch in erster Linie der Versuch, die geistigen, kulturellen Punkte ins Politische umzusetzen, die für manche Epoche des Stillstands und des Rücktritts verantwortlich sind und sich jede Aufhellung unserer Umwelt nur in hartem Kampf entreißen ließen. Die Gefahr der Restaurierung nach dieser Richtung ist zur Stunde viel größer als die Bildung rein nationalistischer Kräftegruppen. Am Ende werden wohl keine Scheiterhaufen sein, aber alle freiheitlich gesinnten Menschen würden hinter entsprechend ausgefeilten gesetzlichen Zäunen gehalten werden.

Deshalb kann unsere Partei in den kommenden Wahlkämpfen die derzeitige Konzeption Adenauers nur mit aller Schärfe bekämpfen, eine Konzeption, die auf der inneren Ebene durchaus nicht so erfolglos war, daß sie keine Früchte getragen hätte. Wir müssen uns über die Tiefenwirkung der Adenauerschen Politik auf der inneren Ebene vollkommen klar sein. Sie führt vom Bundeskanzler in einer Linie zu dem letzten Angestellten der Verwaltungen in der Vergütungsgruppe TOA X und politisch bis ins kleinste Dorf unserer deutschen Bundesrepublik. (Beifall.)

Wir am Rhein kennen am besten den totalitären Machtanspruch der sogenannten Neu-Europäer, auch wenn sie sich hin und wieder eine Blaupaspelierung leisten. Wir können der Meinung des Genossen Wehner hinsichtlich der Fruchtlosigkeit ihrer Politik nicht ganz beitreten. Sie hat auf der inneren Ebene viele Früchte und Früchtchen gezeitigt. Man kann sie sogar an diesen Früchten erkennen. Wir sollten als Partei in den kommenden Kämpfen um die Macht in Deutschland betonen, daß wir uns verpflichtet fühlen, einige dieser Früchte wieder abzuschütteln. Wir sollten dabei unserer Bevölkerung sagen, daß wir unsere politische Stellung auf der Verwaltungsebene so stark untermauern werden, daß Ministerialdirektoren nicht mehr in der Lage sind, eine andere Politik zu betreiben, als die Chefs sie wünschen.

Zum Schluß noch ein Wort gegen den Versuch, unsere politische Haltung nach links nicht festzulegen. Stalin hat einmal gesagt: Wenn ich mit dem Teufel über eine Brücke marschieren muß, gehe ich, wenn es sein muß, mit diesem bis zum Ende. Als dann Stalin über die Brücke mußte, hatte er nicht den Teufel an seiner Seite, sondern mindestens einen gutgläubigen Demokraten. Wir aber sollten wissen, wenn wir diese Brücke beschreiten sollten, könnten wir sie nur gleichzeitig hinter uns abbrechen. Wenn wir den Weg in der Mitte mit einer Diskussion unterbrechen wollten, würden wir im Wasser landen. Es kann und darf für die Sozialdemokratische Partei in ihrer Haltung gegenüber dem Osten nicht der geringste Zweifel aufkommen, und das werden wir bei der kommenden propagandistischen Erklärung eindeutig herausstellen müssen. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat Genosse Jacobi.

Werner Jacobi, Iserlohn:

Genossinnen und Genossen! Unter den Abschnitten des Entwurfs eines Aktionsprogramms, über die es in der lebhaften Diskussion, die in Parteienkreisen stattgefunden hat, keinen Streit gab, befinden sich unter anderem die Abschnitte über Kommunalpolitik und Wohnungsbau.

Daß wir Sozialdemokraten auf dem Gebiet der Kommunalpolitik besonders hartnäckig und aktiv gewesen sind, daß dies einer alten Tradition unserer Partei entspricht, ist überall bekannt. Wir werden von unseren Gegnern immer wieder hämisch die Partei der Oberbürgermeister und Landräte genannt. Mit einer solchen Kennzeichnung scheint ein gewisser Neid verbunden zu sein. Man wäre auf seiten der bürgerlichen Parteien heilfroh, wenn man in der Lage wäre, gerade angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen mit Leistungen aufzuwarten, wie wir sie in vielen Orten der Bevölkerung zeigen dürfen. Wir erleben, daß bis in die Reihen der FDP Deklamationen erfolgt sind, mit denen versucht wird, nachzuweisen, daß man mindestens genau so, wenn nicht noch besser als wir, in der Lage sei, eine positive Kommunalpolitik zu treiben. Wir können den Kommunalwahlen aus unserer Tradition und aus den Leistungen, die von uns erbracht worden sind, mit gutem Gewissen entgegentreten.

Wenn es in dem einen oder anderen Ort einen Nasenstüber geben sollte, als Folge einer ausnahmsweise schlechten sozialdemokratischen Kommunalpolitik — einige Orte kennen wir, von denen wir sagen müssen, daß dort nicht besonders glücklich operiert worden ist —, dann werden wir es ertragen können und müssen, weil es uns eine Lehre für die Zukunft ist.

Aber, Genossinnen und Genossen, in bezug auf das Aktionsprogramm genügt es nicht nur, sich mit der Feststellung zu begnügen, daß in dieser oder jener Frage Thesen entwickelt worden sind, die wir mit gutem Gewissen vertreten können. Wir können und dürfen uns nicht darauf verlassen, daß uns die Öffentlichkeit das abnimmt. Wir werden auch bei den Kommu-

nalwahlen — darauf ist während dieses Parteitages wiederholt und mit Recht hingewiesen worden — mit einer Feuerwalze von Verdrehungen und Entstellungen zu rechnen haben. Schon in bezug auf die Bundestagswahlen hat sich hier einiges erkennen lassen über die Linie, die unsere Gegner gegen uns beziehen wollen. Herr von Brentano hat kürzlich das Wort gesprochen, der Bevölkerung müsse begreiflich gemacht werden, daß ein entscheidendes Anliegen der CDU darin bestünde, Eigentum zu schaffen. Man spürt sofort, daß man das mit einer bestimmten Blickrichtung, nämlich gegen uns, herausstellt. Man wird mit alten Ladenhütern gegen uns kommen und wird zweifellos den angeblich kollektivistischen Eigentumsbegriff der SPD zu strapazieren versuchen. Einer solchen Haltung gegenüber gilt es, von unserer Seite eine Reihe Tatsachen anzuführen und herauszustellen.

Wir müssen damit rechnen, daß man uns entgegenhält: Ihr seid mittelstandsfeindlich. Wir haben in der Praxis der letzten Jahre einige Beweise dafür angetreten, daß eine solche Behauptung und Unterstellung falsch ist. Ein Beispiel: Wir haben bei der Diskussion über die Mietenreform immer wieder die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung dargetan. Wir haben erklärt, auf diesem schwierigen Gebiet müsse es zu einer organischen Neuregelung kommen. Die Bundesregierung ist diese Lösung bisher schuldig geblieben. Sie hat sich bis zur Stunde mit Palliativmitteln begnügt. Ich brauche nur an die Lösung für Geschäftsräume zu denken. Hier ist ein Punkt aus dem praktischen Alltag. Unser Kampf um eine vernünftige Gestaltung des Geschäftsraummietengesetzes ist eine Aktion für weite Kreise des deutschen Mittelstandes gewesen. Wir sollten daran denken, und wir sollten nicht allzu bescheiden sein und ruhig vor dem Forum der Öffentlichkeit auf diese positive Arbeit für den Mittelstand hinweisen (Sehr gut.)

Genossinnen und Genossen! Wenn ich eben Herrn von Brentano zitierte, so sollten wir auch nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß wir nicht zuletzt auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaus von Anfang an die Initianten gewesen sind. Das ist einem Mann zu danken, der zu Beginn des Parteitages geehrt wurde, Erich Klaunder, und seinen Mitarbeitern in der Bundestagsfraktion. Wir haben in den letzten Wochen einen neuen Initiativ-Entwurf zum Wohnungsbaugesetz vorgelegt. Heute lesen wir in der Presse, der neue Bundeswohnungsminister habe darauf hinweisen müssen, daß der Referenten-Entwurf zur Änderung des Ersten Wohnungsbaugesetzes leider noch nicht kabinettstreu sei. Als wenn es nur diesen Referenten-Entwurf gäbe! Unser Initiativ-Antrag zur Änderung des Wohnungsbaugesetzes wurde von uns bereits vor Wochen eingereicht. Dieser Antrag scheint uns, wenn nicht kabinettstreu, so doch parlamentsreif zu sein, also noch einen Schritt weiter zu sein als die Arbeiten im Wohnungsbauministerium. In diesem Entwurf ist eines enthalten, von dem wir dankenswerterweise sagen können, daß der neue Wohnungsbauminister offenbar nicht so starr ist, daß er nicht auch bereit wäre, von Sozialdemokraten Anregungen entgegenzunehmen.

Nach der heutigen Verlautbarung hat er als besonderes Ziel eines neuen Entwurfs die verstärkte Förderung des Eigenheim-Baues hingestellt. Das steht bereits in unserem parlamentsreifen Initiativgesetz-entwurf. Wir haben bei der Eigentumsregelung einen Weg beschritten, der für uns nicht neu ist, der aber einmal angesichts der Versuche unserer Gegner, uns mit alten Ladenhütern und Phrasen zu bekämpfen, sichtbar gemacht werden mußte. Wir werden Gelegenheit nehmen, diese positive Arbeit anläßlich der kommenden Wahlen ins rechte Licht zu stellen. Darüber hinaus haben wir der Bundesregierung und dem Bundestag die Forderung unterbreitet, beim sozialen Wohnungsbau in Zukunft die Misere zu vermeiden, die uns jahrelang bedrückt hat: Das Geraufe mit dem Finanz-

minister um die notwendigen Millionen. Wir haben ein Dreijahresprogramm festgelegt. Jährlich müssen 400 000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau gebaut werden. Die Mittel für die nachstellige Förderung soll nach unserem Wunsch in den ordentlichen Haushalten des Bundes und der Länder eingesetzt werden, genau so, wie es bei den Beamtengehältern und bei anderen Aufgaben auch der Fall ist. (Beifall.)

Das ist nach unserer Meinung ein durchaus positiver Vorschlag der Opposition und eine Antwort auf die Frage: „Warum erhalten wir neben eurer negativen Kritik von euch keine positiven Vorschläge?“ Wir haben in den Gesetzentwurf die Forderung auf eine Verbesserung der Wohnqualität eingebaut, indem wir den Begriff der Mindestausstattung hineingebracht haben. Wir haben die Erhöhung des Mindestumfangs der Wohnfläche von 32 auf 40 qm verlangt. Die CDU erklärt Tag für Tag, man müsse familiengerechte und familienwürdige Wohnungen schaffen. Unser Gesetzentwurf verlangt, daß diese Forderung nun endlich realisiert wird. Er steht unter dem Motto — ein Motto, das gut ist und mit dem wir auch zu den Wahlen vor die Öffentlichkeit treten können —: Mehr und bessere Wohnungen! Das ist sozialdemokratische Aktion! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“ übermittelt dem Parteitag beste Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf. Er versichert, daß er sich mit den Zielen der Sozialdemokratischen Partei einverstanden wisse. (Beifall.) — Wir setzen die Diskussion fort. Das Wort hat der Genosse Max Kunze.

Max Kunze, Bassum:

Genossinnen und Genossen! Aus einer Gegend kommend, in der nicht nur die sogenannte Intelligenz, sondern vor allem die breite Masse des arbeitenden und notleidenden Volkes sowohl die Mitgliedschaft unserer Partei als auch die Wählerschaft unserer Partei ausmacht, fühle ich mich verpflichtet, ja, von einem Teil unserer Ortsvereine bin ich beauftragt, folgende Gedanken zum Ausdruck zu bringen:

Wie Genosse Eichler ausführte, haben am Aktionsprogramm Fachmänner des Aufgabengebiets selbstlos mitgearbeitet. Ich befürchte aber, daß sie aus nüchterner Sachkenntnis nur die Formulierungen fanden, die an sich natürlich bei vielen verständigen Menschen Aufnahme finden werden. Ist damit aber auch zugleich die breite Masse der Menschen angesprochen, die aus der eigenen Not heraus ein Programm erwartet, welches sich um das Wohl und Wehe des einzelnen Menschen bemüht? An Stelle der überwiegenden und erstrangigen Bemühungen um die Außenpolitik sollte von der Bemühung um die Menschlichkeit auf allen Gebieten ausgegangen werden. Das trifft zum Beispiel auf den Abschnitt „Menschlichkeit für Kriegsgefangene und Verschleppte“ zu. An Stelle der kühlen, sezierenden, analysierenden Federführung sollte der hoffnunggebenden, wärmeren und zugleich mitreißenden Absicht Ausdruck gegeben werden, die auch dem verzweifelten Menschen, der zu den 20 Millionen der Rentner, Arbeitslosen und Vertriebenen gehört, einen Ausblick auf eine bessere Zukunft gibt. Dementsprechend sollte nicht nur über eine erstrebte Zukunft hinweisend gesprochen werden, sondern es sollte auch eine dementsprechende Unterteilung der Abschnitte so vorgenommen werden, daß das Wohl des Menschen im Vordergrund steht. Dann könnte folgen die Erziehung, die Gestaltung des Familienlebens, der Sozialplan, die Gestaltung des öffentlichen Gemeindelebens, der Wirtschaft, der Innenpolitik, der Außenpolitik usw.

Vielleicht findet die Redaktionskommission noch eine Möglichkeit, dieser Anregung Rechnung zu tragen. Andernfalls läßt sie sich vielleicht im Kommentar berücksichtigen. Die Not unserer Mitmenschen zwingt uns zu einer

solchen Berücksichtigung, damit zugleich der hinreißende Schwung vermittelt wird, den wir gerade in einem solchen Aktionsprogramm dringend brauchen, welches zugleich für die kommenden Bundestagswahlen die Plattform darstellen soll. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat nun Genosse Jaksch.

Jaksch, Wiesbaden:

Genossinnen und Genossen! Ich möchte einiges zur Begründung jenes Abschnitts in unserem Aktionsprogramm sagen, welcher sich mit den Schicksalsfragen der Heimatvertriebenen, der Fliegergeschädigten und der Evakuierten befaßt. Das Gewicht dieser programmatischen Festlegung besteht nicht im Umfang des Textes noch in der Formulierung der Details, sondern in der Tatsache, daß sich die größte politische Bewegung Deutschlands mit den Grundforderungen jener Volksschichten identifiziert, die an den Auswirkungen der totalen Niederlage besonders schwer gelitten haben.

Für die Stoßkraft unserer Forderungen auf diesem Gebiet ist es äußerst wichtig, daß dem Bewußtsein der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands die großen sozialen und massenpsychologischen Umschichtungen dieser Nachkriegszeit in vollem Umfang einverleibt werden. Es war geradezu revolutionär, auf alle Fälle ein revolutionierender Vorgang, als am Ende des zweiten Weltkrieges zu den Millionen von Habenichtsen und Obdachlosen in Restdeutschland eine noch größere Millionenarmee von Habenichtsen und Obdachsuchenden sich gesellte. Fritz Henßler hat auf Grund seiner Erfahrungen als Oberbürgermeister von Dortmund in seinen Begrüßungsworten anklingen lassen, wie schwer die Aufgaben einer sozialen und staatsbürgerlichen Zusammengliederung dieser alten und neuen Schichten von Notleidenden in Westdeutschland ist. Die Wahrheit ist, daß in allen Industriegemeinden der Bundesrepublik ein verzweifelter Kampf um jeden Quadratmeter Wohnfläche im Gange ist, bei dem die Ansprüche der Heimatvertriebenen, der Ausgebombten und Evakuierten hart aufeinanderprallen. Wir wollen aber keinen Klassenkampf der Habenichtse untereinander. Wir wollen auch nicht den großen Strategen der Selbstisolierung der Heimatvertriebenen vom Schlage etwa eines Linus Kather folgen und die Forderungen der einen Gruppe auf Kosten der Bedürfnisse anderer Gruppen unterstreichen. Deswegen haben wir in unserem Aktionsprogramm bewußt, das heißt aus einer zentralen politischen Absicht heraus, die Heimatvertriebenen, die Fliegergeschädigten und die Evakuierten in einem gemeinsamen Abschnitt angesprochen. Wir wollen auch keine Illusion darüber nähren, daß der eine Notstand auf Kosten der Beibehaltung anderer Notstände beseitigt werden kann. Die Aufgaben der sozialen Integration innerhalb der Bundesrepublik sind unteilbar. Sie müssen im Interesse des Bestandes der deutschen und der europäischen Demokratie gelöst werden. Die Bedeutung dieser Aufgabe wird in Zukunft noch wachsen. So lange nämlich quer durch Deutschland ein Eiserner Vorhang gezogen bleibt, so lange der kommunistische Terror in Zentral- und Südosteuropa weiterwütet, so lange wird der Ansturm von asylsuchenden Menschen an die Tore der Bundesrepublik pochen. Diese Dinge müssen in dem großen Zusammenhang der sozialen Aufgabenstellung innerhalb der Bundesrepublik gesehen werden. In unserem Bewußtsein und im Bewußtsein unserer Freunde außerhalb Deutschlands muß die Tatsache wachbleiben, daß dieses Westdeutschland mit seiner zusammengeballten Industriebevölkerung, mit seinen noch nicht voll aufgebauten Städten ein neuralgischer Punkt der gesamten westeuropäischen Sozialstruktur ist. Deshalb ist es von historischer Bedeutung, daß sich das

Aktionsprogramm der SPD nicht nur zum Lebensrecht der Heimatvertriebenen und der Ostzonenflüchtlinge im Westen bekennt, sondern auch zum Heimatrecht der Vertriebenen im Osten, und zwar in einer Form, die keine Mißdeutung zuläßt. Im Wortlaut dieses Abschnitts wird klar und deutlich gesagt, daß sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für die Möglichkeit der friedlichen Rückkehr aller Vertriebenen einsetzt, gleichviel, ob sie innerhalb oder außerhalb der deutschen Vorkriegsgrenzen gelebt haben.

Ich darf von dieser Stelle aus unsere ausländischen Freunde bitten, bei der Beurteilung dieser Forderung die politischen und historischen Argumente erneut zu prüfen, die während des Krieges und nach dem Krieg auch in den westlichen Ländern zur Begründung der Massenausweisung kolportiert worden sind. Es ist wahr, daß die Anwesenheit von acht Millionen Vertriebenen in Westdeutschland dazu beigetragen hat, die demokratische Lebensform der Bundesrepublik gegen kommunistische Infiltrationen immun zu machen. Man muß aber auch hinzufügen, daß Millionen dieser Habenichtse gegen die Verlockungen des Kommunismus immun geblieben sind, weil sie sich mit ihrer Vertreibung nicht abgefunden haben und weil sie immer noch damit rechnen, daß ihnen eine endgültige Friedensordnung in Europa auch den Weg zur friedlichen Rückkehr in ihre verlorengegangene Heimat ebnet wird.

Das Aktionsprogramm spricht weiter aus: „Die SPD wird mit allen Organisationen der Geschädigten freundschaftlich zusammenarbeiten, die sich der Vertretung der sozialen Interessen und der Erhaltung der kulturellen Traditionen der Heimatvertriebenen widmen.“ Lassen Sie sich bitte nicht irritieren, wenn da und dort an der Spitze der Vertriebenenorganisationen Menschen stehen, die ihre alten antisozialistischen Ressentiments mitgebracht haben und weiterpflegen, obwohl sie selbst inzwischen arme Deubel geworden sind. Daneben gibt es auch Menschen, die durch das harte Vertriebenenschicksal die soziale Frage entdeckt haben und bereit sind, mit uns um soziale Lösungen in Westdeutschland zu ringen, die nicht nur für einen Sektor der Bevölkerung, sondern für alle schaffenden Menschen eine Befriedigung ihrer Lebenswünsche bringen.

Es sind Bestrebungen im Gange, die großen Organisationen der Vertriebenen und vielleicht auch den BHE als die letzte Reserve der heutigen Bonner Koalitionsmehrheit zu mobilisieren. Man wird die Vertriebenen zu kaufen versuchen, vielleicht mit Hilfe einer ausländischen Anleihe, damit die heutige Bonner Koalition auch nach der nächsten Bundestagswahl am Ruder bleiben kann. Dazu möchte ich nur sagen: Der beste Weg, diese Menschen nach links zu drängen, diese Massen zu unserem Bundesgenossen zu machen, ist eine aktive und zielbewußte Vertriebenenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat Genosse Kühn.

Kühn, Düsseldorf:

Genossinnen und Genossen! Der Parteitag ist ein wenig geeignetes Forum, um Probleme in der Breite, in der es notwendig wäre, grundsätzlich zu erörtern. Wir alle können in den wenigen Minuten, die uns für die Diskussion zur Verfügung stehen, nicht mehr tun, als skizzenhaft auf Schwerpunkte unserer Interessen hinzuweisen. Ich möchte auf einen Punkt aufmerksam machen, der uns gerade hier an Rhein und Ruhr besonders am Herzen liegt.

Doch vorweg noch eine Bemerkung. Es hat wenig Sinn, wenn in der folgenden Diskussion die Frage darüber verbreitet wird, ob das uns vorliegende Aktionsprogramm eine genügend lange Zeit der Diskussion für

die Vorbereitung in der Partei gehabt hat. Wir sind uns einig in einem: Wir brauchen dieses Aktionsprogramm, wir brauchen ein Programm, das jetzt, also von diesem Parteitag, verabschiedet wird. Genosse Ollenhauer hat bereits gestern auf die Bedeutung der Kommunalwahlen hingewiesen, vor denen wir in drei Ländern stehen. Im kommenden Frühjahr werden wir möglicherweise in die Bundestagswahl hineingehen. Da brauchen wir zumindest ein Wahlprogramm, das wie ein Spruchband die großen Zielsetzungen aufweist, zu denen wir uns positiv bekennen, um damit die Legende zu zerfetzen, nach der die Sozialdemokratische Partei eine Partei der Neinsager sei.

Das Aktionsprogramm kann aber nicht die Aufgabe lösen, die in der Diskussion oftmals von ihm erwartet wird. Es gibt notwendige Dinge, die darüber hinaus behandelt und in programmatischen Formulierungen niedergelegt werden müssen. Ich möchte vor der Illusion warnen, die sich vielleicht in unserem Bewußtsein festsetzt, daß wir nach Verabschiedung des Aktionsprogramms nicht mehr mit hinreichender Aktivität an ein darüber hinausreichendes Grundsatzprogramm heranzugehen brauchen. Wir brauchen dringend ein solches, weit über die Dimensionen des Aktionsprogramms hinausgehendes Grundsatzprogramm. Wir brauchen es für den Hausgebrauch der Partei und darüber hinaus — wie heute schon gesagt worden ist —, um die Schichten anzusprechen, die innerlich auf dem Wege zu uns sind. Ich denke dabei besonders an die junge Generation unseres Volkes, aber auch an die geistige Mittelschicht, an die technische Intelligenz usw. Hierfür konnte im Aktionsprogramm nicht genügend Raum reserviert werden. In seiner gewollten Begrenzung ist es von der Erkenntnis ausgegangen, daß Grundsatzprogramme wachsen müssen und nicht in wenigen Wochen zu erarbeiten sind. Wir brauchen aber eine vermehrte Aktivität für die Erarbeitung dieses Programms.

Willi Brandt war es, der gestern von der Notwendigkeit einer stärkeren geistigen Aktivität in der Partei gesprochen hat. Er forderte einen gesteigerten Machtwillen unserer Partei, dessen Voraussetzung eine geistige Mobilisation ist. Dazu brauchen wir solch ein Grundsatzprogramm. Wir brauchen es auch, um im Sinne des Genossen Nölting die „34-Prozent-Hürde“ zu nehmen. Wir brauchen in der Tat ein Programm, das auch in der Sprache — das Aktionsprogramm scheint mir besonders in der Sprache recht unzulänglich zu sein — die zündende Kraft entwickelt, die einmal von jenem Manifest ausgegangen ist, das vor 100 Jahren am Ausgangspunkt unserer Bewegung stand. Gewiß müssen wir erkennen, daß wir heute nicht nur eine Partei der A g i t a t i o n, sondern in der gegenwärtigen historischen Periode, die wir durchleben, eine Partei der sozialistischen K o n s t r u k t i o n sind. Deshalb hatte Genosse Paul Löbe recht, wenn er gerade auf diesen Gesichtspunkt hingewiesen hat.

Diese doppelte Aufgabe in einem umfassenden Parteiprogramm zu erfüllen, ist von brennender Notwendigkeit. Die Jugend verlangt nach einem solchen Programm. Die bürgerlichen Parteien haben das begriffen. Sie versuchen in der letzten Zeit, ihr Programm in einer Art „nationalistischem Erneuerungsprogramm“ zusammenzufassen. Sie gewinnen damit auch Einfluß auf die Parteien, die eigentlich programmatisch auf den Liberalismus festgelegt sind. Es vollzieht sich damit nichts anderes als die programmatische Formulierung einer Rechtsentwicklung, der leider auch in Europa westliche demokratische Kräfte einen ungebührlichen Vorschub leisten. Diese Rechtsentwicklung wird von diesen Kräften des Auslandes protegiert, als Folge der Erkenntnis der Tatsache, daß die Deutschen die besten Soldaten sind. Ich glaube, wir alle haben das Bewußtsein, es wäre um das Schicksal unseres Volkes besser gestellt, wenn wir die besten Zivilisten der Welt wären. (Beifall.) Was sich vollzieht, ist eine geistige Renaissance der Reaktion, der wir durch ein geistig mitreißendes Manifest entgegentreten

müssen. Noch einmal sei Genosse Nölting zitiert: Wir werden nur dann die Hürde der 34-Prozent-Grenze nehmen, die uns überall bei den Wahlergebnissen ein Halt geboten hat. Gestern hat Carlo Schmid ein Wort am Rande ausgesprochen, indem er sagt — damit komme ich zu einem weiteren Punkt, der uns am Herzen liegt —: „Man krebst mit der angeblichen Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratischen Partei“. Wir haben gerade in Nordrhein-Westfalen kulturelle Auseinandersetzungen hinter uns, in denen es den anderen darum ging, uns als eine Art gottlosen Heidenhaufen zu denunzieren. Wir erleben, daß man unter zivilisationsbenachteiligten Kreisen der Bevölkerung einen gewissen Eindruck mit so etwas schindet. (Heiterkeit.) Es gilt hier zunächst, die Substanz aus dem außenpolitischen Teil des Referats des Genossen Ollenhauer zu erkennen, nämlich die katholische Restaurationstendenz einer bestimmten Europa-Idee mit der Konsequenz Rumpf-Europa. Dazu gehört notwendigerweise auch ein Rumpf-Deutschland. Wir Sozialdemokraten haben gestern erklärt, daß wir uns mit diesem Rumpf-Europa, das durch die Namen de Gasperi, Franco, Salazar und Adenauer repräsentiert wird, nie werden abfinden können. Mit einem Rumpf-Deutschland werden wir uns noch weniger abfinden können. Die nationale Zerreißung wird in unserem Volk durch einen Prozeß der geistigen Separation ergänzt, der sehr gefährliche Dimensionen angenommen hat. Vom Geistigen her droht die Gefahr, daß Deutschland in zwei vollends voneinander getrennte Deutschlande zerrissen wird. Ein Prozeß der gewollten geistigen Separation ist im Gange. Hier gilt es festzustellen, daß die protestantische Bevölkerung Deutschlands zu einem Deutschland ohne die Wartburg ebensowenig ja sagen kann, wie die Katholiken zu einem Deutschland ohne den Kölner Dom ja sagen können. (Beifall.)

Ich habe von der gewollten inneren geistigen Trennung gesprochen, und ich sagte, ich spreche aus der Perspektive des Landes Nordrhein-Westfalen, wo in der klerikalen Kulturpolitik geradezu laufend Beispiele für diese Gewolltheit gegeben werden.

In diesem Lande ist es uns nicht gelungen — und damit komme ich zu einer zweiten Perspektive dieses Problems —, ein Landtagsmandat in direkter Wahl zu erobern, wenn die konfessionelle Struktur mehr als 40 Prozent Katholiken in dem Wahlkreis aufwies. Da zeigt sich ein überaus ernstes Problem. Wir erleben immer wieder — da genügt kein Lamentieren —, daß sich die Kirche bereit findet, sich zur Weltanschauungspartei zu machen und in entscheidenden Auseinandersetzungen die Kaplanität auf die Barrikade steigt und den vorparlamentarischen Raum zum Rekrutierungsbüro Adenauers macht. Wir haben uns das oft vor Augen gehalten. Wir haben in Nordrhein-Westfalen unsere Positionen in einer Formel zusammengefaßt, indem wir sagten: Wir wollen nicht die Entkirchlichung des Menschen, aber wir wollen als Sozialdemokraten auch nicht die Verkirchlichung des Staates. (Beifall.) Der katholische Lehrerverband hat in einem Offenen Brief darauf geantwortet — und er scheint diesen Unterschied nicht zu begreifen —, wer nicht die Entkirchlichung des Menschen wolle, der müsse doch die Verkirchlichung des Staates wollen! Wir wollen, daß kirchliche und religiöse Zugehörigkeit eines jeden Menschen eine Angelegenheit seiner individuellen Gewissensentscheidung ist und nicht Sache einer Partei. Es ist aber Sache unserer Partei, dagegen zu kämpfen und zu verhindern, daß der Staat zu einem Hilfsinstrument einer religiösen Glaubensgemeinschaft gemacht wird. Gestern hat Koos Vorrink, der Vertreter unserer holländischen Genossen, auf die holländischen Erfahrungen hingewiesen. Die Geschichte und die Erfahrung zeigen, daß jede Partei und jedes Volk ihre eigenen Wege gehen muß. Die geistige Architektur unserer Sozialdemokratischen Partei ist weit genug, um allen geistigen

Kräften, die die Menschenwürde respektieren, Raum zu geben. In dem Frankfurter Entwurf der Grundsätze der Sozialistischen Internationale ist dies angeklungen, es wird weiterentwickelt werden müssen!

Was mir am Herzen liegt, ist die programmatische Formulierung dieser Orientierung, die im eigentlichen Programm ihren Ausdruck finden muß. Um diese Orientierung weiterzuentwickeln, müssen wir positive Auseinandersetzungen mit den sozialpolitischen progressiven Kräften im Katholizismus und mit den sozial- und nationalpolitisch progressiven Kräften auch in der protestantischen Kirche suchen. Das scheint mir wichtig zu sein, weil die soziale und die geistige Separation die territoriale zu ergänzen droht und dann Deutschland endgültig auseinandergerissen sein wird.

Unserer Partei hat es immer einen besonderen Rang gegeben, daß wir gegen jeden Herrschaftsanspruch gekämpft haben, gegen den Herrschaftsanspruch von Völkern und Nationen wie gegen den Herrschaftsanspruch von Klassen und Gruppen. So wollen wir wie im Politischen und Wirtschaftlichen gegen jeden Herrschaftsanspruch auch im Geistigen kämpfen, denn unsere Partei ist nicht nur eine politische Partei, sondern sie ist auch eine Kulturpartei. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat der Genosse Lüdemann.

Lüdemann, Preetz:

Genossinnen und Genossen. Das Verhalten der Adenauer-Regierung und der sie tragenden Koalitionsparteien in der Frage des Bundeswahlrechts verdient bestimmt unser größtes Mißtrauen. Wichtig und notwendig ist, zu ihren Bestrebungen eine klare Haltung einzunehmen und ihnen eine Forderung unserer Partei entgegenzusetzen. Ich freue mich deshalb, daß im Entwurf des Aktionsprogramms die Formulierung steht, daß wir grundsätzlich ein Wahlrecht fordern, das die Zersplitterung der Parteien bekämpft und die Bildung von stabilen Regierungen erleichtert. Es steht aber in dem Entwurf anschließend ein Satz, der hiermit im vollkommenen Widerspruch steht. In ihm wird irrtümlich gesagt: „Das gegenwärtige Wahlrecht für den ersten Bundestag entspricht diesen Forderungen.“ Das ist nicht der Fall, denn dieses Wahlrecht zum ersten Bundestag war ja ein Proportionalwahlrecht, das die Zersplitterung der Parteien begünstigt. Der Beweis ist ja durch die Zusammensetzung des ersten Bundestages erbracht. Während in direkter Wahl überhaupt nur fünf Parteien Mandate bekommen haben, sitzen im Bundestag jetzt zehn Parteien, das heißt fünf Parteien mehr, die nicht ein einziges Mandat in direkter Wahl erworben haben und jetzt über 43 Abgeordnetensitze verfügen, darunter 15 kommunistische Mandate. Ich werde daher beantragen, daß dieser Satz — aber nur dieser eine Satz — in dem Programmentwurf gestrichen wird.

Von dieser Stelle aus möchte ich unsere württembergischen und badischen Landsleute dazu beglückwünschen, daß es ihnen gelungen ist, den schwarzwäldlerischen Leoniden eine Niederlage zu bereiten und zur Gründung eines einheitlichen schwäbischen Bundeslandes zu kommen. Das ist ein höchst erfreulicher Fortschritt, bei dem wir aber auf keinen Fall stehenbleiben dürfen. Nicht nur Süddeutschland hat Anspruch auf bessere innerstaatliche Ordnung, sondern im gleichen, vielleicht in größerem Maße auch Norddeutschland.

Meines Erachtens ist es nicht sehr glücklich, daß in dem Entwurf des Aktionsprogramms die Forderung nach einer Neugliederung der Länder sich auf das Grundgesetz stützt, denn die Forderung der Sozialdemokratischen Partei auf diesem Gebiet ist viele Jahrzehnte alt. Wir

sollten nicht den Eindruck erwecken, daß wir die Neugliederung der Länder nur deshalb fordern, weil sie im Grundgesetz vorgesehen ist.

Über die Vertriebenen sind zu meiner großen Freude auf diesem Parteitag viele ausgezeichnete Worte gesprochen worden. Ich will dem nichts hinzufügen. Es gibt kein besseres Wort als das von Erich Ollenhauer, daß die politische Heimat der Heimatvertriebenen bei uns die deutsche Sozialdemokratie ist. Wir sollten nur vielleicht noch etwas mehr tun, um dies in den Kreisen der Heimatvertriebenen bekanntwerden zu lassen; denn diese acht Millionen Menschen werden bei der nächsten Bundestagswahl eine sehr bedeutende Rolle spielen.

Ich will noch folgendes dazu sagen: Die Anregung unseres Freundes Paul Löbe, eine ganz kurz formulierte Plattform für die nächste Bundestagswahl zu schaffen, ist ausgezeichnet. Ich möchte nicht den Anfang machen, Forderungen hinzuzusetzen. Damit verliert der Grundgedanke an Wert. Ich empfehle aber, dort, wo von einer Verbesserung des Lastenausgleichs gesprochen wird, auch zu sagen, daß die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen als dringlich betrieben werden soll. Nicht allen Delegierten wird bekannt sein — so zahlenmäßig ist es erst vor wenigen Tagen von Herrn Ministerialdirigent Mittelmann im Bundesvertriebenenministerium vor einem Ausschuß der Vereinten Nationen ausgesprochen worden —, daß von unseren Heimatvertriebenen bis jetzt erst 35 Prozent in das deutsche Wirtschaftsleben eingegliedert worden sind. Wir sollten deutlich aussprechen, daß wir auch in dieser Richtung entschieden wirken wollen.

Zu dem Programmentwurf möchte ich noch eine zweite Anregung geben. In dem Abschnitt über die Vollbeschäftigung wird sehr gut gesagt, daß mit verschiedenen Methoden die Arbeitslosigkeit usw. in den Notstandsgebieten bekämpft werden soll. Ich möchte vorschlagen, noch einen Satz anzufügen, in dem wir sagen: Durch planmäßige Förderung des Verkehrs auf Schiene und Straße sind die notleidenden Randgebiete der Republik — da sitzen ja hauptsächlich die Vertriebenen und die Heimatlosen — mehr an die Zentren der industriellen Produktion heranzubringen.

Der Berechtigung meines Vorschlages kann wohl nicht widersprochen werden. Daß es in der Bundesrepublik ein Land gibt, in dem heute trotz des von der Adenauer-Regierung so oft gerühmten wirtschaftlichen Aufstiegs noch immer durchschnittlich 20 Prozent der arbeitsfähigen Menschen arbeitslos sind und davon mehr als die Hälfte dauernd, das heißt über ein Jahr, ist ein Skandal und eine schwere Anklage gegen das Adenauer-Kabinet und gegen die von den Herren Storch und Erhard betriebene liberale Arbeits- und Wirtschaftspolitik.

Ich will das Thema der Umsiedlung nicht anschnitten. Notwendig ist aber, zu einem Bevölkerungsausgleich und zu einem Ausgleich der arbeitsfähigen Menschen zu kommen, wenn wir zu einer Vollbeschäftigung in allen Teilen des Bundes kommen wollen.

Wir sind nicht reich genug, um es uns leisten zu können, im Norden der Republik dauernd ein Land bestehen zu lassen, das von schweren sozialen Spannungen erfüllt ist und in dem schon einmal der Anfang für den Aufstieg des Abenteurers Adolf Hitler gemacht worden ist, der bekanntlich in Schleswig-Holstein zuerst den großen Wahlerfolg von 51 Prozent der abgegebenen Stimmen im Juli 1932 erzielt hat. Es ist ganz klar, daß verzweifelte Menschen — und das müssen die Vertriebenen ja sein, die bei uns sieben Jahre lang ohne Arbeitsgelegenheit, ohne die notwendige Wohngelegenheit sind — nicht weniger als 180 000 von ihnen leben heute noch in Notunterkünften und Massenlagern —, für die Lockrufe irgendwelcher

politischer Abenteurer, ob sie nun unter der Firma BHE oder irgendeiner anderen neuen Firma segeln, besonders anfällig sind. Deshalb ist es ein wichtiges politisches Anliegen, dieses Land zu sanieren, damit wir nicht noch einmal, von Norden ausgehend, eine politische Katastrophe oder auch nur die Ansätze dazu erleben. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich muß zunächst mitteilen, daß jetzt die Liste der Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes abgeschlossen ist. Das Wort hat nunmehr der Genosse Vittinghoff, Hamburg.

Vittinghoff, Hamburg:

Genossinnen und Genossen! Ich habe nur eine kurze Erklärung im Namen der Delegierten der Landesorganisation Hamburg abzugeben. Ich bitte Sie, den Antrag Nr. 57 zu Punkt 5 kurz einzusehen. Der Parteitag hat alle Anträge, die das Aktionsprogramm betreffen, an die Redaktionskommission überwiesen. Wir haben selber dafür gestimmt, weil wir wünschten, eine möglichst rationelle Behandlung in der Beratung des Aktionsprogramms zu sichern.

Unser Antrag wurde in Hamburg aus Sorge um das Aktionsprogramm, das der Parteivorstand vorgelegt hat, formuliert. Wie Sie sehen, handelt es sich nicht um materielle Vorschläge zur Ab- oder Umänderung des Programms, sondern lediglich um die Methode der Verabschiedung. Wir stellen uns vor, daß unser Programm das Kraftfeld für die Aktionen unserer kommenden Kämpfe sein muß. Wir hoffen und wünschen, daß es der Redaktionskommission gelingt, dem Parteitag einen Programmentwurf vorzulegen, der hier möglichst einhellige Zustimmung findet. Und auch nur so wollen wir von Hamburg aus die Dinge sehen.

Gegen einen einzigen Punkt haben wir eine Einwendung zu machen, und wir behalten uns vor, falls die Ergebnisse der Redaktionskommission in diesem Punkte nicht zufriedenstellend sind, auf unseren Antrag zurückzukommen und ihn noch einmal zur Debatte zu stellen.

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat jetzt Genosse Eberhard Brünen; ihm folgt der Genosse Schroth, Solingen.

Brünen, Duisburg:

Genossinnen und Genossen! Genosse Löbe sprach davon, daß es unsere Vorfahren bei der Schaffung des Erfurter Programmes leichter gehabt hätten als wir heute. Ich finde, das ist nur eine halbe Wahrheit. Unsere Vorfahren hatten es in einer Beziehung leichter, in einer anderen aber schwerer; denn es fehlte ihnen an den Erfahrungen, die uns eigentlich zugewachsen sein müßten.

Es ist aber gar nicht das Problem, ob es der eine oder andere leichter oder schwerer hätte; das Problem ist vielmehr, daß wir über das Erfurter Programm nicht hinausgewachsen sind, es nicht überwunden haben. Dem Aktionsprogramm und seinem Fundament — und ein Aktionsprogramm steht immer auf einem grundsätzlichen Fundament — fehlt die Klarheit, die aus der Überwindung des Erfurter Programms und aus dem Fertigwerden mit ihm erwachsen sein müßte.

Das Aktionsprogramm muß sowohl eine Plattform für den kommenden Wahlkampf als auch — wenn ich den Genossen Eichler recht verstanden habe — Richtlinie für die Tätigkeit einer sozialdemokratischen Regierung heute und morgen sein. Wir brauchen ein Aktionsprogramm, das auf einem klaren grundsätzlichen Fundament aufgebaut ist. Daher dürfen alle jene

Dinge, von denen Genosse Eichler gesagt hat, daß sie noch nicht genügend gesammelt, genügend durchleuchtet und genügend in unsere Erkenntnis eingegangen seien, nicht ins Aktionsprogramm aufgenommen und besonders nicht in dem einleitenden Teil als geklärt einfach vorweggenommen werden. Die Tatsache, daß wir noch im Grundsätzlichen ringen, sollte berücksichtigt werden. Man sollte nicht das Ungeklärte als Grundlage für dieses Aktionsprogramm benutzen. Das geschieht aber in viel zu starkem Ausmaß. Wir gehen ungeheuren schweren Belastungen entgegen, die wir nicht ertragen werden, wenn nicht die Erfahrungen Weimars und des zweiten zitierten Ereignisses, der Oktoberrevolution, ausgewertet sind und die dadurch gewonnenen grundsätzlichen Erkenntnisse ihren Niederschlag als Grundlage des Aktionsprogrammes gefunden haben. Das mag eine kühne Behauptung sein. Die Geschichte wird sie zu prüfen haben.

Notwendig ist also eine klare und scharfe Umgrenzung im Grundsätzlichen unter Verwertung der Erfahrungen und Erkenntnisse der alten Programme und unter Aufdeckung und Wertung der Ursachen des Zusammenbruchs 1933. Das schließt auch eine gewisse Kritik an der „Regierungskunst“ der Vergangenheit ein. Sie ist gerade deshalb notwendig, weil das Aktionsprogramm ja eine Richtlinie für die Entwicklung einer neuen Regierungskunst sein soll. Ein Aktionsprogramm aber soll ja das Programm sein für die Aktionen, in die wir morgen und übermorgen hineingehen und die in einer näheren Zukunft abzusehen sind. Das besagt sein Name, und ich glaube, Genosse Eichler hat durchaus empfunden, daß der Name nicht ganz zutreffend ist. Am Anfang soll aber das Bewußtsein und der Wille stehen, daß wir mit den Aktionen die politische Macht für die Sozialdemokratische Partei erobern wollen, um eine bestehende Ordnung zu überwinden und durch eine neue zu ersetzen.

Es sollte die Erkenntnis hinzugefügt werden, daß diese Aufgabe in einer Zeit gestellt ist, von der Genosse Schumacher noch gesagt hat, daß „die Staatsgewalt von der Besatzungsmacht ausgeht“. Das Aktionsprogramm sollte jeder Formulierung der Aktionsthesen eine klare, scharfe Skizze der Lage mit ihren wesentlichsten Merkmalen, ihren Gesetzen und Tendenzen vorausschicken und daraus die Aktionsforderungen zwingend als notwendig ableiten. Ich meine, daß das nicht in dem für die so gefährliche Zeit notwendigen Ausmaße geschieht. Nach meinem Dafürhalten enthält es so viele unklare, wenig scharf umrissene Formulierungen aus vergangenen Zeiten, die jetzt unseren Leuten draußen, die ja mit diesem Programm die gestellten Aufgaben, die Eroberung der Mehrheit der Massen zur Durchsetzung unseres Wollens, zu bewerkstelligen haben, nicht die notwendige Klarheit für diesen Kampf geben.

Man sollte nicht in die grundsätzliche Seite des Aktionsprogramms das, was problematisch und ungeklärt ist, als geklärt hineinnehmen, um darauf Thesen für den Tag und Forderungen für die Aktionen aufzubauen. Das wird sich für die Arbeit nicht als erfolgreich erweisen, und wir werden dann wiederum unnötige Schläge einstecken müssen. Für uns kommt es doch darauf an, durch unser Aktionsprogramm und die dadurch ausgelösten Aktionen das so erschütterte Vertrauen in der Millionenmasse wiederzugewinnen, das blinde Vertrauen, das bereit ist, wenn die Partei zur Hergabe des letzten Einsatzes und des letzten, was der Mensch zu geben hat, ruft, diesem Rufe zu folgen, auf daß uns für alle Zukunft ein zweites 1933 erspart bleibt! Es gilt, den Ansatz zu schaffen zur Erreichung unseres Zieles, der Eroberung der Macht durch die Sozialdemokratie, und damit den ersten Schritt zur Überwindung der bestehenden Ordnung zu tun! Eine neue Gesellschaft zu formen! Wir brauchen ein Aktionsprogramm, damit die Partei dieses Ziel ernsthaft heute und morgen in Angriff nehmen kann. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Schroth, Solingen, ihm folgt der Genosse Grunner, Berlin.

Schroth, Solingen:

Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Schon Nürnberg brachte den Wunsch, aus dem Zustande des Improvisierens heraus- und zu einer planvollen und systematischen Arbeit nach einem Programm zu kommen. Dieser Wunsch ist auf den folgenden Parteitag in Düsseldorf und Hamburg in einem viel stärkeren Maße zum Ausdruck gekommen und mündete schon vor mehr als zwei Jahren in dem Auftrag an den Parteivorstand, in einer Programmkommission nun ein wirklich brauchbares, dem Augenblick angepaßtes und den gesellschaftlichen Gegebenheiten entsprechendes Programm auszuarbeiten. Es ist also nicht zutreffend, wenn man sagt, daß wir unter Zeitdruck gestanden hätten. Wir sind der Auffassung, daß zwei Jahre nicht ausreichen, alles zu erkennen und wissenschaftlich zu erforschen, daß aber zwei Jahre durchaus ausreichen, etwas wesentlich Besseres zu sagen als das, was hier gesagt worden ist, und sich auch klarer und eindeutiger mit den Problemen von heute abzufinden. Es ist durchaus richtig, daß dieses Aktionsprogramm der Partei mit der großen außenpolitischen Aufgabe, die gleichzeitig auch die große innenpolitische Aufgabe der Partei ist, beginnt, nämlich mit der Wiederherstellung der deutschen Souveränität und der deutschen Unabhängigkeit und mit der Frage der Bildung eines echten Groß-Europas.

Wenn wir aber die jetzt vorliegenden Verträge — im EVG-Vertrag und dem Generalvertrag — bekämpfen, wenn wir uns gegen den Schumanplan wenden und wenden müssen, dann wird es auch notwendig sein, zu sagen, warum wir uns dagegen wenden und ihren Charakter als den Versuch der Restauration und der Festigung der Klassenherrschaft der Besitzenden darzustellen. Ich habe den Eindruck, als versuchten wir, das schamhaft zu verschweigen. Wir müssen klar zum Ausdruck bringen, daß eine Vereinigung Europas in dieser Form nicht nur für die deutsche, sondern ebenso sehr für die von ihr erfaßte europäische Arbeiterschaft eine Gefahr ist. Gerade das ist klar und eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Das sollte man mehr tun, als es hier geschehen ist.

Eine wesentlich wichtigere Frage, die damit im Zusammenhang steht und der ich eigentlich den größeren Teil meiner Ausführungen widmen möchte, ist das Wirtschaftsprogramm. Hier müßte etwas über den Ausbau der vernachlässigten Grundstoffindustrien Kohle-, Eisen- und Energiewirtschaft und über die von der Bundesregierung sehr stark gegebenen Subventionen gesagt werden. Wenn ich einmal auf das, was Erik Nölting in den Dezembertagen des Jahres 1945 sagte, zurückgreifen darf, dann müssen wir feststellen, daß der deutsche Arbeiter den aus Anlaß des Bergarbeiterprogramms ausgestellten Wechsel durchaus eingelöst hat. Ist das aber im gleichen Maße mit dem Wechsel der Fall, den die regierenden Schichten Deutschlands für die Arbeiterschaft ausgestellt haben? Wir haben in Nordrhein-Westfalen und in Hessen das Sozialisierungsgesetz beschlossen. Das sind hoffnungsvolle Anfänge. Und wir münden in diesem Kampf im Mitbestimmungsrecht und finden hier doch wahrhaftig eine ganze Menge Dinge, die wir zu beanstanden haben und die sehr weit von dem entfernt sind, was wir einmal erhofften, und von denen wir in den Jahren 1946 und 1947 glaubten, daß sie Tatsache werden würden. Eine Subvention an die Großindustrie ohne gleichzeitige Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft in der Großindustrie dürften wir nicht einfach und ohne weitere Kommentare hinnehmen.

Eine weitere Frage ergibt sich aus der Industrieförderung; das ist die Förderung der Exportwirtschaft. Zur Zeit werden alle in der Großindustrie investierten Kapitalien zum großen Teil dazu benutzt, den Verkauf und nicht den Ausbau durchzuführen. Ich denke beispielsweise an das, was das RWE mit den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln getan hat. Subventionen können nicht die Aufgabe haben, billige Elektrizitätsapparate in die Bevölkerung zu bringen, um damit den Stromabsatz zu vermehren. Sie können nur die Aufgabe haben, notwendige Produktionseinrichtungen zu schaffen und dafür zu sorgen, in weitestem Maße das, was die Arbeiterschaft im Betriebe notwendig hat, auch wirklich zu schaffen.

Die Beihilfen, die von der Kleinindustrie an die Großindustrie gegeben werden müssen, schaffen große Verärgerungen. Ich glaube, hier wäre für uns ebenfalls eine breite Möglichkeit gegeben, einmal in den Kreisen der mittleren und kleineren Wirtschaft das zu sprengen, was schon Heinz Kühn und gestern Erik Nölting als die Frage der Verkrustung und Überspringung der 34-Prozent-Hürde bezeichnet hat.

Das Aktionsprogramm mag und muß überarbeitet werden. Es muß aber insbesondere in seiner Sprache und in seinen Formulierungen wesentlich klarer werden und muß auf solche Dinge eingehen, die bisher allzuwenig Beachtung in der Sozialdemokratischen Partei gefunden haben. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Josef Grunner.

Grunner, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Soeben ist ein Berliner Entwurf zum Dortmunder Aktionsprogramm verteilt worden, und dazu möchte ich ein paar Worte sagen.

Wir Berliner wollen keinen Gegenentwurf einbringen. Nach einer regen Versammlungstätigkeit in unserer Partei über das Aktionsprogramm wurde in Berlin eine Programmkommission gebildet, welche die Aufgabe hatte, einige Verbesserungsvorschläge nicht nur aus Berlin, sondern auch aus den anderen Kreisen, wie sie im „Neuen Vorwärts“ veröffentlicht worden sind, und unter Hinzunahme der Erfahrungen der Sozialistischen Internationale auszuarbeiten.

Dies ist eine technische Arbeit gewesen. Die Durchnummerierung der Absätze kann fallen, wenn das Dortmunder Aktionsprogramm seine Formen gefunden hat.

Im Telegrammstil möchte ich einige Gedanken vortragen, die mir bei dem Referat des Genossen Eichler gekommen sind und die im Berliner Entwurf zum Teil berücksichtigt worden sind und teilweise vom bisherigen Entwurf abweichen.

Ich habe sieben Punkte anzusprechen, erstens die Sozialisierung. Ich bin der Meinung, daß in dem Entwurf enthalten sein muß, daß nicht nur Kohle und Stahl sozialisiert werden müssen, sondern auch die Schwerchemie und Energie.

Zweitens sollten wir nicht nur sagen, was wir sozialisieren wollen, sondern auch, was wir nicht sozialisieren wollen. Das ist für die Agitation und für den Wahlkampf wichtig. Darum haben die Berliner geglaubt, Ihnen empfehlen zu müssen, in Punkt vier des Entwurfs hineinzulegen: Handel, Handwerk, Bauerntum, Klein- und Mittelbetriebe werden selbstverständlich nicht sozialisiert, sondern in ihrer privaten Initiative unterstützt.

Im übrigen möchte ich bei dieser Gelegenheit eine persönliche Auffassung aussprechen, die vielleicht auch von anderen Genossen geteilt wird. Was hier im Kapitel Sozialisierung steht, beschränkt sich hauptsächlich auf die Verstaatlichung. Ein Aktionsprogramm muß die Unterschiede zwischen Verstaatlichung und Sozialisierung deutlich herausstellen. (Beifall.)

Unsere politischen Gegner, besonders in Berlin, beschimpfen uns oft mit der ungerechten und verlogenen Identifizierung unserer Vorstellungen von der sozialisierten Wirtschaft mit dem territorialen Regime des östlichen Staatskapitalismus. Der Unterschied zwischen Verstaatlichung und Sozialisierung ist folgender. Er ist im Berliner Entwurf nicht enthalten. Das sage ich hier als persönlichen Diskussionsbeitrag. Während die Leitung der Betriebe und die Verfügungsgewalt im verstaatlichten Betrieb nur in einer Hand, in der Hand des Staates, des Landes oder der Gemeinde liegt, haben im sozialisierten Betrieb drei Gruppen die Leitung des Betriebes und die Verfügungsgewalt über den Betrieb: a) der öffentliche Eigentümer oder Besitzer, b) die Industriegewerkschaft des Betriebes, c) die Genossenschaft der Abnehmer der Produkte dieses Betriebes, also bei der Produktion von Konsumgütern die Konsumgenossenschaft. Diese Dreiteilung ist für den Produktionsplan und die Preisgestaltung wichtig. Die sozialisierte Wirtschaft wird keine Monopolwirtschaft sein, sondern eine Wettbewerbswirtschaft! Der Kampf, den wir um die Sozialisierung der verstaatlichten Betriebe führen müssen, wird ein Kampf gegen die Bürokratie und die Bürokratisierung sein, der nicht nur populär ist, sondern auch wichtig! (Beifall.)

Die Unterschiede zwischen Verstaatlichung und Sozialisierung sind vielen Menschen nicht klar. Ich stelle hier ketzerisch die kühne Behauptung auf, daß dieser Unterschied nicht einmal allen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei bekannt ist. Dabei ist es nur meiner persönlichen Feigheit zuzuschreiben, wenn ich nicht gesagt habe, auch nicht allen Funktionären bekannt.

Zweitens: Die Vollbeschäftigung ist nicht nur eine Forderung der Humanität. Im Punkt 86 des Berliner Entwurfs steht, daß die Politik der Produktionssteigerung die Eingliederung brachliegender Arbeitskräfte erstrebt. Ein Genosse hat in der Diskussion schon gesagt, daß damit auch die wichtigsten Probleme der Sozialpolitik gelöst werden.

Drittens: Die wirtschaftlichen Machtstellungen sind nicht nur zu zerschlagen, sondern nach Punkt 90 des Berliner Entwurfs ist es andererseits notwendig, Konzentrationsformen, welche die Produktion steigern und verbilligen, zu fördern. Sie bedürfen jedoch strenger demokratischer Kontrolle! Es würde jeder Planwirtschaft ins Gesicht schlagen, wenn dies unberücksichtigt bliebe.

Viertens. Ich komme zum Wehrbeitrag. Im Kalten Krieg entscheiden die besseren sozialen Leistungen, sagte Genosse Preller. Damit hat er uns allen aus dem Herzen gesprochen. Ich glaube aber, daß man nicht nur sagen soll, daß wir über den Wehrbeitrag so lange nicht sprechen wollen, bis nicht die nötigen sozialen Voraussetzungen gegeben sind. Punkt 15 des Berliner Entwurfs sagt darum: Ein Staat, in dem die demokratischen Grundrechte verwirklicht werden und eine Politik sozialer Sicherheit durchgeführt wird, muß auch bereit sein, seine Freiheit mit militärischen Mitteln zu verteidigen. (Beifall.)

Ich stelle dem Parteitag anheim, über diesen Satz nachzudenken. (Heiterkeit.)

Fünftens: Steuerpolitik! Wir wären jetzt schon viel weiter, wenn die Steuerehrlichkeit besser wäre. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Arbeiter und Angestellten die einzigen sind, die ehrlich ihre Steuern zahlen,

weil sie ihnen abgezogen werden, bevor sie den Lohn in die Hand bekommen. Darum unsere Forderung in Punkt 100: Es ist nicht zu verantworten, eine luxuriöse Lebenshaltung und Tausende von Autos über die steuerliche Abschreibung vom Volke bezahlen zu lassen.

Das muß meiner Ansicht nach im Dortmunder Aktionsprogramm stehen. Im übrigen besteht im ersten Entwurf ein krasser Widerspruch — das haben viele empfunden — zwischen den steuerlichen Erleichterungen, die die SPD verspricht, und den großen wirtschaftspolitischen Aufgaben, die sie übernehmen will. Ich hoffe, daß die Programmkommission hier die Gewichte etwas besser verteilen wird.

Sechstens: Der Kampf um die Pressefreiheit geht weit über unsere Partei hinaus, wenn wir auch die Vorkämpfer in dieser Frage gewesen sind. Wir machen heute mehr bittere Erfahrungen damit, daß es eine reaktionäre Presse ist, die diese Freiheit genießt. Darum als Empfehlung Punkt 71 des Berliner Entwurfs nach dem Satz: Die Presse ist vor jedem Eingriff staatlicher und anderer öffentlicher Organe zu schützen. Ein zweiter, viel aktuellerer Satz: Sie muß jederzeit den Nachweis dafür liefern, daß keine undemokratischen Kräfte die Verfügungsgewalt über sie haben.

Schließlich: Das Kapitel Jugend darf nicht am Schluß des Aktionsprogramms stehen. Das sieht nicht nur optisch nicht gut aus. Die Jugend kann übrigens nicht nur durch Fürsorgebestimmungen gewonnen werden, so wichtig diese Bestimmungen auch sind. Die Jugend mit ihrem Temperament und ihrer Leidenschaftsfähigkeit kann nur mitgerissen werden, wenn sie sieht, daß sich die SPD nicht nur auf die parlamentarische Basis, sondern auch auf viele außerparlamentarische Kräfte stützt, unter denen die Jugend ein breites Betätigungsfeld hat. Um so mehr, als Mandate und parlamentarische Sitze allmählich Ernennungen auf Lebenszeit werden (Heiterkeit), die zwar wertvolle Erfahrungen dem Staat zur Verfügung stellen, die wir keineswegs missen können, die aber oftmals den Elan und die Leidenschaftsfähigkeit vermissen lassen, die einmal unsere Partei groß gemacht haben. (Beifall.)

Am Schluß muß ein Appell an das deutsche Volk stehen, sich für die Verwirklichung der in diesem Aktionsprogramm niedergelegten Ziele einzusetzen.

Die SPD soll nach meinem persönlichen Geschmack weniger eine Volkspartei werden. Das Wort hat rein akustisch eine gewisse Weichheit gegenüber harten Grundsätzen in sich, wenn auch Erich Ollenhauer für uns überzeugend eine solche Auslegung verworfen hat. Die SPD soll meiner Meinung nach eine Partei des Volkes werden, des Volkes, das sich zu ihren Grundsätzen und Zielen bekennt. Das ist keine Angelegenheit nur der Formulierung.

Das Aktionsprogramm muß schließen mit einem Bekenntnis zu den Zielen und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, wie sie in der Erklärung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt am Main am 3. Juli 1951 festgelegt sind, nämlich — siehe Schlußsatz des Berliner Vorschlages zum Dortmunder Aktionsprogramm —: Die Sozialisten ringen um eine Welt des Friedens in Freiheit, um eine Welt, die die Ausbeutung und Knechtung von Menschen durch Menschen und von Völkern durch Völker ächtet, um eine Welt, in der die Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit.

Ein solcher Schluß scheint mir wirkungsvoller zu sein als das Kapitel Jugend als Schluß unseres Aktionsprogramms. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Genosse Müller aus Bremen, Bezirk Hamburg-Nordwest.

Müller, Bremen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Genosse Ollenhauer hat in der Eröffnungsrede zum Parteitag erklärt, man müsse die Jugend ernst nehmen. Ich hoffe, daß das bei meinen Ausführungen, die vielleicht etwas ketzerisch sein mögen, auch geschieht.

Ich möchte mich mit einer Frage befassen, die uns junge Menschen am allertiefsten berührt, mit der Wehrfrage. Meiner Ansicht nach ist es nicht ganz richtig, wenn vielleicht herausgestellt wird, daß die Jugend nur aus den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit heraus gegen einen neuen Wehrbeitrag und gegen eine Wehrdienstpflicht ist. Das ist nicht allein der Grund. Der Grund liegt nach meinem Dafürhalten hauptsächlich darin, daß besonders im 20. Jahrhundert und in unserer heutigen Situation eine Krise in der Moralauffassung besteht. Diese Krise wird immer akuter. Auf der einen Seite heißt es: Du sollst nicht töten. Das ist ein Grundsatz, der von allen übernommen worden ist. Man bestraft Leute, die Einzelmorde begehen, während man auf der anderen Seite Massenmorde damit rechtfertigt, daß sie für hohe Werte und Ziele gebracht werden müssen. Sie werden dafür sogar noch mit Orden belohnt.

Wir jungen Menschen stehen auf dem Standpunkt, daß man nicht versuchen sollte, mit schlechten Mitteln ein gutes Ziel zu erreichen. Den jesuitischen Standpunkt, der Zweck heilige das Mittel, sollte man nach unserer Auffassung ablehnen.

Aber dieser menschlichen Auffassung steht eine politische gegenüber. Man kann sich sagen, durch die Aggressionspolitik Sowjetrußlands werden wir dazu gezwungen, die Werte der Menschlichkeit zu verteidigen. Man kann eine Menge dafür und dagegen sagen. Dagegen könnte man z. B. sagen, daß aus den gemachten Erfahrungen heraus das Wettrüsten noch niemals den Frieden erhalten hat.

Ich möchte mich heute nicht ausschließlich mit dieser Frage auseinandersetzen. Ich habe mich aus folgendem Grund zum Wort gemeldet: Wir sollten in der Wehrfrage eine klare Linie einnehmen. Wir sind unter den heutigen Voraussetzungen als Partei dagegen. Dabei ist es gleichgültig, ob man grundsätzlich dagegen ist oder unter diesen Voraussetzungen. Das geht aber nicht ganz klar aus dem Aktionsprogramm hervor. Es genügt nicht, daß wir etwa im Betrieb sagen: Wir sind dagegen. Wir müssen auch sagen können, unter welchen Voraussetzungen wir ja sagen. Wir haben in der Vergangenheit die Voraussetzungen eines Ja herausgestellt. Wir haben die Gleichberechtigung genannt, die soziale Sicherheit, die Einheit Deutschlands usw. Stellen wir das doch auch im Aktionsprogramm heraus.

Ich habe diese Frage anläßlich einer Kreisdelegierten-Konferenz in Bremen zur Sprache gebracht, auf der Genosse Eichler anwesend war. Dieser erklärte mir, daß es keinen Wehrbeitrag geben dürfe, bevor nicht die Einheit Deutschlands verwirklicht ist, und auch dann nur, wenn die UNO uns eine Sicherheitsgarantie gibt. Dann aber sollten wir nicht nur, sondern müßten wir einen Beitrag innerhalb einer Weltpolizeimacht leisten. Ich nehme an, daß dies nicht der persönliche Standpunkt des Genossen Eichler gewesen ist. Wenn diese Ansicht besteht, dann muß ich fragen, warum sie nicht im Aktionsprogramm ihren Niederschlag findet.

Im übrigen möchte ich an eine Resolution zur Wehrfrage erinnern, die auf dem letzten Parteitag in Hamburg gefaßt wurde. Sie hat folgenden Wortlaut: „Der Parteitag bestätigt und bekräftigt den Entschluß des Parteivorstandes, sich jeder Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln zu widersetzen. Die SPD lehnt eine Wiederaufrüstung und die Einführung einer militärischen Dienstpflicht ab“. An diesen Beschluß sind wir noch heute gebunden. Das möchte ich besonders herausstellen.

Schließlich sind wir in der Vergangenheit immer eine Partei der Wahrheit gewesen. Ich möchte dafür plädieren, daß wir auch in der Zukunft wahr und klar bleiben. Täuschen wir uns nicht darüber hinweg, daß eine ganze Menge junger Menschen in unserer Partei eine Heimat gefunden hat, nicht zuletzt deshalb, weil sich unsere Partei zum Fürsprecher der jungen Menschen in der Wehrfrage gemacht hat. Sagen wir den jungen Menschen ganz genau, wie wir zu dieser Frage stehen, auch wenn wir einmal die Regierung stellen; denn das Aktionsprogramm von heute soll ja eventuell mal das Regierungsprogramm von morgen werden. Sagen wir der Jugend, wann wir zur Wehrfrage ja sagen. Man sollte auch mit unpopulären Forderungen in den Wahlkampf gehen. Dann sieht die Bevölkerung, daß wir es tatsächlich ernst mit unseren Forderungen meinen und den Mut haben, etwas auszusprechen, was vielleicht etwas unangenehm sein kann. Darum möchte ich bitten, in das Aktionsprogramm aufzunehmen, daß, bevor nicht die Einheit Deutschlands verwirklicht ist, keine Entscheidung über die Wehrfrage fallen darf, und daß dann die Wehrfrage erneut zur Diskussion gestellt wird. Wenn wir die Einheit Deutschlands als Voraussetzung für einen gesunden europäischen Staat sehen, dann müssen wir die Einheit Deutschlands hier auch als Voraussetzung betrachten.

Aber ich will mich nicht auf die Einheit Deutschlands als einzige Voraussetzung festlegen. Ich meine aber grundsätzlich, daß die Voraussetzungen eines Ja der Sozialdemokratischen Partei zum Wehrbeitrag genau festgelegt werden müssen. Ich möchte darum für Punkt 80 plädieren, der zu dieser Frage vorliegt und sinngemäß besagt, daß unter den Bedingungen der Spaltung und Ungleichheit im Augenblick kein Wehrbeitrag gegeben werden soll. Diese Anträge finden hoffentlich bei der Redaktionskommission Zustimmung und im Entwurf ihren Niederschlag. (Beifall.)

Vorsitzender Hensfler: Als letztem Redner für die heutige Vormittags-sitzung erteile ich das Wort dem Genossen Helmut S c h m i d t.

Schmidt, Hamburg:

Genossinnen und Genossen! Nach meinem Dafürhalten hat der Entwurf zum Aktionsprogramm zwei ganz entscheidende Vorzüge; er bedeutet eine wesentliche Verbesserung gegenüber bisherigen Entwürfen. Der eine Vorzug liegt darin, daß er der deutschen Öffentlichkeit unsere Absichten für die Politik der folgenden Jahre rechtzeitig und — im Gegensatz zu den Dürkheimer Punkten — vor der Wahl bekanntgibt. Sodann ist er wesentlich konkreter als alle bisherigen Dokumente.

Vor diesen beiden Vorzügen verblaßt die Kritik im Materiellen und Formellen. Sie rückt an die zweite Stelle. Die Kritik, die in den rund hundert Anträgen enthalten ist, ist allerdings recht umfangreich und materiell durchaus beachtlich. Man muß sie aber vor folgendem Hintergrund sehen: Dieses Aktionsprogramm soll von z w e i Menschengruppen zugleich akzeptiert und verstanden werden, und zwar einmal von der Partei und unseren bisherigen Wählern, zum anderen von der Gruppe der Wähler, die wir erst gewinnen wollen. Und hier entsteht ein psychologisches Problem. Bei den Anträgen habe ich den Eindruck, daß sie im wesentlichen dartun, daß die Partei in allen ihren Bezirken und Gliederungen mit den im Entwurf niedergelegten Gedanken einverstanden ist; nur wenige Anträge wollen Streichungen oder entwickeln vollkommen konträre Gedanken. Die Mehrzahl der Anträge geht vielmehr dahin, der Zweiflergruppe, den potentiellen Wählern der SPD unsere Absichten noch klarer, noch konkreter, noch überzeugender und damit noch attraktiver zu machen.

Diese Leute, um die wir im nächsten Wahlkampf ringen, sind sehr skeptisch. Sie sind nicht dadurch zu überzeugen, daß wir etwa bloß an der

Politik der gegenwärtigen Bundesregierung Kritik üben; das tut das Aktionsprogramm auch nicht, das Aktionsprogramm ist durchaus positiv. Diese Skeptiker werden auch nicht durch bloße Schlagworte überzeugt, und der Entwurf geht ja sehr ins Konkrete, wenn er auch nicht alle Schlagworte vermieden hat. Tatsache ist aber, daß diese Leute nun einmal skeptisch sind und überzeugt werden wollen, daß die Sozialdemokratie auch wirklich in der Lage ist, diese Dinge, die sie als Zielvorstellungen im Aktionsprogramm entwickelt, auch durchzuführen. Diese Menschen müssen also das Gefühl bekommen, daß die Sozialdemokraten in der Lage sind, diese Dinge zu finanzieren. Je klarer wir in diesem Punkt sind, desto eher werden wir diese Menschen gewinnen können. Und so werden einzelne Punkte des Entwurf durchaus attraktiv wirken, andere wieder würden Schlagworte bleiben.

Beschäftigen wir uns aber nun einmal mit der Finanzierung. Wir versprechen auf der Steuerseite gewisse Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer und bei den indirekten Steuern. Der Skeptiker wird sich sagen, daß das zu einer Verkürzung der Einnahmeseite des Bundeshaushalts führen wird; er wird sich aber gleichzeitig daran erinnern, daß die Sozialdemokraten unter anderem eine Ausweitung der sozialen Leistungen und eine Ausweitung des Wohnungsbaues versprochen haben. Er weiß, daß dies zu einer Erhöhung der Ausgabeseite führt. Dadurch wird unser Mann, der Skeptiker, vielleicht zu dem Ergebnis kommen, daß die steuerpolitischen Versprechungen der SPD gut sein mögen, daß die Tatsachen aber dafür sprechen, daß diese Zusagen nicht eingehalten werden können. Der Mann kommt also zu dem Ergebnis, daß diese Versprechungen nur Versprechungen bleiben werden. Diese Skepsis muß das Programm ausräumen. Das Programm muß dem indifferenten potentiellen Wähler sagen, wie alles finanziert werden soll. Es muß klar gesagt werden, daß diese Dinge nicht über eine inflationistische Geldschöpfung finanziert werden, und gerade dieser Vorwurf wird ja seit Jahr und Tag immer wieder der Vollbeschäftigungspolitik gemacht; damit wird bei der Bevölkerung Eindruck geschunden.

Wenn wir uns das Aktionsprogramm daraufhin anschauen, woher das Geld kommen soll, dann finden wir drei verschiedene Absichten. Man will einmal das fundierte Einkommen höher besteuern als das Einkommen aus Arbeit. Das ist zweifellos richtig und notwendig. Zweitens will man die indirekte Umsatzsteuer differenzieren und sozial nicht wichtige Güter höher belegen. Auch das ist richtig und notwendig. Drittens verspricht man sich von einer Zentralisierung der Finanzverwaltung in Deutschland die Ersparnis von einer Milliarde DM; ich persönlich halte das für außerordentlich optimistisch. Ich glaube nicht, daß das im ersten oder zweiten Jahr einer sozialdemokratischen Regierungspolitik erreicht werden kann.

Im Gesamtergebnis glaube ich, daß diese Vorstellungen, die Einnahmeseite des Bundeshaushalts zu verbessern, etwas mager sind. Jedenfalls ist dieser Punkt nicht überzeugend für die potentielle Wählerschaft, die auch von der Gegenseite entsprechend beeinflusst wird. Die Wirtschaftsfachpresse sagt, daß die Sozialdemokraten ihr Programm nicht bezahlen könnten. Das wird von Herrn Erhard und von der bürgerlich-politischen Presse und Propaganda im Wahlkampf ausgemünzt werden. Nach meinem Urteil fehlt bei den Haushaltsposten die Absicht einer Erbschaftsteuerreform nach englischem Muster. Ich will gern einräumen, daß man darüber debattieren kann, ob es richtig ist, eine solche Forderung in das Programm aufzunehmen, oder ob man eine derartige Reform durchführen will, ohne sie vorher festzulegen. Ich halte es jedenfalls für notwendig, diese Sache im Auge zu behalten, und darf in diesem Zusammenhang auf den Antrag Nr. 130 der Landesorganisation Hamburg verweisen.

Es mag sein, daß sich die Abschnitte über Steuerpolitik haushaltmäßig ausgleichen. Nicht ausgeglichen werden aber die großen Aufgaben auf dem Gebiet der Sozialpolitik, des Wohnungsbaues, auf dem Gebiet der Vollbeschäftigung. Das alles kostet viel Geld. Unser Programm könnte bei böswilliger Auslegung den Eindruck erwecken, als ob wir eines Tages zu einer Defizitwirtschaft kämen. Ich darf an die Ausführungen von Erwin Schoettle erinnern, der auf dem Hamburger Parteitag erklärt hat, man dürfe in einem Programm nicht mehr versprechen, als man durchführen könne.

Hier muß auch von einer weiteren Lücke im Aktionsprogramm gesprochen werden. Es fehlt das wirtschaftspolitische Instrument des Nationalbudgets, das eine unerläßliche Voraussetzung für eine Wirtschaftspolitik ist, wie wir sie uns vorstellen. Ich möchte daran erinnern, daß unsere Partei bei früheren Gelegenheiten auf diesem Gebiet schon wesentlich klarere Vorstellungen entwickelt hat. Ich erinnere an den Entwurf „Von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung“ des Hamburger Parteitages und weiter an die Entschließung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Parteivorstandes vom 18. Dezember 1951. Dort heißt es unter anderem: „Kapitalbeschaffung durch eine von den Unternehmungen aufzubringende Investitionsanleihe und durch Sparanreiz über eine Mehrverbrauchsbesteuerung der höheren Einkommen“, das heißt also: der Gewinne. Das ist keine große Erweiterung des Aktionsprogramms. Es gibt aber eine wesentlich klarere Darstellung, wie das Kapital aufgebracht werden soll, als der jetzige Entwurf, in dem nur von Kapitallenkung gesprochen wird, ohne zu sagen, wo und wie wir das Kapital greifen wollen. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Ich bitte noch um zwei Entscheidungen, damit wir am Nachmittag etwas entlastet sind. Genosse Lorenz Knorr, Gastdelegierter, bittet, als Vertreter der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“ sich zu dem Abschnitt „Erziehung, Jugend und Familie“ des Aktionsprogrammmentwurfs äußern zu dürfen. Ich hätte nichts dagegen, wenn es im Rahmen einer Redezeit von zehn Minuten geschähe. Ich bitte um Zustimmung. Das könnte dann gleich am Anfang der Nachmittagssitzung geschehen. (Einverstanden!)

Dann eine etwas kompliziertere Angelegenheit, die wir aber auch klären können. Genosse Kurlbaum hat ebenfalls um das Wort gebeten. Er ist aber lediglich Gastdelegierter. Die Franken haben ihn in die Kommission geschickt, die sich mit dem Aktionsprogramm beschäftigen soll. Angesichts der Tatsache, daß Genosse Kurlbaum im Rahmen der Bundestagsfraktion sehr intensiv auf dem wirtschaftspolitischen Sektor tätig ist, bitte ich, ohne damit einen Berufungsfall für andere Gastdelegierte machen zu wollen, dem Genossen Kurlbaum die Möglichkeit zu geben, sich im Rahmen der üblichen Diskussionszeit zu äußern. (Einverstanden!)

Beide Genossen werden heute nachmittag die Diskussion einleiten. Ich hoffe, daß alle vorliegenden Wortmeldungen erledigt werden können, vorausgesetzt, daß nicht noch weitere dazukommen und nicht jeder glaubt, mindestens zehn Minuten sprechen zu müssen! (Beifall.) Die Nachmittagsberatungen beginnen um 14.30 Uhr. Die Vormittagsberatungen sind beendet.

NACHMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Steinhoff: Wir fahren in unseren Beratungen fort. Bevor wir die Diskussion fortsetzen, erteile ich dem Genossen Voelker, Berlin, das Wort zur Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission.

Voelker, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der Mandatsprüfungskommission gebe ich folgenden Bericht:

Der Parteitag setzt sich aus 384 Delegierten zusammen, davon 326 männliche und 58 weibliche. Von den 384 Mandaten entfallen 300 Mandate auf die Bezirke, 27 Mandate auf den Parteivorstand, 34 Mandate auf den Parteiausschuß, 14 Mandate auf die Bundestagsdelegation und 9 Mandate auf die Kontrollkommission. Von den 384 Delegierten sind 379 anwesend. Entschuldigt fehlen fünf Delegierte. Die Fehlzahl verteilt sich mit zwei Delegierten auf den Parteivorstand, einem Delegierten auf den Parteiausschuß und einem auf die Kontrollkommission. Ein Delegierter fehlt von den Bezirksdelegationen, so daß von den 300 Bezirksdelegierten 299 anwesend sind.

Die Prüfung der Kommission führte zu folgendem Ergebnis: Sämtliche Mitgliedsbücher sind kontrolliert worden. Festgestellt wurde, daß die Beiträge laufend gezahlt worden sind, so daß aus diesem Grunde keine Mandatsaberkennung zu erfolgen brauchte. Einige Genossen hatten ihre Mitgliedsbücher vergessen. Die Kommission hat mit diesen Genossen Rücksprache genommen und ihnen anheim gestellt, das Mitgliedsbuch bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung der Kommission vorzulegen. Diesen Genossen ist es möglich gewesen, zwischenzeitlich ihre Mitgliedsbücher zu beschaffen, so daß auch aus diesem Grunde keine Mandatsaberkennung zu erfolgen brauchte.

Darüber hinaus hat die Mandatsprüfungskommission Feststellungen über die Alterszusammensetzung des Parteitages getroffen und ist zu folgenden Ergebnissen gelangt:

Von den 379 Delegierten gehören

zur Altersgruppe unter 30 Jahren	22, das sind 5,8 %
zur Altersgruppe 30—45 Jahre	136, das sind 35,8 %
zur Altersgruppe 40—60 Jahre	184, das sind 48,7 %
zur Altersgruppe über 60 Jahre	37, das sind 9,7 %
insgesamt also 379 Delegierte.	

Die Mandatsprüfungskommission schlägt dem Parteitag vor, die Mandate der 379 anwesenden Delegierten anzuerkennen.

Vorsitzender Steinhoff: Ich danke der Mandatsprüfungskommission für ihre Arbeit. Wir stimmen darüber ab, ob Sie mit dem Vorschlag der Mandatsprüfungskommission einverstanden sind. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Die Delegationsführer der einzelnen Bezirke können umgehend die Mitgliedsbücher im Büro abholen.

Ich erteile als erstem Diskussionsredner dem Genossen Lorenz Knorr von den Falken das Wort.

Knorr, Bonn:

Genossinnen und Genossen! Die sozialistische Jugendbewegung Deutschlands „Die Falken“ ist darüber sehr erfreut, daß in der Sozial-

demokratischen Partei Deutschlands die Bedeutung, die die Erziehung im gesellschaftlichen Leben einnimmt, im wachsenden Maße berücksichtigt wird. Wir wissen, daß die Umwandlung dieser ungeordneten Gesellschaft in eine neue nicht nur durch die parlamentarische Arbeit und durch Gesetze vollzogen werden kann, sondern daß dazu auch ein neuer Mensch notwendig ist. Es ist nicht dasselbe, ob für die Mitbestimmung oder für die Selbstverwaltung auf allen Stufen Menschen am Werke sind, die als Streber oder als Egoisten nur ihre eigenen Zwecke sehen, oder ob es Menschen sind, die, von solidarischem Gemeinschaftsbewußtsein und von sozialer Verantwortung erfüllt, ihre Aufgabe wahrnehmen. Wir begrüßen deshalb den Jugend- und Erziehungsteil im Aktionsprogramm, deshalb möchten wir nicht über die Vor- und Nachteile diskutieren, wenn dieser Teil am Schluß steht. Das ist für uns zwar keine technische Angelegenheit, aber wir möchten uns gern auf andere Dinge konzentrieren.

Beim Vergleich des Erziehungsteiles des Aktionsprogramms haben wir uns unwillkürlich gefragt, was wohl die modernen bürgerlichen Erzieher dazu sagen würden. Wir haben ihre Forderungen und ihre Programme damit verglichen. Wir mußten sagen, daß sie in Einzelfällen — ich denke an das Whitehouse-Programm — weitergehen in bezug auf die Erziehung, die wir uns als sozialistisch vorstellen, als das, was im letzten Teil des Aktionsprogramms niedergelegt ist. Wir glauben, daß das entscheidende Merkmal der sozialistischen Erziehung fehlt. Es würde uns freuen, wenn in dieser Richtung noch einige Formulierungen in diesem Teil des Aktionsprogramms aufgenommen werden könnten. Unserer Auffassung nach genügt es nicht, die Klassenfrequenz von 35 zu fordern, und es genügt nicht, eine bessere Besoldung der Lehrer zu verlangen. Wir glauben, daß das doch keine ausreichende Antwort für die junge Generation ist.

Die Überschrift dieses Teiles des Aktionsprogramms „Freiheit und Toleranz“ wird jeder bürgerliche Erzieher akzeptieren und anerkennen können. Aber in diesen Begriffen ist nicht erkennbar, nach welcher Richtung diese Erziehung gehen soll. Begriffe wie „solidarisches Gemeinschaftsbewußtsein“ und „soziale Verantwortung“ müßten als Kennzeichen sozialistischer Erziehung unbedingt neben „Freiheit und Toleranz“ stehen, weil diese, alleinstehend, eine liberalistische Erziehungsauffassung dokumentieren, zu denen allein sich die sozialistische Jugend nicht bekennen kann.

Wir legen bewußt auf eine Abgrenzung gegen den Individualismus Wert, der uns vom Westen her geboten wird und der in seiner letzten Konsequenz zum schrankenlosen Egoismus und in seiner gesellschaftlichen Auswirkung zur kapitalistischen Ordnung führt, indem wir den Begriff des solidarischen Gemeinschaftsbewußtseins entgegensetzen. Wert legen wir auch darauf, daß wir uns ebenso abgrenzen gegen das, was uns vom Osten her in der Erziehung geboten wird, gegen den Kollektivismus, der in letzter Konsequenz auf eine Vernichtung der Persönlichkeit und der Persönlichkeitswerte hinausläuft. Dieser Abgrenzung wäre durch den Begriff der „sozialen Verantwortung“ des einzelnen und der bereits erwähnten Persönlichkeitsentfaltung Rechnung getragen.

Wir möchten gern noch auf etwas anderes hinweisen. Ortega y Gasset hat vor kurzem erklärt, daß es ein pädagogisches Paradoxum der heutigen Zeit sei, daß man junge Menschen zu einer Gesellschaftsordnung erziehen möchte, die sie gar nicht mehr vorfinden, wenn sie erwachsen sind. Das haben die Genossen Adler und Löwenstein schon vor Jahrzehnten erklärt. Wir glauben, daß das Bekenntnis der sozialistischen Bewegung klar und deutlich ausgesprochen werden müßte, nämlich, daß wir nicht für die heutige Ordnung, sondern für eine Neue Ordnung erziehen und daß diese Neu-

ordnung einen neuen Menschen verlangt. Für uns ist die Demokratie nur denkbar, wenn die Menschen die Erscheinungen des Gesellschaftslebens verstehen und wenn sie in der Lage sind, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Das ist heute noch nicht der Fall. Die Wahlentscheidungen werden nicht von Menschen gefällt, die fähig sind, sich die Möglichkeiten der Demokratie anzueignen, sondern von Menschen, die auf Propaganda und plumpe Lügen hereinfallen.

Man könnte nun sagen, daß diese angeschnittenen Punkte in ein Grundsatzzprogramm gehören. Wir glauben aber, weil man zum Demokraten und Sozialisten nicht geboren wird, sondern durch bewußte Maßnahmen und Umwelt erzogen werden muß, daß auch Freiheit und Toleranz in ein Grundsatzzprogramm gehören und dann, wenn wir diese Begriffe im Aktionsprogramm erwähnen, sie so stellen müssen, daß zugleich das Unterscheidungsmerkmal unserer Erziehungsauffassung deutlich wird. Daher meinen wir, daß es nicht genügt, im Aktionsprogramm nur eine Stellungnahme zur Schulorganisation abzugeben.

In der gestrigen Besprechung des Redaktionskomitees hat ein Genosse eingeworfen, daß es noch kein sozialistisches Erziehungsziel gibt, bzw. daß dieses sehr umstritten ist. Weil diese Meinung hier in der Diskussion auftauchen könnte, möchte ich klar und eindeutig sagen: wenn das so wäre, dann gäbe es keinen sozialistischen Jugend- und Erziehungsverband. Wenn sich einige Genossen darüber nicht im klaren sind, ob es das gibt, dann möchte ich ihnen einmal empfehlen, die Gruppen der Sozialistischen Jugend- und Erziehungsbewegung zu besuchen, um am praktischen Beispiel das Erziehungsziel der sozialistischen Bewegung zu studieren.

Unser Wunsch an diesem Parteitag geht darauf hinaus, daß die wesentlichen Punkte dieses Diskussionsbeitrages mit im letzten Teil des Aktionsprogramms aufgenommen werden, weil — wie schon erwähnt — die beiden Begriffe „Freiheit und Toleranz“ zur Kennzeichnung unseres Erziehungswillens nicht genügen.

Eine einzige Bemerkung möchte ich mir zum Abschnitt Frau und Familie gestatten. Sie geht nicht so sehr nach außen, sondern vielmehr an unsere Parteigenossen. Die aufgestellte Forderung nach Gleichberechtigung nützt so lange nicht, so lange wir nicht in der Familie die Gleichberechtigung der Frau und die Gleichberechtigung des Mädchens gegenüber dem Knaben anerkennen und praktisch durchführen. (Beifall.)

Zum Jugendteil des Aktionsprogramms möchte ich bemerken, daß wir der Auffassung sind, daß in den angegebenen Punkten natürlich nur ein Bruchteil dessen zusammengedrängt ist, was die junge Generation an Anliegen hat. Wir sind uns aber ebenso darüber im klaren, daß in diesem Aktionsprogramm nicht alle Anliegen zusammengedrängt werden können. Wir haben die Hoffnung und den Wunsch, daß sich aus diesem Jugendteil des Aktionsprogramms ein sozialdemokratischer Jugendplan entwickelt. Wir wünschen, daß dieser Plan in der Schublade fertig liegt, wenn die Sozialdemokratische Partei in die Wahl geht. Nebenbei wünschen wir, ein bißchen in diese Schublade gucken zu können. Wir melden bereits unsere Bereitschaft zur Mitarbeit an diesem Jugendplan an.

Zum Schluß, Genossen, möchte ich noch sagen: Wir wären sehr erfreut, und es wäre wahrscheinlich das größte Entgegenkommen der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der jungen Generation, wenn in Jugend-, Erziehungs- und Kulturfragen die gleiche Konsequenz an den Tag gelegt wurde, wie sie die Partei bis jetzt erfreulicher- und dankenswerterweise auf dem sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Sektor an den Tag gelegt hat. Wir glauben, daß damit in der jungen Generation Kräfte frei gemacht

würden, die wir bei der Neugestaltung des demokratischen Lebens so dringend brauchen. (Reger Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat der Genosse Kurlbaum, Nürnberg, ihm folgt der Genosse Neuenkirch, Hamburg.

Kurlbaum, Nürnberg:

Genossinnen und Genossen! Ich freue mich, daß mir heute Gelegenheit gegeben worden ist, zu einigen grundsätzlichen Fragen des Wirtschaftsteils des Aktionsprogramms hier Stellung zu nehmen. Nachdem schon ein Genosse aus Berlin und insbesondere der Genosse Helmut Schmidt aus Hamburg zu einigen Fragen eine Stellung genommen hat, mit der ich vollständig übereinstimme kann ich mich verhältnismäßig kurz fassen.

Es ist bekannt, daß die Bonner Koalitionsparteien in der letzten Zeit immer wieder den Versuch gemacht haben, die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik dadurch zu diffamieren und herabzusetzen, daß sie Vergleiche zwischen unserer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik und dem totalitären Wirtschaftssystem östlicher Prägung oder der Zwangsbewirtschaftung der Nazizeit, gegen die das deutsche Volk mit Recht die allergrößte Abneigung hat, angestellt haben.

In diesem Zusammenhange — in der Diskussion ist ja schon auf die Frage unserer potentiellen Wähler in der Zukunft hingewiesen worden — scheint es mir wichtig zu sein, daß im Aktionsprogramm hinsichtlich unserer Wirtschaftspolitik zwei Klarstellungen vorgenommen werden. Die erste ist die Klarstellung, daß die SPD anerkennt, daß neben einem bestimmten Wirtschaftsbereich, der für die Sozialisierung in Frage kommt, auch ein weiterer Wirtschaftsbereich verbleibt, für den ein echter Leistungswettbewerb allein ein durchaus brauchbares Ordnungsprinzip ist. (Sehr gut!) Dabei ist aber insbesondere darauf hinzuweisen, daß echter Leistungswettbewerb nicht etwa mit der einseitigen Unternehmerfreiheit identisch ist, die uns die Politik der Bundesregierung bisher beschert hat und die auch nach der Währungsreform so oft die Möglichkeit zu einer einseitigen Ausbeutung des Verbrauchers gegeben hat. Wir müssen auch zum Ausdruck bringen, daß ein echter Leistungswettbewerb in der Wirtschaft ein tatsächliches Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte der Hersteller, Verteiler und Verbraucher voraussetzt und daß es ein besonders wichtiger Punkt unserer Wirtschaftspolitik sein muß, durch eine fortschrittliche Lohnpolitik, durch eine fortschrittliche Sozialpolitik dieses Gleichgewicht auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Kräfte der Verbraucher herzustellen.

Die zweite Klarstellung ist die, daß die SPD entschlossen ist, indirekte und moderne wirtschaftspolitische Lenkungsmittel insbesondere der Kreditpolitik, der Zollpolitik und der Steuerpolitik zur Verwirklichung ihrer Wirtschaftspolitik anzuwenden und daß sie daher grundsätzlich zwangswirtschaftliche Maßnahmen ablehnt, daß sie zwangswirtschaftliche Maßnahmen lediglich als Notbehelf betrachtet, um z. B. eine Kriegswirtschaft oder eine durch ein Währungschaos verkrampfte Wirtschaft so schnell wie möglich in einen Normalzustand überzuführen und um dann zu den indirekten, modernen Lenkungsmitteln der Steuer-, Zoll- und Wirtschaftspolitik überzugehen.

Ich glaube, daß es außerordentlich wichtig ist, auch noch ein Drittes zu erwähnen, nämlich die freie Konsumwahl, weil auch wir sie im Gegensatz zur Zwangswirtschaft fordern, die man uns immer wieder in die Schuhe zu schieben versucht. Unsere Wirtschaftspolitik hat das besondere Ziel, die

freie Konsumwahl des Individuums sicherzustellen. Diese freie Konsumwahl kann aber nicht so beschaffen sein, wie sie jetzt ist; denn jetzt ist sie nur eine formal freie Konsumwahl. Vielmehr muß eine tatsächlich freie Konsumwahl an ihre Stelle treten, indem das jetzige System der Rationierung durch den Geldbeutel durch eine soziale Preispolitik ersetzt wird.

Ich glaube, daß diese beiden Klarstellungen es uns gestatten werden, die von uns immer wieder herausgestellte Verbindung von Planung und Freiheit auch jenen Teilen der Öffentlichkeit klarzumachen, den wir gerade als den potentiellen Wähler der Sozialdemokratie betrachten. Ich glaube, daß diese beiden Klarstellungen es uns wesentlich erleichtern würden, unsere Aufgabe als große Volkspartei zu erfüllen, und daß diese beiden Klarstellungen uns den schweren Kampf, den wir gelegentlich der Bundestagswahlen vor uns haben, und den Sieg, für den wir uns rüsten wollen, wesentlich erleichtern werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat jetzt Genosse Gerhard Neuenkirch, Hamburg, ihm folgt der Genosse Mielke, Stuttgart.

Neuenkirch, Hamburg:

Genossinnen und Genossen!

Mit dem Sozialplan in den Ausführungen über die soziale Sicherung in unserem Aktionsprogramm ist wohl das erstmal seit vielen Jahrzehnten eine zusammenhängende sozialpolitische Konzeption entwickelt worden. Ich glaube, es ist nicht die Überschätzung aus der Sicht der eigenen Aufgaben, sondern das sind wohl Erfahrungen, die viele von Ihnen gesammelt haben, daß gerade die hier angesprochenen Fragen in der öffentlichen Diskussion, insbesondere auch mit Menschen, von denen wir glauben, daß wir sie für unsere Ziele gewinnen können, von außerordentlicher Bedeutung sind.

Vorhin ist in anderem Zusammenhange bereits erwähnt worden, daß wir aber bei allen Dingen, die wir in das Aktionsprogramm hineinnehmen, das nach dem Hinweis von Eichler das Programm der nächsten zwei oder drei Jahre sein soll, Wert darauf legen müssen, die Realitäten zu sehen. Nun möchte ich nur darauf hinweisen, daß wir zwar auf dem Gebiet der Sozialpolitik unter den Maßnahmen der sozialen Sicherung eine schlüssige, eindrucksvolle und von jedem zu unterstreichende Gesamtkonzeption entwickelt haben, daß es aber zur Beachtung der Realitäten gehört hätte, auch klarzustellen, in welcher Form und durch welche Maßnahmen des Eingreifens in das gegenwärtige System wir dieses Ziel erreichen wollen. Wir haben ja nun einmal kein Vakuum, über das man, wie in England mit dem Beveridge-Plan, etwas völlig Neues aufbauen könnte, sondern wir werden uns mit vielfältigen Schwierigkeiten auseinandersetzen haben. Diese Schwierigkeiten entstehen nicht nur dadurch, daß materielle Vorstellungen und Wünsche nicht in jeder Beziehung erfüllt werden können, wie es unserer Zielsetzung entspricht, sondern daß auch durch eine Ordnung der sozialen Gesamtsituation sich auch die Relationen zwischen den einzelnen Unterstützungsleistungen aus den verschiedensten Ansprüchen verändern. Es wird der Programmkommission sicher nicht möglich sein, zu untersuchen, wie man diese konkrete Überführung unserer gegenwärtigen sozialen Unordnung in eine wirkliche soziale Ordnung gewährleisten kann. Aber ich glaube, für die angekündigte Vorbereitung einer Ergänzung des Programms oder für die Herausarbeitung einer schlagkräftigen Wahlpropaganda oder einer Wahlzielsetzung wird es dringend erforderlich sein, auf diese Festlegung der Entwicklungsstufen im Konkreten Wert zu legen.

Ich darf weiter die Mitarbeiter der Programmkommission bitten, dem Antrag Nr. 151, der von der Landesorganisation Hamburg gestellt worden ist, ihre Beachtung zu schenken. In dem Aktionsprogramm ist auf dem Gebiete des Arbeitsrechts das Arbeitsschutzrecht überhaupt nicht angesprochen worden. Wie jeder Mitarbeiter im Betrieb weiß, ist auch das ein Gebiet, auf dem sich kaum jemand in dem Gestrüpp der sich überschneidenden und zerstreuten Bestimmungen zurechtfindet. Eine Ordnung, Zusammenfassung und Straffung ist eine Aufgabe, die gerade, um das Arbeitsschutzrecht wirklich wirksam werden zu lassen, dringend einer Lösung bedarf. Was nützt eine Vielzahl von Bestimmungen, wenn der einzelne, der sich darauf stützen soll, sie gar nicht kennt. Daneben glaube ich, daß auch bei unserer Zielsetzung eine andere Frage auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes Beachtung verdient, nämlich die Notwendigkeit, ein Mindestmaß an Arbeitsschutz als öffentliches Recht zu stabilisieren, d. h. daß nicht nur, wie wir es heute im Urlaubsgesetz und einigen anderen Gesetzen haben, dem einzelnen ein Anspruch eingeräumt ist, dem Unternehmer, dem Arbeitgeber aber keineswegs die entsprechende Verpflichtung zur Erfüllung dieses Anspruchs. Der einzelne ist gezwungen, die nicht erfüllten Ansprüche im Wege der Klage durchzusetzen, da es nicht möglich ist, ihm diesen Schutz praktisch durch die Organe der Ordnung, durch das Eingreifen der Arbeitsschutzbehörde, der Gewerbeaufsichtsämter, zu gewährleisten. Bei aller Hochachtung vor der Stärke und der Kraft unserer Gewerkschaften wissen Sie doch sicherlich alle, daß es zahlenmäßig starke und sozial besonders schlecht gestellte Berufsgruppen gibt, bei denen eben die Organisationsfähigkeit verhältnismäßig gering ist, und gerade diese müssen einen Mindestarbeitsschutz, eine Stabilisierung, eine Sicherung finden. Ich glaube, daß wir mit einer Vertiefung des Arbeitsschutzprogramms in dem Sinne des Hamburger Antrags den Arbeitnehmern, die wir ja in erster Linie ansprechen wollen, einen weiteren Beweis dafür liefern können, daß wir uns wirklich mit ihren Sorgen, mit den Sorgen und Schwierigkeiten des Menschen am Arbeitsplatz, auseinandersetzen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat jetzt der Genosse Mielke, Stuttgart, ihm folgt der Genosse Schiller, Hamburg.

Mielke, Stuttgart:

Sehr verehrte Genossen!

Der Verlauf der bisherigen Diskussion um das Aktionsprogramm ergab eine ganze Reihe von Gesichtspunkten, eine Fülle von Anregungen für die Kommission, und es wäre vielleicht nicht am Platze, nun Wiederholungen vorzunehmen. Wenn ich mir trotzdem erlaube, einige Bemerkungen zu machen, so deshalb, weil die sehr vortrefflichen Ausführungen der Genossen aus Berlin und Hamburg vielleicht in der Richtung der Kulturpolitik noch ergänzt werden sollten.

Wir in Stuttgart haben uns auch über die Frage des Aktionsprogramms in dieser Richtung unterhalten und glauben, der Kommission einen Vorschlag machen zu sollen, der wohl bereits schriftlich vorliegt und dahin geht, daß man versuchen sollte, für unsere sozialistischen Vorstellungen bezüglich einer einheitlichen Schulpolitik im ganzen Bundesgebiet ein Rahmenprogramm auszuarbeiten, wie die ständige Konferenz sozialdemokratischer Kultusminister zeigt, und in das Aktionsprogramm einzufügen. Wir glauben, daß mit dieser These eine Bereicherung festzustellen wäre und daß die ganze in unserem Sinne wirkende sozialistische Lehrerschaft von diesem Programm begeistert sein würde.

Aber abgesehen davon sind die Darlegungen des Genossen Eichler wert, vielleicht einmal kritisch unter die Lupe genommen zu werden. Genosse Eichler schloß seine Bemerkungen mit der Betonung der Sachlichkeit gegenüber dem falschen Pathos, das mit den Begriffen Ehre, Vaterland, Frieden, Freiheit usw. getrieben worden sei. Genossen, hoffentlich führt das nicht wieder zu der in unserer Partei sattsam bekannten und ebenso erfolglosen Überbetonung verstandesmäßiger Argumentationen zum Nachteil der Berücksichtigung des Gefühls der Menschen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich glaube, daß wir Ursache hätten, an einer übertriebenen Intelligenz der Wähler zu zweifeln. Es gilt, die ewige 34-Prozent-Grenze zu sprengen; alle Appelle an die verschiedenen Interessengruppen in der Bevölkerung, doch bitte mit dem Verstande begreifen zu wollen, daß wir das Beste wollen, haben bisher nicht den geringsten Erfolg gehabt! Deshalb halte ich es für zweckmäßig, das Aktionsprogramm mehr vom Standpunkte der Propagandawirkung zu sehen.

Wir alle, die wir hier sind, haben doch aus der praktischen Arbeit genügend Erfahrungen gesammelt und eingesehen, daß die Mentalität der Menschen nicht nur vom Verstande erfolgreich angesprochen werden kann. Insofern scheint mir der Entwurf nicht ganz glücklich zu sein. Die Präambel sollte nach unserer Auffassung kürzer sein. Sie sollte eine feierliche Erklärung über die Gesamthaltung der Partei in allen jenen Fragen sein, die nachher nicht in Details behandelt werden. Als Vorbild der Details scheinen mir die 16 Dürkheimer Punkte immer noch klarer und konzentrierter als der vorliegende Entwurf zu sein. Wenn man ihn in einigen Punkten erweiterte und evtl. einen Kommentar anhängte, wäre meine Sorge um eine gute propagandistische Wirkung dieses Aktionsprogrammes nicht so groß. Wir müssen uns ohnedies darüber klar sein, daß der kommende Kampf außer von den Unternehmern und den interessierten Wirtschaftskreisen vom politischen Katholizismus her geführt und wahrscheinlich wieder entscheidend beeinflusst werden wird. Deshalb glaube ich sagen zu dürfen, daß die Partei auf die Dauer nicht nur in unserem Lande Südwest-Baden, sondern überall dort, wo die klerikale und konfessionelle Struktur des Landes eine besondere ist, nicht darum herumkommen wird, diese Fragen klarer zu bereinigen und zu den Problemen, die uns allen auf den Nägeln brennen, klarer Stellung zu nehmen als bisher. Vielleicht bieten hier die Ergebnisse des Evangelischen Deutschen Kirchentages, der vor wenigen Tagen in Stuttgart zu Ende gegangen ist, viel bessere Ansatzpunkte, als wir bisher geglaubt haben. Jedenfalls sollte man sich einmal die Mühe geben, das zu prüfen.

Das andere, das ich ausführen möchte, hängt ursächlich mit dem bisher Gesagten zusammen; das ist das Problem der kleinen Landwirte. Wenn wir ernsthaft die Mehrheit im Bundestag erringen wollen, dann wird es nur gelingen, wenn wir außer den Mittelstandsgruppen auch die kleinen Landwirte — nicht nur bis 2 ha, sondern bis zu 5 ha Land!, die er natürlich mit eigener Kraft bearbeitet — mehr für uns zu interessieren vermögen als bisher. Der Entwurf muß hier noch deutlicher werden. Hier liegt das propagandistische Schwergewicht des Aktionsprogrammes.

Die Gedanken, die bisher zur Einkommensteuer entwickelt wurden und die vom Genossen Eichler vorgetragen worden sind, sind mir und unseren Genossen in Stuttgart fremd. Sie widersprechen der bisherigen Auffassung der Einkommensteuerlastenverteilung. Deshalb halte ich es für notwendig, diese Auffassung sehr kritisch zu überprüfen, bevor sie in das Aktionsprogramm eingearbeitet wird.

Im übrigen scheint mir das Argument bevorstehender Kommunalwahlen nicht genügend stichhaltig zu sein, diesen Programmentwurf ohne sorg-

fältigste Prüfung so schnell zu verabschieden, wie bisher die Diskussion darüber stattzufinden hatte. Die 16 Dürkheimer Punkte zeigen, daß, wenn die allgemeine Richtung feststeht, der Parteivorstand sehr wohl in der Lage ist, eine brauchbare Wahlplattform zu schaffen, die auch als Regierungsprogramm dienen kann.

Aber eins steht fest, wir dürfen nicht programmgläubig sein, etwa so, als ersetze das Aktionsprogramm die Aktivität der Partei im weiten Land. Wir sehen in dem Aktionsprogramm das Mittel, vielleicht ein Barometer, an dem wir selbst und alle anderen messen können, was wir tun können und was wir zu tun festlegen müssen. Das ist nichts Geringeres als praktische Demokratie. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Genosse Karl Schiller, Hamburg.

Schiller, Hamburg:

Genossinnen und Genossen! Als wir vor einiger Zeit in den Bezirken und Distrikten den vorliegenden Entwurf eines Aktionsprogramms bekamen, erhob sich sofort eine sehr lebendige, sehr lebhaft Kritik an dem wirtschaftspolitischen Teil dieses Entwurfs. Bei dem breiten Rahmen, der hier gespannt war, gab die gleichzeitige Unvollständigkeit in den vorgeschlagenen Maßnahmen in der Tat Anlaß zu einer erheblichen Kritik.

Wir müssen zugeben, Genossinnen und Genossen, daß die modernen wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Kompliziertheit, in ihrem tagtäglichen Wandel, es in der Tat der Sozialdemokratie viel schwerer machen als früher im neunzehnten Jahrhundert oder noch in der Weimarer Zeit, zu klaren, handgreiflichen, für alle Wechsellagen geltenden Rezepten zu kommen. Ein wirklich umfassendes, ganz einfaches und handgreifliches Rezept in wirtschaftspolitischer Hinsicht aufzustellen, ist heute fast unmöglich. Deswegen haben wir vor uns nur einen mehr oder weniger zusammengesuchten Werkzeugkasten von einigen wirtschaftspolitischen Instrumenten. Und wir stellen fest, daß dieser sozialdemokratische Werkzeugkasten in wirtschaftspolitischer Hinsicht einige erhebliche Lücken aufweist.

In der ganzen Diskussion zu diesem wirtschaftspolitischen Abschnitt haben wir deshalb immer wieder erlebt, daß die einzelnen Genossen uns zusätzliche Instrumente in diesen Werkzeugkasten hineinlegten. Ich selber sehe meine Aufgabe auch darin, noch auf drei nach meiner Ansicht wesentliche Ergänzungsnotwendigkeiten hinzuweisen.

Das erste ist ein Gedanke, den auch Genosse Kurlbaum erwähnt hat. In dem Katalog unserer wirtschaftspolitischen Anweisungen und Mittel muß ein klares Bekenntnis der Sozialdemokratie zum Wettbewerbsgedanken enthalten sein. Das gegnerische Lager hat es seit 1948 verstanden, den Eindruck zu erwecken, als ob die SPD gegen den Wettbewerb sei, als ob sie für Zwangswirtschaft und für Rationierung sei. Wir wissen, daß dies falsch ist. Wir wissen aber auch, daß einige unserer Agitatoren, aus bestem Willen heraus, in ihrer Dialektik gegen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sich wider Willen den Mantel von Befehlswirtschaftlern haben umlegen lassen. Dieser Verzerrung unserer eigenen wirtschaftspolitischen, freiheitlichen Vorstellungen müssen wir entgegentreten. Nicht ohne unsere eigene Schuld ist es in den Jahren 1948 und 1949 dahin gekommen, daß diejenigen, die die Liquidierung der Kriegsübergangswirtschaft durchführten, das heute als ihr alleiniges Verdienst und ihre Wirtschaftsform darzustellen suchen. Als Sozialdemokraten müssen wir sagen: Niemand hat ein größeres Interesse an einem scharfen Leistungswettbewerb der Unternehmungen untereinander als der deutsche Arbeiter als Konsument. Deswegen möchte ich mit Nachdruck auf die beiden Anträge 129 von

Franken und 118 von Hamburg hinweisen. Hamburg begrüßt hier die elementare Notwendigkeit der „freien Konsumwahl“, und Franken spricht von der gesetzlichen Sicherung des „Leistungswettbewerbs“. Solche Formulierungen gehören nach meiner Ansicht in das Aktionsprogramm.

Dann eine zweite Ergänzung! Von einem meiner Vorredner wurde darauf hingewiesen, daß die Vollbeschäftigungsthese sehr leicht dadurch diffamiert werden kann, daß man sagt, die Vollbeschäftigung kann von irgendeinem Punkt an zur Inflation führen. Das Kreditvolumen wird also über den Punkt hinaus ausgeweitet, wo die Güterproduktion noch nachkommen kann, und dann setzt der Automatismus der Inflation ein. Das ist in der Tat eine Gefahr! Wir müssen mit allem Mut, mit aller Klarheit in unserer Begründung der Vollbeschäftigungspolitik, die Schranke der Währungsstabilität aufrichten und uns zu ihr bekennen. Auch hier möchte ich sagen: niemand hat ein größeres Interesse an einem stabilen Preisniveau, das heißt an stabilem Geld, an stabiler Währung, als der deutsche Arbeiter, nicht nur als Konsument, sondern auch als Produktionsfaktor. Wir wissen auch — das ist eine Erfahrung der letzten 20 bis 30 Jahre: zu der klassischen Ausbeutung durch Profitbildung in den Betrieben ist die moderne Ausbeutung über die schleichende Inflation via Staat hinzugekommen. Gegen diese Ausbeutung müssen wir uns in einem Programm zur Vollbeschäftigung aussprechen. Deshalb muß hinein, daß die sozialdemokratische Vollbeschäftigungspolitik sich peinlich in den Schranken und im Rahmen der strukturellen Produktionsverhältnisse, der gegebenen Engpässe hält und daß sie in der Kreditpolitik halt macht vor der Barriere der Währungsstabilität. Denken wir an die Millionen von kleinen Sparern, die auf diesen Punkt achten.

Die Stabilität der Währung im Innern muß ergänzt werden durch ein klares Bekenntnis zu einer Stabilität der Währungspolitik nach außen und damit überhaupt zu einer klaren, freiheitlich orientierten Außenwirtschaftspolitik. Eine Stabilität der Wechselkurse sollte selbstverständlich sein. Zu der Außenhandelspolitik darf ich an eine alte und heute leider oft vergessene Tradition unserer Partei anknüpfen. Unsere Partei ist in bezug auf die Außenhandelspolitik immer freihändlerisch eingestellt gewesen, im Interesse der von ihr vertretenen Verbrauchermassen der Städte und auch aus ihrem Geist der internationalen Kooperation und der ökonomischen Arbeitsteilung heraus. Deshalb gehört nach meinem Dafürhalten in das Aktionsprogramm ein klares Absetzen von den autarkistischen Bestrebungen, ein Wiederanknüpfen an unsere freihändlerische Tradition, der wir uns nicht zu schämen haben.

Wir haben uns gestern zu einer wahrhaften und echten europäischen Vereinigung bekannt. Deshalb sollte hineinkommen: Eine sozialdemokratische Außenwirtschaftspolitik wird von vornherein darauf eingestellt sein, daß sie in eine wahrhafte und echte europäische Wirtschaftspolitik einmündet.

Genossinnen und Genossen! Diese drei Ergänzungen, ein Bekenntnis zum Wettbewerbsgedanken, die scharfe Stellungnahme gegenüber inflationistischen Maßnahmen und eine europäisch orientierte Außenwirtschaftspolitik, kann man unter dem Motto „Freiheitlicher Sozialismus“ zusammenfassen. Ich bin in der Tat der Meinung, daß in dem vorliegenden Entwurf der Akzent des freiheitlichen Sozialismus im wirtschaftspolitischen Teil verstärkt werden muß. Weg von dem Odium der Befehlswirtschaft, hin zu den modernen, elastischen Formen einer freiheitlich sozialistischen Politik!

Genossinnen und Genossen! Wir leben heute in einer anderen Welt, als sie noch in der Weimarer Zeit existierte. Die Wirtschaftspolitik in allen Ländern hat eine Entwicklung durchgemacht. Auch unsere sozialdemo-

kratische Konzeption, die seit 1945 in den verschiedensten Publikationen zum Ausdruck gekommen ist, sie ist vielseitiger, vielfältiger, umfassender und elastischer geworden. Wir sollten auch in diesem Programm an diese publizistischen Vorarbeiten der letzten Jahre anknüpfen und sollten unseren Gegnern zeigen, daß wir nicht stehengeblieben sind, wie sie selbst oft steckengeblieben sind in den Laisser-Faire-Vorstellungen des neunzehnten Jahrhunderts. Diesen Fortschritt der Meinungsbildung in unseren Reihen und in unserer wirtschaftspolitischen Grundsatzbildung sollten wir in Ergänzungen, wie sie hier vorgeschlagen sind, ausdrücken! Schreiben wir die Parole eines freiheitlichen Sozialismus auf unsere wirtschaftspolitischen Fahnen, dann wird uns der Sieg in den kommenden Kämpfen sicher sein! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat Genosse Behrisch, Hof.

Behrisch, Hof:

Genossinnen und Genossen! Solange die Kugel im Rohr ist, bestimmt man ihren Lauf. Wenn sie hinaus ist, können nur noch Wünsche sie begleiten. Es ist ein weiter Weg von den Dörfern Niedersachsens oder des Bayerischen Waldes bis nach Dortmund und umgekehrt. Deshalb ist es für eine Partei wie die sozialdemokratische von unsagbarer Wichtigkeit, daß sie die Regungen im ganzen Gebiet ihrer Wirksamkeit beobachtet, registriert und zu verarbeiten sucht, weil wir sonst leicht etwas beschließen könnten, was sich vielleicht in der praktischen Auswirkung gegen uns auswirken könnte.

Ich will aus der Praxis einige Bemerkungen zum Programm machen. Lassen Sie mich mit einem Vorschlag beginnen, was nach meiner Ansicht geschehen sollte, wenn das Programm von uns beschlossen ist. Ganz gleich, wie es aussieht, haben wir ein Interesse daran, daß es wirksam wird. Das schönste Programm wird nichts nutzen, wenn wir es nicht an die Menschen heranbringen können. Es wäre ungemein wichtig, daß wir das Programm nicht nur im ganzen herausbringen, sondern versuchen, es zu zergliedern und das Kapitel über die Heimatvertriebenen auf allen uns zur Verfügung stehenden Wegen an die Heimatvertriebenen heranbringen, das Kapitel über die Jugend an die Jugend, das Kapitel über die Vollbeschäftigung an die Stempelstellen. Mit dem Zweck, daß wir an den Egoismus der Menschen anknüpfen, um sie so zu den Zielen der Gemeinschaft zu führen. Wir können ja in diesen Auszügen bemerken, daß es sich um Auszüge aus dem Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei handelt. Wenn wir jedem so einen Leckerbissen vorsetzen, dann werden die Leute vielleicht auch Appetit auf das Ganze bekommen. Das ist eine Anregung, damit wir das Programm in die Massen bringen und die Leute bei dem Punkt ansprechen, wo sie am empfindlichsten sind.

Nun einige Bemerkungen zu einigen Punkten, wo wir vielleicht die Formulierung noch etwas ändern sollten, weil ich nicht ganz sicher bin, ob sich nicht vielleicht nachteilige Folgen ergeben könnten, wenn die Formulierung so bleibt wie vorgesehen. Auf Seite 21 ist zum Beispiel von der Erziehung zu Freiheit und Toleranz die Rede. Da gibt es eingangs eine kleine Bemerkung, daß die Sozialdemokratie sich zur Toleranz und zur Achtung der Menschenwürde bekennt und diese Grundsätze auch für sich als verpflichtend anerkennt gegenüber denen, die sich zu diesen Grundsätzen bekennen.

Wir haben in Deutschland nach 1945 schon ein Aktionsprogramm bekommen, wir haben das Programm der bayerischen Sozialdemokraten geschaffen. Ich würde der Programmkommission empfehlen, dieses fertige Programm der bayerischen Sozialdemokraten von 1946 sich ein wenig an-

zusehen, weil vieles darin kürzer und bündiger gefaßt ist als in unserem Entwurf. Wenn man die Erfolge der bayerischen Genossen bei den Wahlen verfolgt, dann muß man zugeben, daß sie mit diesem Programm eine günstige Wirkung erzielt haben.

In unserem Programm vermisse ich etwas, was gleich am Anfang des bayerischen Programms steht, nämlich den Hinweis auf den rücksichtslosen Kampf gegen alles, was sich Neonazismus nennt. Wenn das in dem bayerischen Aktionsprogramm von 1946 an der Spitze steht, dann könnte es auch in unserem Programm stehen; denn was sich 1952 an Neonazismus regt, ist keine erfreuliche Erscheinung. Im bayerischen Programm heißt es:

Gegen nationalistische Propaganda, Terror und Denunziantentum sind gesetzliche Handhaben zu schaffen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zum Schutz der Demokratie erarbeitet. Vielleicht wäre es gut, wenn man in einem prägnanten Satz auf diese Tatsache Bezug nimmt, damit die anderen wissen, woran sie sind, wenn die Sozialdemokratie zur Macht kommt, daß sie dann nicht mehr nach Lehrscher Art behandelt werden, sondern daß die Sozialdemokratie die Absicht hat, mit dem Neonazismus anders umzugehen, als es bisher geschehen ist. (Beifall.)

Zweitens muß ich beanstanden, daß eine kurze Bemerkung über die Presse nur von Genossen geschrieben sein kann, die bisher mit der Presse die besten Erfolge gesammelt haben. Ich bin der letzte, der sich dazu hergeben würde, einem neuen Maulkorb für die Presse das Wort zu reden. Ich bin aber der Meinung, daß für die Bekämpfung des Mißbrauchs der Pressefreiheit nicht die Gesetze genügen. Vielleicht genügen die Strafgesetze. Die Gesetze genügen nicht in bezug auf die Zeit, in der die Dinge behandelt und verfolgt werden. Das Zeitmoment ist eine bedrohliche Angelegenheit. Wenn man wie ich 32 Monate mit den Gerichten kämpfen muß, um gegenüber Pressegebern zu seinem Recht zu kommen, dann zeigt das wohl deutlich, daß wir zumindest die Forderung erheben müßten, daß Presseudelikte vordringlich zu behandeln sind, weil das Zeitmoment bei der Verleumdung durch die Presse ein Moment ist, das in Rechnung gestellt werden muß. Was hat es für einen Sinn, wenn Sie nach 30 Monaten eine Klarstellung durch das Gericht erwirken? Kein Leser erinnert sich mehr daran, was vor 30 Monaten über die Bühne gegangen ist! (Beifall.) Die Presse ist eine ungeheure Macht und eine scharfe Waffe. Da die Journalisten- und Verlegerverbände leider noch nicht das Maß der Selbstkontrolle entwickelt haben, um in ihren eigenen Reihen zu säubern, müssen wir überlegen, ob wir hier im Hinblick auf das Zeitmoment etwas tun können, falls man nicht sogar versuchen sollte, bei uns eine englische Praxis einzuführen: Daß nämlich der Verleumder auch mit Geld für die Schäden haftbar gemacht wird, die er seelisch oder moralisch angerichtet hat. Wenn der Richter das in Geld aufrechnen kann, dann wird, glaube ich, die Verleumdung in Deutschland das Handwerk gelegt bekommen.

Einige Bemerkungen zum 9. Schuljahr. Die Forderung nach dem 9. Schuljahr ist nicht neu, sie ist gut. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir mit diesem Aktionsprogramm zu den kleinen Bauern und zu den Arbeitern kommen, zu dem Mann, der vielleicht in der Textilfabrik arbeitet und nur kärgliche Einnahmen hat. Wir wissen, wie sehr auf den Dörfern die Eltern auf den Verdienst der Kinder warten! Wir dürfen also nicht lediglich sagen, daß wir das 9. Schuljahr haben wollen. Wir müssen vielmehr sagen, daß wir ein bezahltes 9. Schuljahr wünschen. Es muß eine Regelung geben, die das 9. Schuljahr ökonomisch tragbar macht. Wenn wir das vergessen, laufen wir Gefahr, daß sich solche Dinge praktisch gegen uns auswirken.

Dabei denke ich nicht so sehr an die Städte. Dort hat man diese Fragen sicherlich schon mehr „verdaut“. In den Dörfern ist das aber anders.

Nun ein Wort zur Berufsschulzeit. Wir fordern die zwölfstündige Berufsschulzeit. Soll sie innerhalb oder außerhalb der Lehre liegen? Dann wäre wieder die Frage der Vergütung aktuell, weil wir sonst alle Handwerker und ähnliche Berufe gegen uns aufsässig machen.

Auf Seite 12 des Aktionsprogramms befindet sich eine Bemerkung über den Handel. Dort wird gesagt, daß wir besondere Anstrengungen zur Wiedergewinnung der östlichen Absatzgebiete unternehmen müssen. Wir müssen uns hier etwas konkreter ausdrücken, weil wir ja wissen, daß auch der Kreml verzweifelte Anstrengungen macht, um den roten Handel in Gang zu bringen. In der Frage des Osthandels haben wir es ja ausnahmslos mit „ferngesteuerten“ Handelspartnern zu tun, die sich nicht nach handelspolitischen, sondern nach politischen Bedürfnissen und Zielsetzungen richten.

Zum Schluß ein Wort zum Wahlrecht. Das ist ein heißes Eisen. Im bayerischen Landtag habe ich mich offen zur Mehrheitswahl bekannt. Das tun viele Sozialdemokraten, die Mehrheit der Partei ist dafür aber wohl nicht zu haben. Daher ist zu erwägen, ob wir nicht versuchen sollten, durch eine Prozentklausel jener unglückseligen Entwicklung zu steuern, die wir auf allen Gebieten und in allen Ländern beobachten können, nämlich daß zu viele Grüppchen entstehen. Wir alle wissen, was das in der Praxis bedeutet.

Ich habe mir noch mehr Punkte notiert, kann sie aus Zeitmangel aber nicht behandeln. Wir sind nicht ausgezogen, die Welt zu interpretieren, sondern zu ändern. Wir hoffen, daß alle vorgetragenen Gesichtspunkte geprüft werden, damit wir ein Aktionsprogramm auf die Beine stellen, das dazu dienen kann, die Macht zu schmieden, die wir brauchen, um Deutschland nach unseren Gesichtspunkten umzugestalten. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Arno Hennig.

Hennig, Bonn:

Friedrich Theodor Vischer hat einmal gesagt: „Eine Rede ist keine Schreibe und eine Schreibe ist keine Rede“. An diese Worte mußte ich denken, als ich die 22 Seiten des Aktionsprogramms las. Ich würdige die Arbeit und bin den Genossen dafür dankbar. Das Aktionsprogramm ist aber vorläufig nur eine Schreibe! So kann das nicht bleiben! Ein Aktionsprogramm muß ein Appell sein, muß etwas sein wie eine konzentrierte Rede, eine warmherzige Ansprache an den Menschen, an jeden, der dieses Programm in die Hand nimmt. Wie käme man am leichtesten zu diesem Stil? Nicht dadurch, daß man Mosaikarbeit macht. Ich glaube, daß dieses Programm etwas vom Charakter eines Mosaiks hat! Es will manchem etwas bringen und bringt darum viel. Manches aber nicht einmal in präziser Form. Was heißt zum Beispiel: „Wir fordern ausreichenden Mutterschutz?“ Welche Partei fordert das nicht? Ich bin überzeugt, daß auch Frau Kalinke ausreichenden Mutterschutz fordert. Wir müssen konkreter sein.

Vielleicht ist ein Ausweg für die stilistische Formulierung in der Richtung zu finden, daß man die markantesten Punkte knapp und zündend formuliert an die Spitze stellt und dann Erläuterungen schreibt. Eine Arbeit aus einem Guß gelingt nur, wenn man das Ganze unter einen einheitlichen Blickfang stellt. Jetzt gebe ich mich auf ein Gebiet, auf dem ich an sich nicht zu Hause bin, und bitte daher die Fachleute um gütige Nachsicht. Ein solcher

Blickfang könnte die Vermehrung des Sozialproduktes sein, genauer gesagt, die Vermehrung der Gebrauchsgüter. In meinem naiven Menschenverstand scheint es mir so, als ob bei der Vermehrung des Sozialproduktes keine inflationistische Gefahr zu befürchten wäre. Wenn man das Sozialprodukt gegenüber dem Verbrauch steigert, kann man ohne Gefahr den Geldumlauf steigern. Dann kann man auch Sozialpolitik treiben, kann einen besseren Lastenausgleich durchführen, kann großzügig investieren, ohne in die Gefahr zu geraten, daß die Währung erschüttert wird. Aus diesen Darlegungen können dann die anderen Programmpunkte entwickelt werden. In Deutschland haben wir im Augenblick eine stark fiskalisch beeinflusste Wirtschaft, die besonders den Export forciert. Das ist an sich richtig. Aber der Export ist immer in Gefahr, auf den unsicheren Weltmärkten plötzlich abzusacken und innere Wirtschaftskrisen hervorzurufen. Man sagt, daß gegenwärtig beinahe die Grenze erreicht wäre, von der ab die großen Bankinstitute der Bundesrepublik den Export nicht mehr zu kreditieren vermögen. Das könnte vermieden werden, wenn ein gesünderes Verhältnis zwischen innerem Markt und Export hergestellt würde. Diese wichtige Frage könnte über die Produktionssteigerung von Verbrauchsgütern und die Erhöhung des Lebensstandards gelöst werden.

Besonders interessieren mich natürlich die Abschnitte „Erziehung, Bildung und Hochschulwesen“. Hier wäre zu überlegen, ob man nicht die Sportler ansprechen sollte. Die sagen nämlich: „Der Staat überläßt den Sportverbänden einen großen Teil der Jugendbetreuung. Dafür benutzt er die Sportverbände als Milchkühe für die Steuerbehörden in einem Maße, das jede vernünftige Grenze überschreitet“. Ein Satz würde hier schon viel Aufmerksamkeit bei den Menschen finden, die der Genosse Löbe angesprochen wissen möchte.

In den Ausführungen über die Hochschulen fehlt etwas. Die Unentgeltlichkeit des Studiums allein tut es nicht. Im Bundestagsausschuß für Kulturpolitik hatten wir den Erfolg, daß einem Satz zugestimmt wurde, der noch viel weiter geht. Ich habe diesen Satz selbst formuliert und ihn daher deutlich im Gedächtnis: „Studium ist Arbeit und muß als solche behandelt werden“. Das setzt natürlich voraus, daß der sinnlose Zustrom des sogenannten intellektuellen Proletariats abgeriegelt wird. Es ist von jeher eine politische Gefahr für die Linke gewesen und kann rasch wieder zu einer solchen auswachsen.

Und jetzt möchte ich einen ernsten Mangel in diesem Abschnitt festnageln. Über das Schulwesen wird mit Recht gründlich gesprochen. Vergessen wir aber nicht: Vom Kindergarten bis zur Hochschule sind die Schulen Erziehungsanstalten und Wissensvermittler. Das ist sehr viel. Es ist richtig, daß man sich diesem Problem gründlich widmet. Darüber darf man aber die beiden eigentlichen Säulen des geistigen Lebens nicht vergessen. Die Kunst und die Wissenschaft. Sie sind die Quellkräfte alles geistigen Lebens. Kunst als die Gestaltung des Idealbildes vom Leben bewegt die Menschen tiefer als wir glauben. Fragen Sie einmal unsere Naturfreunde, was sie über Naturschutz und Denkmalpflege denken! Erinnern Sie sich bitte daran, daß es geschichtliche Beispiele gibt, daß ganze Völker den Verlust von Kunstwerken schwerer verschmerzt haben als den Verlust von Provinzen. Dieses Gebiet mag vielen von uns allerdings etwas fernliegen.

Die Forschung aber soll und muß uns stark interessieren. Unsere Stellung zur Forschung entscheidet auch über unsere Zukunft. Nur wenige Menschen wissen beispielsweise, daß man heute in Deutschland an der Fotosynthese arbeitet, an der Nachahmung des Kunstgriffes der Natur, im grünen Blatt aus Kohlenstoff, Wasser und Sonnenlicht Stärke und Zucker zu machen.

Die Forschung ist unser Schicksal angesichts der Tatsache, daß sich binnen 30 Jahren die Menschheit auf Erden verdoppeln wird. Wir werden auch von der Welt danach bewertet, wie wir uns zur Forschung einstellen. Ich sage das nicht aus taktischen Gründen, weil sich Hunderttausende für diese Gebiete leidenschaftlich interessieren und darauf achten, was die politischen Parteien zu diesem menschlichen Betätigungsgebiet sagen. Ich spreche darüber, weil wir es aus dem Wesen unserer politischen Bewegung heraus tun müssen. Die konservativen Parteien haben es leicht. Sie können sich auf das Schwergewicht des Gewordenen und Gewachsenen verlassen. Eine Partei aber, die die Welt verändern will, muß auch im Aktionsprogramm davon Zeugnis ablegen, daß sie bereit und aufgeschlossen ist, sich mit den tragenden Erkenntnissen der Zeit lebendig und fördernd auseinanderzusetzen. Und eine solche Partei wird nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich stark sein! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Lewerenz.

Lewerenz, Lübeck:

Genossinnen und Genossen! Wenn der diesjährige Parteitag im besonderen Maße im Blickfeld der Öffentlichkeit steht, dann aus dem Grunde, weil möglicherweise in absehbarer Zeit besondere außenpolitische Entscheidungen vor uns liegen. Darum möchte ich mit einigen Worten auf die Außenpolitik eingehen.

Gestern entstand durch die Ausführungen eines Lübecker Genossen der Eindruck, als ob man in Lübeck möglicherweise anders denkt als in Dortmund oder Bonn. Dazu möchte ich für die Lübecker Delegation ausdrücklich erklären, daß wir uns in Lübeck an der Zonengrenze genau so sicher fühlen wie die Genossen in Dortmund oder Bonn, daß die Lübecker Partei genau so wie die Genossen in Dortmund oder Bonn hinter dem Parteivorstand stehen. Wir sind gegen alle Anfechtungen durch die KP oder SED immun. In allen Wahlen seit 1948 haben wir nicht mehr als 3,5 oder 4 Prozent Kommunisten gehabt. Wir sind immun trotz 90 000 Heimatvertriebenen bei 230 000 Einwohnern, trotz 20 000 Dauererwerbslosen, trotz 14 000 Menschen in Baracken. Wenn der junge Genosse aus Lübeck in der Rhetorik nicht so gut war wie die Genossen Ollenhauer, Carlo Schmid oder Herbert Wehner, so möge man dem Genossen der jüngeren Generation das nachsehen.

Durch die Ausführungen des Genossen Ollenhauer geht wie ein roter Faden die Forderung nach einer Viererkonferenz. Es heißt unter dem Punkt Außenpolitik im Entwurf des Aktionsprogramms: „Die vordringlichste Aufgabe deutscher Außenpolitik bei der Neugestaltung Europas ist die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Sie ist nur möglich durch Verhandlungen über freie Wahlen in allen Besatzungszonen und in Berlin.“

Wenn gestern davon gesprochen wurde, daß möglicherweise auch der Versuch von direkten Verhandlungen gemacht werden könnte, dann aus folgendem Grund: Wir sprachen gestern über die Viererkonferenz. Man muß verstehen, daß solche Fragen der Außenpolitik in einer Stadt, deren Zentrum nur 4 km von der Zonengrenze entfernt ist, stärker diskutiert werden als in Städten, die 300 bis 500 km von der Zonengrenze entfernt sind. (Zuruf: Nicht nur in Lübeck!) — Mein lieber Genosse Ahrens, das ist im Bayrischen Wald und in Niedersachsen genau so. Ich bin überzeugt, daß in dieser Stadt in der Nähe der Zonengrenze dieses Problem auf der unteren Parteiebene, in den Distrikten, in den Ortsvereinen und Kreisvereinen stärker diskutiert wird, daß an die Funktionäre Fragen von er-

heblicher Bedeutung gestellt werden, Fragen, die wert sind, auf einem Parteitag erörtert zu werden.

Wir sind der Meinung — wir haben über diese Frage mit unseren Genosseninnen und Genossen auf der untersten Parteiebene diskutiert — daß es den Vereinigten Staaten von Amerika gar nicht so ernst um die Einheit in Freiheit ist, sondern daß es ihnen viel mehr ernst darum ist, deutsche Divisionen zu bekommen. Wir haben den Eindruck bekommen, daß es Herrn Schuman in Frankreich nicht um die deutsche Einheit in Freiheit ernst ist, sondern daß ein Teil der Franzosen eher Befürchtungen hat, daß diese Einheit in Freiheit, die wir gemeinsam erkämpfen wollen, vielleicht wieder eine Hegemoniestellung Deutschlands heraufbeschwören könnte.

Aus diesem Grunde sind wir der Auffassung, daß auch von der Forderung nach der Einheit in Freiheit für Deutschland von dieser Seite her nicht sehr viel Positives zu erwarten ist. Wir sind auch der Auffassung, daß dasselbe für Herrn Adenauer zutrifft. In Lübeck sind wir der Meinung, daß Herr Adenauer das größte Interesse hat, dieses Teileuropa der sechs Schumanplanstaaten aus klerikalischen, kapitalistischen und politischen Gründen zu erhalten, besonders bei der augenblicklichen Konstellation in den Verhandlungen mit de Gasperi und seinen sonstigen westlichen konservativ-klerikalischen Freunden. Wir sind auch der Auffassung, daß die UdSSR nur so tut, als ob sie ernsthaft daran interessiert sei, wobei an den ernsthaften Willen nicht mehr zu denken ist. Deshalb stellen wir uns die Frage, was dann, wenn diese Einheit in Freiheit nicht kommt, was dann, wenn die vier Staaten, die zusammentreten sollen, nicht zu einer solchen Konferenz zusammenkommen. Wir wollen die Genossen, die hierüber referiert haben fragen, wie die Situation ist, wenn durch ein Nichtzustandekommen der Viererkonferenz diese Frage offen bleibt. Ich bin nicht so optimistisch wie der Genosse Herbert Wehner, daß sie unbedingt zusammentreten. Wenn man den Wahlkampf in Amerika verfolgt, mußte man in den letzten Monaten zu der Ansicht kommen, daß möglicherweise von dort aus von gewissen Kräften ein Präventivkrieg geplant werden könne. Gestern wurde gesagt, wir gehören zum Westen im Sinne von Freiheit und Menschenwürde. Ich möchte das unterstreichen. Zum Westen gehört aber auch neuerdings in stärkerem Maße Spanien. Wir erleben aber, daß in Spanien seit Jahren freiheitliche Menschen terrorisiert und ins Zuchthaus gebracht werden. Wir erleben gerade in den letzten Wochen und Monaten, daß die „freiheitlichen“ Amerikaner dazu geneigt sind, auch dieses Land mit in die NATO einzubeziehen. Deswegen haben wir gewisse Bedenken bezüglich der echten Freiheit und bezüglich unserer Forderung nach Einheit in Freiheit. Aus dieser Sorge her rührt der Gedanke, ob nicht möglicherweise und vielleicht doch, wenn diese Verhandlungen zum Scheitern verurteilt sein sollten, es in einem direkten Gespräch eine letzte Chance geben könnte. Wenn das dann negativ entschieden werden sollte, sind die Folgen völlig klar.

Noch eines zum Schluß. Wenn Genosse Ollenhauer gestern meinte, daß es möglicherweise erforderlich sei, einmal nach Lübeck zu kommen, um in Lübeck einmal nach dem Rechten zu sehen, . . .

(Zurufe: Das ist doch nicht zur Sache! — Zur Sache! — Zum Aktionsprogramm!)

Vorsitzender Steinhoff, den Redner unterbrechend: Wir diskutieren jetzt das Referat des Genossen Eichler!

Lewerenz, fortfahrend: Ich wollte das nur zum Schluß sagen, weil mir freundlicherweise das Wort erteilt ist. Zwar wollte ich das schon zum Anfang meiner Ausführungen betonen, aber es soll nun der Abschluß sein.

Zu den Lübeckern zählt der Genosse Dr. Julius Leber, der euch allen eine Persönlichkeit ist. (Beifall.)

Ich möchte euch dazu sagen: wir vergessen das nicht. Hier möge keine Sorge aufkommen über die Stellung der Partei in Lübeck. Wir stehen zu den Aufgaben, die uns gestellt sind. Wir haben das große Erbe von Dr. Julius Leber zu bewahren, der hier bestimmt mit anwesend wäre, wenn er noch unter uns weilen könnte, darüber hinaus auch das Erbe von Wissell, Legien und Theodor Schwartz, die unendliche Jahre bei uns tätig gewesen sind, hochzuhalten.

Ich möchte dem Parteitag namens der Lübecker Delegation, die Versicherung geben, daß man keine Sorge zu haben braucht. Wir werden mit ganzem ehrlichen Herzen und mit voller Überzeugung für die Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie arbeiten. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Ich möchte auf eins aufmerksam machen. Ihnen ist bekannt, daß heute um 19 Uhr die Theatervorstellung beginnt. Sicher wird sie eine Reihe Delegierter besuchen wollen. Angebracht wäre, daß wir es so einrichten, daß wir um 18 Uhr mit unseren Beratungen abschließen. Wir haben noch acht Wortmeldungen vorliegen. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, wäre es mir sehr lieb, daß Sie einverstanden sind, die Rednerliste jetzt zu schließen. (Zustimmung.) Dann kommen wir mit der Zeit aus. Ich bitte die nachfolgenden Redner, sich auf die zehn Minuten, wenn möglich weniger, zu beschränken.

Als nächster hat das Wort der Genosse Siegfried Bärsch.

Bärsch, Bremen:

Genossinnen und Genossen! In unserem Aktionsprogramm steht bezüglich der Frage der deutschen Wiedervereinigung folgender Satz: Die vordringlichste Aufgabe deutscher Außenpolitik bei der Neugestaltung Europas ist die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Sie ist nur möglich durch Verhandlungen über freie Wahlen in allen Besatzungszonen und in Berlin.

Das ist ohne Zweifel richtig und für uns eine unverzichtbare Forderung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Die Frage ist nur, ob diese Formulierung als eine wirklich alternative Konzeption zu derjenigen Vorstellung über die deutsche Wiedervereinigung angesehen werden kann, wie sie uns heute von der Bundesregierung in Übereinstimmung mit dem Westen präsentiert wird.

Wir müssen von der Tatsache ausgehen, daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung im Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes steht und infolgedessen ihre Herbeiführung nur auf diesem Hintergrund gesehen und ermöglicht werden kann. M. E. ist es deshalb zur Vervollkommenheit unserer Konzeption notwendig, sich darüber klar zu werden, unter welchen Bedingungen eine solche Wiedervereinigung angesichts des bestehenden Ost-West-Konfliktes als möglich erscheint. Denn eines ist klar: eine friedliche Lösung des Ost-West-Konfliktes wird nur auf längere Sicht möglich sein.

Wenn wir aber die Wiedervereinigung Deutschlands so schnell wie nur irgend möglich anstreben, auch auf der Basis des jetzigen Machtverhältnisses zwischen West und Ost, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß die Wiedervereinigung Deutschlands zwar ein erster bedeutender Schritt auf dem Wege zu einer friedlichen Auflösung des Ost-West-Konfliktes sein kann, der Ost-West-Konflikt in seiner Gesamtheit jedoch damit noch nicht aus der Welt geschafft wäre. Es wird infolgedessen für die

Weltmächte die Frage entscheidend sein, wie nach der Wiedervereinigung das bedeutende strategische Potential Deutschlands in diesem Ost-West-Konflikt steht.

Wir Sozialdemokraten lehnen die Verträge ab. Einer unserer entscheidendsten Gründe für die Ablehnung insbesondere des EVG-Vertrages ist die richtige Behauptung, daß nach Abschluß dieser Verträge eine deutsche Wiedervereinigung praktisch nur noch unter der Bedingung möglich ist, daß der wiedervereinigte gesamtdeutsche Staat in das Militärbündnis der Bundesrepublik mit dem Westen eintritt. Wir sind der Meinung, daß damit die Wiedervereinigung unter Zustimmung auch der Sowjets schlechterdings unmöglich gemacht wird; es sei denn, man unterstellt, daß im Laufe der weiteren Entwicklung die Sowjets durch eine „Politik der Stärke“ in eine Art Quasi-Kapitulation gegenüber dem Westen gedrängt werden.

Wenn diese unsere Begründung, daß die Ratifizierung eine Wiedervereinigung unter Zustimmung aller vier Mächte unmöglich macht oder mindestens die Inkaufnahme eines für die Deutschen und für Europa unerträglichen Risikos voraussetzt, für die Ablehnung der Verträge stichhaltig ist — und sie ist es auch nach meiner Ansicht —, dann müssen wir uns aber auch eingestehen, daß Viermächteverhandlungen kaum zustande kommen werden und im Falle ihres Zustandekommens keine Aussicht auf Erfolg haben würden, wenn sie vom Westen her mit derselben starren Konzeption einer uneingeschränkten militärischen Eingliederung Gesamtdeutschlands in das atlantische Bündnissystem angestrebt werden.

In den letzten Wochen und Monaten haben wir den Notenwechsel über Deutschland genau verfolgen können. Es ist selbstverständlich unmöglich, auf Grund dessen mit Bestimmtheit zu sagen, was Moskau will. Man kann nur bemüht sein, die sowjetische Deutschlandpolitik, wie sie sich in diesem Notenwechsel darstellt, nüchtern, realistisch und objektiv zu analysieren und diese Analyse zur weltpolitischen Entwicklung und Situation in Beziehung setzen. Dabei scheint sich mir eines zu ergeben, nämlich, daß Moskau offensichtlich nicht geneigt ist, einer Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen, wenn dieser gesamtdeutsche Staat durch seine militärische Eingliederung in den Atlantikpakt das militärische Potential des Westens entscheidend verstärkt. Auf der anderen Seite kann die Tatsache nicht übersehen werden, daß der Westen und die deutsche Bundesregierung die Wiedervereinigung Deutschlands nur eben auf dieser Grundlage erstreben und verfolgen. Hier stehen sich zwei Forderungen gegenüber, die nicht auf einen Nenner gebracht werden können.

Ich stelle mir deshalb die Frage, welche Aufgabe hat in dieser Situation die deutsche Sozialdemokratie? Wenn die SPD jetzt ihre Konzeption zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit nicht auch auf die völkerrechtliche Stellung eines wiedervereinigten Deutschlands ausdehnt, die vom deutschen Standpunkt aus vertretbar ist und die zumindest eine mögliche Verhandlungsgrundlage für den Westen und für den Osten darstellen kann, dann gibt es eben in diesem entscheidenden Anliegen überhaupt keine eigentliche deutsche Konzeption, deren Aufgabe darin gesehen werden muß, das Sicherheitsbedürfnis des Westens unter Einschluß Deutschlands und dasjenige des Ostens mit unserer Lebensfrage der Wiedervereinigung in Einklang zu bringen und beide Seiten von der Zweckmäßigkeit einer solchen Lösung zu überzeugen.

Ich war von der großen Rede Erich Ollenhauers sehr beeindruckt. Nur in einem Punkt glaube ich, ihm nicht folgen zu können, nämlich als er sagte: Wir wollen uns in dieser Frage der völkerrechtlichen Stellung einer gesamtdeutschen Regierung nicht festlegen, um diese gesamtdeutsche Regierung nicht zu präjudizieren. Ich kann in einer solchen von mir für

dringend erachteten Erweiterung unserer Wiedervereinigungs-Konzeption kein Präjudiz einer gesamtdeutschen Regierung und ihrer Außenpolitik erblicken, sondern sehe darin lediglich die unvermeidliche Konsequenz, welche sich für eine realistische gesamtdeutsche Politik aus den gegebenen Machtverhältnissen in der Welt ergibt. Ich glaube deshalb, daß der Westen bereit sein muß, wenn ein realistisches Gespräch über die deutsche Wiedervereinigung mit dem Osten zustande kommen soll, die Regelung des militärischen Status Gesamtdeutschlands mit Moskau zu erörtern und zu prüfen, wie dieser Status so geregelt werden kann, daß der Osten, der Westen und die Deutschen sich damit einverstanden erklären können.

Vorsitzender Steinhoff: Ich bitte, sich mit dem Referat des Genossen Eichler zu befassen und keine Nachlese zu machen.

Bärsch: Ich glaube also, sehr verehrte Genossen, daß wir in diesem Punkte konkreter werden müssen. Wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß der Westen Viererverhandlungen ausschließlich auf der Grundlage der Konzeption einer uneingeschränkten Einbeziehung Gesamtdeutschlands in das westliche Militärbündnis verfolgt, weil wir auf dieser Grundlage keine Erfolgchance solcher Viererverhandlungen sehen können. Es ist höchste Zeit, daß wir das offen aussprechen, denn morgen werden die Verträge ratifiziert sein, wenn eine Viermächtekonferenz nicht zustande kommt. Und wir sind uns einig, daß dann eine möglicherweise gegebene Chance der Wiederherstellung unserer nationalen Einheit in Freiheit unter Zustimmung aller vier Mächte für immer verschüttet sein wird. (Beifall.)

Brandt, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Verzeihen Sie, wenn ich Sie zunächst mit der Unterstreichung eines Punktes im Entwurf des Aktionsprogramms im Hinblick auf Berlin behellige. Die Partei und die deutsche Öffentlichkeit müssen sich mehr, als es heute der Fall ist, der Tatsache bewußt sein, daß die Position des freiheitlichen Berlins einer schleichenden, aber tödlichen Bedrohung ausgesetzt ist, wenn sich die Tendenz durchsetzen sollte, einen kalten Frieden auf der Grundlage der Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands zu schließen. In einer angesehenen englischen Zeitung tauchte gerade in diesen Tagen wieder die Idee auf, man werde die dazu entschlossenen Berliner gegebenenfalls evakuieren müssen. Aus diesem Grunde muß ein Punkt des Aktionsprogramms noch unterstrichen und konkreter und eindeutiger formuliert werden, nämlich die Notwendigkeit, daß wegen dieser Bedrohung eine zusätzliche wirtschaftliche und politische Verankerung Berlins mit dem Bund erfolgen muß. Das heißt, wir fordern von den Alliierten und von den widerstrebenden Kräften im bürgerlichen Lager, daß Berlin nicht irgendwann, sondern an den kommenden Wahlen zum Bundestag unbeschadet der rechtlichen Sonderstellung Berlins, die aus Gründen der Außenpolitik auf manchen Gebieten andauern mag, teilnehmen kann. (Beifall.)

Ich will nicht der Versuchung unterliegen, auf die Debatte von gestern zurückzugreifen, aber mit gütiger Erlaubnis des Vorsitzenden darf ich eine Bemerkung zu den Ausführungen des Lübecker Freundes machen. Das Argument der Nähe der Zonengrenze sollte bei uns ausscheiden. Das könnten diejenigen, die in Berlin hinter der Zonengrenze leben, mit ebensoviel Recht in Anspruch nehmen. Ebenso leidenschaftlich, wie wir für die Vierer-Regelung sind, so leidenschaftlich sind wir dagegen, daß unsere deutsche Politik auf ein totes Gleis geschoben wird und man uns gleichzeitig von der freien demokratischen Welt isoliert.

Die Auseinandersetzung um die Außenpolitik, wie sie im Aktionsprogramm dargelegt wird, und die Auseinandersetzung um die Wiedervereinigungspolitik bleiben einer der Hauptgegenstände unseres Kampfes. Für ein Wahlprogramm genügt es, das Für und Wider zu aktuellen politischen Themen abzuwägen und klar herauszustellen. Im Aktionsprogramm dürfen wir aber nicht versäumen, unsere grundsätzliche Haltung zum Verteidigungsproblem zu umreißen. Und darin bin ich mit dem Bremer Genossen, der heute vormittag sprach, einer Meinung. Wir sind uns darüber einig, daß heute für uns die politischen und sozialen Aspekte des Kalten Krieges im Vordergrund stehen. Aber wir werden — und wir können uns dabei übrigens auf die auf Marx und Engels zurückgehende Tradition des sozialistischen Denkens in der Wehrfrage stützen — nicht übersehen dürfen, daß es auch eine militärische Seite des Sicherheitsproblems gibt. Divisionen allein schaffen es nicht. Aber — das hat der Berliner Änderungsvorschlag anzudeuten versucht, wenngleich wir nicht an den Buchstaben kleben — wir leben in einer Welt, in der es noch schlechter aussähe, als es heute aussieht, wenn es nur Moskauer Divisionen gäbe. (Sehr gut! — Beifall.)

Unsere berechtigten Forderungen nach Gleichberechtigung verlieren ihren Sinn, wenn wir nicht unter den bekannten und klaren Voraussetzungen, die unsere Partei formuliert hat, auch unseren Teil zu einem System der möglichst kollektiven Sicherheit beizutragen bereit wären, wenn die Zeit dazu gekommen sein wird. (Beifall.)

Kaum bedarf es der Hinzufügung, daß es immer unser Bestreben bleiben wird, für den Abbau der Rüstungen und für einen echten Frieden zu werben. Die Aufgabe, ein relativ umfassendes Aktionsprogramm zu schaffen, das hoffentlich in der Redaktionskommission, der ich selbst angehöre, noch straffer formuliert werden kann, ist darum so schwierig, weil wir umfassend Stellung nehmen und im Gegensatz zu einem der Genossen, der hier gesprochen hat, leider nicht sagen können, die und jene Dinge können ausgenommen werden, da sich alle demokratischen Kräfte in diesem Lande darin einig sind. Wir können uns eben in diesem Lande zunächst nur auf uns selbst verlassen. Wir sollten aber dabei nicht die Gefahr übersehen, die aus einer zunehmenden Polarisierung unserer deutschen Gesellschaft und aus einer Verkrampfung der gesellschaftlichen Formationen entstehen kann. Im Interesse der Demokratie werden wir bei der Anwendung und Erarbeitung unseres Aktionsprogrammes neben der Erweiterung unserer eigenen Basis und durch die Art der Vertretung unseres Anliegens auch darauf hinwirken müssen, daß uns aus der Gesellschaft demokratische Bündnispartner zuwachsen. Aus diesem Grunde scheint mir so wichtig, was heute morgen vorgebracht wurde und im Aktionsprogramm noch zum Ausdruck kommen muß hinsichtlich des vorbehaltlosen Bekenntnisses der deutschen Sozialdemokraten zur Einordnung der jungen Generation so, wie sie geworden und in die demokratische Ordnung gewachsen ist, um zur vollverantwortlichen Mitgestaltung durch diese junge Generation in unserem Staat zu kommen.

Wegen dieser jüngeren Generation und mit dem Blick auf jene Schichten, deren Sachwalter zu sein wir uns berufen fühlen und deren politischer Kristallisationspunkt wir werden möchten, scheint es mir in dieser Debatte noch auf folgendes anzukommen:

Dieses Aktionsprogramm wird in seiner überarbeiteten Form eine Arbeitsanleitung für die Partei sein können, und es wird nicht nur darauf ankommen, wie der Genosse Hennig meint, es für die einzelnen Schichten aufzugliedern; es wird ebenso darauf ankommen, daß wir die einzelnen Teile und das Ganze nicht auf parteichinesisch verbreiten, sondern daß wir bemüht sind — und damit knüpfte ich an meine gestrige Diskussions-

rede an — unser Anliegen in einer frischen und zeitgemäßen Sprache, mit lebendigen und, wo notwendig, mit überprüften Formen der Organisation und Werbung in das Volk hineinzutragen. Den eigentlichen politischen Sinn der vor uns liegenden Aktion, wie sie durch das Programm angedeutet werden soll, möchte ich eben gerade darin sehen, daß wir eine große und starke und ehrenhafte Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung zusammenfließen lassen mit einem zeitnahen System praktischer Vereinigung von Freiheit und Planung, von Wohlstand und Sicherheit. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Dann hat das Wort der Genosse Herbert Coesfeld, Dortmund. Ihm folgt der Genosse Schütz, Berlin.

Coesfeld, Dortmund:

Genossinnen und Genossen!

Ich glaube, wir alle haben auf dieses Programm gewartet. Jahrelang schon warten wir darauf, daß wir endlich eine Art Linie für unsere derzeitige Politik erhalten. Unser Genosse Eichler sagte zu Beginn seiner Ausführungen, die Einreichung der Anträge wäre eine Probe auf die Lebendigkeit der Partei. Er wies auch darauf hin, daß die Zeit für die Diskussion nicht übertrieben lang sei. Und das ist auch das, was ich gleich vorweg kritisieren möchte. Es war mir als Delegierter nicht möglich, den Ortsgruppen gegenüber zum Aktionsprogramm Stellung zu nehmen, da ich es einfach nicht kannte. Das erste, was ich davon sah, war ein kurzer Abschnitt in der Zeitung. (Große Unruhe. Zuruf: Wo wohnt ihr denn?) — Wir wohnen im Bezirk Westliches Westfalen. (Erneute große Unruhe und Zurufe!) Trotz allem, Genossinnen und Genossen, lassen Sie mich weitersprechen! —

Genosse Preller sagte weiterhin, wir wollten jetzt erstmals die Forderungen der Ärzte verwirklichen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Ärzte schon lange dabei sind, um das zu kämpfen, was wir erst jetzt in unser Programm aufnehmen. Es gibt wohl innerhalb unserer Gesellschaft wenige Menschengruppen, die mit allen einen so starken Kontakt haben, wie der Arzt. Ich halte es für notwendig, in unserem Programm darauf hinzuweisen, daß wir die Forderungen der Ärzte verwirklichen wollen. Es gibt keine Personengruppe, die mit allen Menschen so in Kontakt kommt und die Menschen so gut und eindringlich beeinflussen kann, wie der Arzt. (Andauernde große Unruhe.)

Vorsitzender Steinhoff, den Redner unterbrechend: Ich bitte um Aufmerksamkeit, Gespräche werden am besten draußen geführt.

Coesfeld (fortfahrend):

Es ist nicht nur notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir die Forderungen der Ärzte verwirklichen wollen, sondern wir müssen den Ärzten auch etwas bieten. Wir müssen wissen, daß heute Tausende von Jungärzten in unmöglichen Positionen und unter unmöglichen Lebensumständen dahinvegetieren müssen. Deshalb wäre es wohl notwendig, in unserem Programm bei der Reform der Sozialversicherung zu erwähnen, daß wir auch den Ärzten die Vorteile der Sozialversicherung gewähren wollen.

Zum Abschnitt Wirtschaftspolitik scheint es mir notwendig, darauf hinzuweisen, daß nicht nur Kohle, Stahl und Energie, sondern auch die Chemie zu den Grundstoffindustrien gehört, die wir sozialisieren müßten.

Außerdem wäre eine klarere Sprache im Programm notwendig.

Zum Schluß möchte ich hervorheben, daß das Programm so unendlich wichtig ist. Es liegt mir so sehr am Herzen, daß ich die Redaktions-

kommission bitten möchte, dieses Programm so zu behandeln, wie es seiner Wichtigkeit zukommt. Es kann gar nicht scharf und gut genug ausgearbeitet werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, bitte ich, entweder an den Verhandlungen gesammelt teilzunehmen, oder, wenn andere wichtige Privatgespräche geführt werden müssen, hinauszugehen und sie draußen zu erledigen.

Das Wort hat jetzt Genosse Schütz, Berlin; ihm folgt Lang, Dachau.

Schütz, Berlin:

Genossinnen und Genossen!

In seinem gestrigen großen Referat hat Genosse Ollenhauer mit Ernst und Realismus über die Jugend gesprochen. Ich glaube, daß es die Partei verstehen muß, daß man zu der Jugend und vielleicht auch zu anderen Teilen der Bevölkerung mehr mit Ernst und echter realistischer Überzeugung sprechen muß, um sie zu einer Unterstützung der Ziele der Partei zu bewegen. Aus diesem Grunde möchte ich mich hier ausdrücklich gegen die Forderungen nach einem Grundsatzprogramm, die hier vom Genossen Eichler und vielleicht noch stärker vom Genossen Kühn aufgestellt wurden, aussprechen. Es ist vielleicht nicht populär, das auszusprechen, da wir es so aus der Tradition unserer Bewegung gewöhnt sind, sich an einem Grundsatzprogramm zu orientieren. Aber wir sollten bedenken, daß wir mit schönen Worten, und seien sie uns selber auch noch so heilig, bei der jungen Generation und, wie ich glaube, auch bei anderen Teilen der Bevölkerung überhaupt nichts erreichen werden. Wir müssen diesen jungen Menschen, die heute vor den Unzulänglichkeiten unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu verzweifeln drohen, und die tagtäglich mit ihren eigenen Sorgen zu ringen haben, etwas darüber sagen, wie wir ihre Sorgen zu beseitigen gedenken.

Und wenn ich das jetzt im Zusammenhang mit der Debatte über das Aktionsprogramm sage, so deshalb, weil in diesem Aktionsprogramm eigentlich noch immer zu viel versucht wurde, einen Grundsatzprogrammersatz zu schaffen. Ich bin froh, daß viele der Mängel, die im Programm liegen, hier ernsthaft diskutiert wurden. Genosse Eichler ist aus begreiflichen Gründen mehr oder weniger über diese Mängel hinweggegangen. Was mich an diesem Aktionsprogramm stört, ist die Tatsache, daß es eine Rezitation von Forderungen bringt, ohne daß konkret zum Ausdruck kommt, wie diese Forderungen nun auch verwirklicht werden können. Es erinnert mich etwas an den Wunschzettel, den ich als kleiner Junge schreiben durfte, auf dem ich alle meine Wünsche schrieb — angefangen bei der Eisenbahn bis zum billigen Kinderbuch —, und meine Mutter mußte mir dann sagen, daß nur soundso viel Geld zur Verfügung stand, und nur für soundso viel Geld ein Geschenk gekauft werden konnte.

Genossinnen und Genossen, das ist das konkrete Problem, vor dem wir bei unserer Debatte stehen. Wir stellen wunderschöne Forderungen auf, aber wir sind noch nicht in der Lage — das Aktionsprogramm hat es mir jedenfalls nicht bewiesen —, jede einzelne dieser Forderungen auch wirklich zu realisieren. Das sieht man an den Abschnitten über die Wirtschaft, die jedem etwas geben; das sieht man an den Abschnitten über die Steuern, die einfach Überwältigendes bieten; das sieht man aber auch an den fast unheimlichen sozialpolitischen Verpflichtungen, die wir mit diesem Sozialprogramm übernehmen. Das sind viele Forderungen, von denen ich nicht den Eindruck habe, daß wir sie in vollem Maße realisieren können. Ich

sage dies deshalb, weil ich überzeugt bin, wir sollten Forderungen aufstellen, die sich in der kommenden Periode wirklich realisieren lassen. Nur so werden wir mit der Wählermasse, die uns zuströmen soll, auch etwas durchsetzen können. Meine Überzeugung ist, daß man den Menschen unserer Zeit zwei Sachen sagen muß. Man muß ihnen sagen, welche der Forderungen aus der Unmasse der Forderungen, die der Mensch in seiner Bedrückung heute hat, für uns als vordringlich gelten sollen. Und man muß ihnen ferner sagen und auch verstandesmäßig begreiflich machen, wie man diese Forderungen durchsetzen will. Wenn wir in der Lage sind, dies der Wählerschaft unmißverständlich klar zu machen, dann kommen wir auch über die berühmte 34-Prozent-Hürde hinweg, und dann wird es uns auch eher gelingen, mehr zu erreichen bei jungen Menschen, die ja realistischer und lange nicht so begeisterungshungrig sind, wie es sich die ältere Generation immer vorstellt.

Ich möchte das an einem Beispiel erklären. Das Jugendprogramm des ursprünglichen Aktionsentwurfs ist groß und vielumfassend und enthält meiner Ansicht nach nicht immer zu verwirklichende Forderungen. Ich entsinne mich, daß der Zentralausschuß der deutschen Jungsozialisten Forderungen eingereicht hat, die, wie ich gehört habe, auch in dem neuen Entwurf verarbeitet werden. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß dieser Vorschlag im wesentlichen schon im Berliner Vorschlag, der hoffentlich euch allen ausgeteilt worden ist, enthalten ist. Die Jungsozialisten haben hier in einer Frage, die sie besonders betrifft, einige wenige Schwerpunkte zur Beseitigung der Jugendnot aufgezeigt, die für die kommende Aktion der Sozialdemokratischen Partei von Wert und von Notwendigkeit sein werden. Wir werden wohl nicht darum herum kommen, auf diesem Parteitag ein Aktionsprogramm — so unvollständig und unbefriedigend es auch sein mag — zu verabschieden. Aber es ist meiner Ansicht nach notwendig, daß wir dann damit einen Appell an den Parteivorstand richten, zu Beginn des Wahlkampfes uns die echten Verwirklichungsvorschläge dieses Programms für unsere Agitation zu geben, und daß wir zweitens einen Appell an unsere Funktionäre richten, sich bei der Interpretation dieses Programms, nicht zu sehr an die schönen allgemeinen Formulierungen zu halten, sondern klar aufzeigen, wie diese allgemeinen und richtigen Forderungen durchgesetzt werden können.

Nur so wird es uns möglich sein, wesentliche Kreise der noch abseits des politischen Lebens stehenden jungen Menschen anzusprechen und sie auch zur politischen Verantwortung heranzuziehen. Nur so wird es uns aber auch möglich sein, jene Bevölkerungsteile zu erfassen, die bisher aus einer gewissen Scheu vor programmatischen Erklärungen, hinter denen doch nur der mehr oder weniger gute Wille, aber nicht die echte Gestaltungskraft steht, uns heute noch nicht wählen. Es ist notwendig, daß wir ein Programm haben, das verstandesmäßig erfaßt werden kann. Um aber eine Synthese mit jenem Genossen zu finden, der sich in der Debatte dagegen wandte, den Verstand zu stark in den Vordergrund zu stellen, möchte ich sagen: Es ist notwendig, daß die Wähler, die selbst nicht bereit sein mögen, dieses Programm zu lesen, das echte und ehrliche Gefühl haben müssen, daß hier eine Partei vor sie tritt, die bereit und in der Lage ist, die Forderungen, die sie aufstellt, auch tatsächlich zu verwirklichen. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Lang, Dachau.

Lang, Dachau:

Genossinnen und Genossen! Bei meinen Worten werden Sie sich vielleicht an die Ausführungen des Genossen Schiller aus Hamburg erinnert

fühlen, aber ich will auf mein Wort deshalb nicht verzichten, weil ich aufzeigen will, welche Punkte aus dem Rahmen des Aktionsprogramms auch von unseren Arbeitern in den Fabriken und von den breiten Massen unserer Wähler auf dem Lande und in den Dörfern draußen besprochen werden.

Wenn wir unter Hinweis auf die Ausführungen des Genossen Löbe am heutigen Vormittag der Ansicht sind — und das sind wir wohl alle —, daß dem Aktionsprogramm der SPD ein um so größerer Erfolg beschieden sein wird, je klarer und verständlicher die einzelnen Punkte des Programms dem Volke bekanntgemacht werden, wobei nach den Worten des Genossen Löbe einzelne Gesichtspunkte besonders herausgestellt werden sollen, und je größer der Kreis ist, der mit diesem Aktionsprogramm angesprochen werden soll, dann glaube ich, müssen wir, soweit es noch möglich ist, alles tun, diesem Umstand Rechnung zu tragen. Die Möglichkeit, hier einen Beitrag zur Verbreiterung des Interesses an dem Aktionsprogramm zu leisten, finde ich durch eine vorzunehmende Ergänzung im Aktionsprogramm unter „Planung und Freiheit in der Wirtschaft“, Abschnitt „Produktionssteigerung“. Dort heißt es u. a.:

Dazu ist eine Lenkung des Anlagekapitals in die volkswirtschaftlich vordringlichen Wirtschaftszweige, insbesondere auch den Wohnungsbau, notwendig. Eine steuerliche Begünstigung des Sparens wird die volkswirtschaftlich notwendige Bildung von Anlagekapital fördern.

Wenn wir durch diesen letzten Satz zum Ausdruck bringen wollen, daß wir Wert darauf legen, zur Finanzierung der Aufgaben in der Wirtschaft Sparkapital zu erhalten, und zwar in ausreichendem Maße, dann bin ich der Auffassung, daß man hier im Aktionsprogramm als Ergänzung hinzufügen sollte, daß die SPD auch auf die Erhaltung der Wertbeständigkeit dieser Einlagen bzw. dieses Sparkapitals den größten Wert legt. Das wird in diesem Zusammenhange aus Gründen der Ehrlichkeit gegenüber der Sparerenschaft erforderlich sein. Gerade jetzt ist es aktuell, wo man den Sparsinn durch Prämiensparen, steuerbegünstigtes Sparen usw. heben will, und wo man, wenn ich richtig informiert bin, im Bundestag über die Aufwertung der Altspargelder verhandelt. Der Wille zum Sparen war aus den uns allen bekannten Gründen ganz verloren gegangen. Schon zweimal wurde der Sparer anläßlich der Regulierung der Währung um die Ersparnisse, wobei ich echte Ersparnisse meine, und in seinem Glauben an die Wertbeständigkeit seines Spargeldes betrogen. Zweimal schon hat es sich anläßlich der Währungsregulierung gezeigt, daß von den Substanzwerten, die aus den im Laufe der Jahre der Volkswirtschaft als Anlagekapital in Millionenbeträgen zur Verfügung gestellten Spargeldern entstanden sind, soviel wie nichts für den Sparer vorhanden war. Zweimal hat es sich gezeigt, daß für das Spar- und Anlagekapital keine Deckung zur Verfügung stand, aus der man die Sparer hätte entsprechend befriedigen können. Die breite Masse der kleinen Sparer, der kleine Mann, von dem im allgemeinen wenig gesprochen wird, der sich für seine alten Tage einiges als Zusatz für seine meist nicht ausreichende Rente zurückgelegt hatte, ist dabei am härtesten getroffen worden. Ich möchte daher sagen, daß ein Zusatz bezüglich des Eintretens für die Erhaltung der Wertbeständigkeit dieser Sparbeträge noch in das Aktionsprogramm aufzunehmen wäre.

Auch im Hinblick auf die von der SPD bei Vorhandensein der notwendigen Macht beabsichtigten Maßnahmen zur Schaffung einer sozial gerechten Gesellschaftsordnung kann man wohl sagen, daß ihre Durchführung nur möglich ist bei Erhaltung der Kaufkraft und Stabilität der Währung und bei einer Wertbeständigkeit des Anlagekapitals, weil sonst eine Ver-

wirung in der ganzen Wirtschaft eintreten würde. Maßnahmen mit inflationistischen Auswirkungen sind abzulehnen, sie sind antisozial und verwerflich, weil sie nicht nur zu Lasten des Sparers gehen, sondern sich immer zum Nachteil der breiten Massen des schaffenden Volkes, vor allen Dingen zum Nachteil der gesamten Arbeiterschaft auswirken. Ich bitte die Programm-Kommission, dies soweit wie möglich zu berücksichtigen. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Hannsheinz Bauer, Würzburg.

Bauer, Würzburg:

Genossinnen und Genossen! Jeder, der im politischen Leben steht, kann sich allmählich nicht der Feststellung versagen, daß nur ein relativ kleiner Teil der Wählerschaft in unseren Versammlungen und durch unsere Druckschriften tatsächlich erfaßbar ist, also ein Personenkreis, der ohnehin schon weitgehend zu uns gehört. Wenn wir uns allein auf dieses Wählerkontingent verlassen wollten, wären unsere Ausdehnungsmöglichkeiten für die Zukunft nicht allzu groß. Wir sollten uns einmal der alten Erfahrungstatsache erinnern, daß der Mensch von der Erziehung mindestens genau so geformt wird wie von der Umgebung. Ich möchte deshalb das Stichwort Erziehung euch einmal vor Augen halten.

Ich bin der Auffassung, daß jeder uns freundlich gesinnte Lehrer ein Kapital für uns ist, das für die fernere Zukunft reichliche Zinsen tragen kann. Da wir heute schon eine ansehnliche Zahl von Lehrern und Erziehern in unserem Kreise haben, sollten wir ihnen die Möglichkeit geben, in unserem Sinne zu wirken. Wir wissen alle, daß selbständiges politisches Denken schon ein Stück Weg zur Sozialdemokratie bedeutet. Aus diesem Grunde habe ich mich über den Antrag 181 vom Kreisverein Eckernförde gefreut:

Der Parteivorstand wolle prüfen, ob die Aufnahme von Grundunterricht in Staatsbürgerkunde in allen öffentlichen Schulen als Forderung aufgestellt werden soll.

Ich gehe noch weiter, ich sage, nicht nur prüfen, sondern als Forderung in das Aktionsprogramm aufnehmen!

Eine weitere Feststellung kann ich mir nicht versagen. Mich hat es merkwürdig berührt, daß im Aktionsprogramm der Begriff Gemeinschaftsschule nicht zu finden ist. Man kann davon ausgehen: aus taktischen Gründen nicht so viel davon sprechen, aber stets daran denken! Aber ich glaube, wir sollten aus traditionellen Gründen an diesem Begriff im Aktionsprogramm festhalten. Unsere Gegner werden dann das Kind beim Namen nennen.

Schließlich möchte ich auf den Antrag 175 des Bezirksausschusses Franken hinweisen, besonders auf den Satz:

Die Schulreform muß den pädagogischen Erkenntnissen der modernen Wissenschaft und den demokratischen und sozialen Forderungen des freien Volksstaates gerecht werden und der Erziehung der Jugendlichen zum freien Staatsbürger dienen.

Diesen Satz bitte ich möglichst im Wortlaut zu verankern. Er liegt im Sinne der Heranbildung frei denkender Staatsbürger und damit auf dem Wege zur Sozialdemokratie.

Wenn wir bei der Lehrerbildung die Worte „an Hochschulen“ zu ersetzen bitten durch „an Universitäten“, so bitte ich das zu verstehen aus dem schwierigen Kampf, den wir zur Zeit in Bayern zu bestehen haben. Wir möchten jeder Argumentation, ganz gleich, von welcher Seite sie kommt, die Grundlage nehmen, daß die Lehrerbildung in philosophisch-theologische

Hochschulen verlagert werden könnte, über deren Eingangstüren sinnbildlich das Wort Dogma steht.

Abschließend möchte ich an alle Genossinnen und Genossen, die in den Kultusministerien und Kulturreferaten, sei es in den städtischen, Aufgaben zu erfüllen haben, den dringenden Appell richten, sich bei der Neueinstellung und bei Beförderungen die Zeit zu nehmen, mit den Kandidaten etwas nähere Tuchfühlung zu bekommen. Bei solchen persönlichen Unterhaltungen gewinnt man manchmal ein sehr wesentliches Bild und kann vielleicht Unheil verhüten und Personen, die einer Förderung wert sind, entsprechend fördern. Seien wir uns darüber klar, daß Erziehung und Erzieher ein Schlüssel für uns für die weitere Zukunft sind. Sorgen wir dafür, daß dieser Schlüssel mehr als bisher in unsere Hand kommt und ein brauchbares Instrument für uns wird. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Genosse Hesselbach, Frankfurt am Main.

Hesselbach, Frankfurt am Main:

Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst mit aller Deutlichkeit unterstreichen, was Gen. Schiller in brillanter Eloquenz gesagt hat, daß es sich bei unserem Programm um das Programm des freiheitlichen Sozialismus handelt. Es scheint notwendig, das heute mehr denn je zu unterstreichen, weil unsere politischen Gegner Sozialismus, Zwangswirtschaft und Kommando-Wirtschaft immer wieder gleichsetzen.

Ich möchte zugleich unterstreichen, daß auch der Wettbewerb unter den einzelnen Wirtschaftsgruppen in unserem Aktionsprogramm betont wird. Auch die Beständigkeit des Geldes muß unterstrichen werden, das ist hier schon verschiedentlich gesagt worden, wenn ich auch zum Ausdruck bringen möchte, daß nicht eine panische Angst vor jeder Geldschöpfung bei uns Platz greifen sollte. Vermißt habe ich einen Satz im Aktionsprogramm, daß wir einen funktionsfähigen Kapitalmarkt schaffen müssen.

In unserem Programm, das tatsächlich ein Aktionsprogramm ist und kein Wunschprogramm, in dem gesagt wird, was wir tun werden, wenn wir die Möglichkeit dazu haben, wenn wir an der Regierung sind, muß bei jedem einzelnen Punkt klar überlegt sein, ob er durchführbar ist. Das scheint mir weit über die Möglichkeit des Parteitages hinauszugehen, die vorgesehenen konkreten Feststellungen über das Steuerprogramm zu beschließen. Wenn die großen Aufgaben bewältigt werden sollen, die wir uns vorgenommen haben, müssen dazu langfristige Mittel zur Verfügung stehen. Es gibt nur die Möglichkeit des Konsumverzichts vorher, das heißt Sparen oder Steuern, oder die Möglichkeit des Konsumverzichts nachher, und das bedeutet die gefürchtete Inflation. Sonst stehen wir vor der Wirklichkeit, wesentliche Teile des Programms nicht erfüllen zu können. Die Tendenz unserer Steuerpolitik ist klar und soll ausgesprochen werden: einen Weg schaffen für direkte Steuern und Abbau der indirekten Steuern. Aber ich glaube, es führt zu einer Katastrophe, wenn wir Steuereinnahmen streichen wollen, die heute einen wesentlichen Teil der Gesamteinnahmen ausmachen. Ein Blick genügt, um zu sehen, wie hoch die Einnahmen aus der Einkommen- und Umsatzsteuer sind.

Genau so gefährlich ist es, jetzt schon zu sagen, das Einkommen bis 12 000 DM wird proportional besteuert und darüber hinaus progressiv. Das muß erst noch gründlich besprochen werden, und es muß gerechnet und berechnet werden, wie weit wir gehen können. Das möchte ich dem Parteitag mit allem Nachdruck sagen.

Was wir erstreben, das ist zunächst eine Reform des Steuersystems, daß es gerechter ist. Wir wollen nicht unbedingt eine Reduktion der Steuereinnahmen.

Es scheint mir auch sehr gewagt, wenn man von der Milliarde spricht, die gespart werden kann. Das mag stimmen. Aber auf der anderen Seite ist es eine Fiktion, davon auszugehen, daß dann 10 000 Finanzbeamte für ihre eigentliche Aufgabe frei werden, die in der Betriebsprüfung und Steuerfahndung liegen soll. Ich glaube nicht, daß jeder Finanzangestellte, der frei wird, sofort oder in absehbarer Zeit als Betriebsprüfer oder Steuerfahnder geeignet ist. Ich meine, auf diesem steuerlichen Gebiet sollten wir uns auf die Tendenz beschränken und zeigen, welchen Weg wir gehen wollen. Ich bitte, auch diesen schwierigen Dingen des Steuersystems eine ausreichende Beachtung zu schenken und bei der Beschlußfassung das zu beherzigen, was ich sagen zu müssen glaubte. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Die Rednerliste ist erschöpft. Dann darf ich zu dem Tagesordnungspunkt Aktionsprogramm Schluß der Debatte feststellen. Entsprechend unserer Abrede am ersten Verhandlungstag wird die Materie einschließlich der Anträge einer dafür gebildeten Kommission überwiesen. Diese Kommission soll sich im Anschluß an unsere Nachmittags-sitzung im „Heidekrug“ versammeln, um die Arbeit aufzunehmen.

Das Ergebnis der Arbeiten der Kommission einschließlich der noch vorliegenden Anträge werden wir uns am Sonntagmorgen vortragen lassen. Dann wird Beschluß gefaßt werden.

Wir haben in dem Ablauf unserer Verhandlungen nicht nur das angestrebte Soll erfüllt, sondern ein Übersoll erfüllt. (Zuruf: Hennecke! — Heiterkeit.) — Gewiß, Hennecke! Ich glaube sagen zu dürfen, daß auch die Debatte über diese spröde Materie nicht nur sachlich gut verlaufen ist, sondern manche neue Anregung gebracht hat. Ich möchte allen Beteiligten wieder Dank sagen für das disziplinierte Verhalten der Redner. Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Ich bin stolz darauf, daß es auch heute nicht nötig war, die Schelle zu gebrauchen.

Ich wünsche Ihnen einen guten Kunstgenuß und den anderen einen angenehmen Verlauf des Tages.

Morgen früh Punkt neun Uhr fangen wir wieder an. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 16.45 Uhr.)

FÜNFTER VERHANDLUNGSTAG

Sonntag, den 28. September 1952

VORMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Henßler:

Die Verhandlungen des Parteitages sind eröffnet.

Ich habe noch eine Bitte vorzutragen, Diejenigen Delegierten, die für heute abend Theaterkarten haben, aber bereits heute abreisen, werden gebeten, die Theaterkarten wieder abzugeben.

Weiter wird gewünscht, daß die Debattenredner von gestern und auch die heutigen, falls sich welche zur Diskussion melden, vor der Abreise nach Abschluß des Parteitages möglichst ihre Rede durchsehen, damit das Protokoll ohne Verzögerung fertiggestellt werden kann.

Das Ergebnis der Auszählung für die Wahl der Kontrollkommission liegt noch nicht vor.

Ich gebe nunmehr dem Genossen Eichler das Wort zum Bericht der Redaktionskommission für das Aktionsprogramm.

Eichler:

Genossinnen und Genossen! Wir hatten uns, als wir das erstmal auf diesem Parteitag über das Aktionsprogramm sprachen, darüber verständigt, daß sowohl die in den Parteitagmaterialien gedruckt vorliegenden Anträge als auch die Anträge, die direkt gestellt wurden, sowie freundliche und wohlwollende Anregungen, die uns brieflich oder mündlich übermittelt worden waren, bearbeitet werden sollten. Am Sonntagmorgen, also jetzt, sollten wir uns darüber unterhalten, was aus der Arbeit der Kommission, die der Parteitag für diese Arbeit gewählt hat, geworden ist.

Wir haben diese Kommission unmittelbar konstituiert. Sie hat sich, wie das bei solchen Arbeiten selbstverständlich ist, in einzelne Gruppen aufgeteilt, die sich im wesentlichen an die Einteilungen des Programms hielten, das heißt, für jeden der Hauptabschnitte des Programms wurde eine kleinere Gruppe von Genossen gebildet, die den Abschnitt zu bearbeiten hatte.

Das Ergebnis dieser Arbeit liegt nun diesem hohen Auditorium zur Prüfung vor. Wir sind zwar pünktlich damit fertig geworden, aber wenn wir sehr viel später fertig geworden wären, wären wir unpünktlich gewesen, denn die Arbeit ist heute morgen um 8.45 Uhr hier abgeliefert worden. Gerade so rechtzeitig — das war ja der Sinn gewesen —, daß jeder, bevor die Verhandlungen beginnen, sich mehr oder weniger damit beschäftigen kann. Bei dieser Gelegenheit möchte ich — es wird sonst vielleicht vergessen — den Druckern und Setzern unserer Parteidruckerei in Dortmund danken (Lebhafter Beifall!), die wirklich keine Mühe gescheut haben, um uns, soweit es an ihnen lag, bei dieser Arbeit zu unterstützen. Man konnte merken, daß sie selber nicht nur daran interessiert waren, es zu setzen und zu drucken, sondern sie hatten vorher auch das Programm gelesen und waren höchst interessiert zu erfahren, was daraus geworden war.

Ich will noch kurz erwähnen: Die Kommission bzw. die einzelnen Gruppen haben sich die Arbeit nicht sehr leicht gemacht. Wir haben versucht, in der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung stand und wobei wir zum Teil leider die Anwesenheit auf dem Parteitag schwänzen mußten, um an dem Programm zu arbeiten, etwas zustande zu bringen, von dem man nun sagen kann — wie ich glaube —: Das Programm ist doch erheblich verbessert. Die

ganze Darstellung ist zum großen Teil gestrafft worden. Die Wünsche auf Kürzungen halten sich mit den Wünschen von Einfügungen die Waage. Es stellte zwar niemand den Antrag, das Programm zu verlängern. Etwa zwölf Zeilen ist es kürzer als vorher. (Heiterkeit!) Das heißt, es ist der Länge nach das gleiche geblieben. Für das Lesen haben wir also keine Zeit gespart.

Ich habe leider keine Zeit mehr gehabt, eine einwandfreie Statistik darüber aufzustellen, welche Anträge, so wie sie waren, angenommen worden sind, und welche Anregungen halb oder ganz Aufnahme fanden sowie mit welchen wir unserer Meinung nach im Rahmen dieses Programms nicht viel anfangen konnten. Es ist wohl richtig, daß diese letzte Gruppe die weitaus kleinere ist. Ein sehr erheblicher Teil der Anträge ist einfach so, wie sie gestellt worden waren, dadurch verarbeitet worden, daß wir, wenn es Streichungsanträge waren, die Streichungen gleich vornahmen. Ein anderer Teil der Anträge ist als Anregung verwertet worden. Zum Teil sind Anträge dadurch erledigt worden, daß wir den Streit aus der Welt schafften, indem wir weder das gesagt haben, was wir ursprünglich selbst dachten, noch das, was die Antragsteller dazu vorschlugen. Das betrifft besonders den beliebten Gesprächsgegenstand über die Prinzipien, welches Wahlrecht in Deutschland anzuwenden ist. Über diesen Gegenstand befindet sich in diesem Programm nichts mehr. Wir haben alles, was darüber angedeutet war, gestrichen und hoffen, daß der Parteitag damit einverstanden ist.

Eine andere Schwierigkeit haben wir durch eine besondere Maßnahme aus der Welt geräumt, weil wir einen anderen Weg zur Lösung nicht finden konnten. Es handelt sich um — wenn ich mich recht erinnere — elf oder zwölf Anträge, die darauf hinausliefen, die Präambel in irgendeiner Weise durch Streichung, Hinzufügung usw. zu ändern. Wir haben geglaubt, daß wir das nicht tun sollten. Um dieses Problem nun für jeden Delegierten außerhalb jeder Diskussion zu stellen, haben wir uns entschlossen, die von Kurt Schumacher geschriebene Präambel dem Parteiprogramm als Vorwort voranzustellen und dieses Vorwort mit seinem Namen zu unterzeichnen. (Beifall.) Daß man dann an der Präambel nichts ändern kann, ist klar. Aus Ihrem Beifall kann ich schließen, daß der Parteitag derselben Meinung ist wie die Kommission.

Dann haben wir, nachdem wir nicht nach dem Vorwort direkt mit beiden Füßen in das erste Kapitel hineinspringen wollten, eine kleine Einleitung geschrieben. Sie ist drei bis vier Sätze lang. Sie belastet den Platz bestimmt nicht. Die Einleitung hat Genosse Carlo Schmid noch in den letzten Tagen geschrieben. Nach einiger Beratung haben wir uns alle entschlossen, diese Einleitung als eine Art Präambel und als Übergang zur eigentlichen Sache vorzuschlagen.

Der Abschnitt Außenpolitik ist im wesentlichen nicht geändert worden, um einige Sachen ist er gekürzt worden. Der erste Entwurf ist schon durch die vergangenen Monate in einigen Punkten überholt worden. Ich möchte aber auf einen Punkt aufmerksam machen, den wir bisher nicht erörtert hatten, jedenfalls nicht schriftlich. In dem Kapitel über Außenpolitik heißt es auf Seite 3:

Die SPD strebt ein wirksames System kollektiver Sicherheit an, an dem Deutschland gleichberechtigt und ohne Gefährdung seiner Wiedervereinigung beteiligt ist.

Wir glaubten, daß damit manchen Wünschen Rechnung getragen wird, ohne daß wir uns auf der anderen Seite etwas in der klaren und durchsichtigen Haltung in dieser Frage vergeben. Ich erwähne den Satz, weil er eine gewisse Hinzufügung zu dem ist, was wir bisher in der Außenpolitik stehen hatten.

Hierbei möchte ich einfügen, daß wohl inzwischen jeder Teilnehmer des Parteitagcs herausgefunden hat, daß im gedruckten Entwurf, der Ihnen jetzt vorliegt, die linke Spalte das alte Programm und die rechte das neue enthält. Man kann also dadurch vergleichen. Dieses Verfahren war nicht ganz einfach, weil sich die Anordnung, das heißt die inhaltsmäßige und gruppenmäßige Anordnung, etwas geändert hat.

Jeder Leser wird wahrscheinlich die Gründe dafür leicht erraten. Zum Teil sind auch einige Anträge in dieser Richtung gestellt worden. Sie können damit als erledigt gelten.

Zum Abschnitt Innenpolitik habe ich bereits gesagt, daß wir die Ausführungen über das Wahlrecht gestrichen haben. Davon ist also überhaupt nicht mehr die Rede. Ferner ist nicht mehr die Rede von der Aufteilung in Länder und was dazu für Bedingungen zu erfüllen seien. Wir glaubten, daß uns dieser Punkt — insbesondere, wenn man einige Länder, um die es sich handelt, ins Auge faßt — auf dem Parteitag nicht weiterbringt. In den Abschnitt Innenpolitik haben wir ferner aufgenommen — es stand bisher dort und war auf eine bestimmte Anregung hin geändert worden — die Gleichberechtigung auch in der Wirtschaft, d. h. also, das Kapitel über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in den Betrieben und außerhalb der Betriebe in der Wirtschaft. Obwohl man darüber streiten kann, ob dieser Punkt in dem Abschnitt Wirtschaft zu behandeln sei, glaubten wir, dieses Kapitel im Abschnitt Innenpolitik bringen zu müssen, da diese Forderung für die Stärkung der Demokratie bedeutsam ist.

Eine Reihe von Anträgen, die das Verhältnis der Gemeinden zum Land und zum Bund behandeln, sind dadurch behoben worden — wie überhaupt viele strittige Anträge —, daß die Antragsteller oder die Vertreter von Bezirken, die den Antrag gestellt haben, in der Kommission gewesen sind. Man konnte sich mit ihnen verständigen, was nun das Richtige sei. Wie immer in solchen Fällen, so hat sich auch hier gezeigt, wenn zwei verschiedene Meinungen sind, ist es besser, sich mündlich zu unterhalten. Die Freundschaft wächst zwar, wie man sagt, im Quadrat der Entfernung, aber durch Briefwechsel wird sie nicht gestärkt. Es war besser, hier mündlich zu arbeiten. Wir alle haben den Eindruck, daß in den drei Tagen mehr geschafft worden ist, als in drei Wochen schriftlicher Verständigungsversuche.

Aus der Diskussion vom Freitag wissen wir, daß eine Sache besonders brennend war, nämlich die Antwort auf die alte Karnevalsfrage „Wer soll das bezahlen?“ (Heiterkeit.) In der Tat müssen wir alle zugeben, daß das eine bedeutsame Frage ist. Was wir nicht wollen mit dem Programm, ist: einen Katalog von frommen Wünschen oder Versprechungen zu bringen, von denen man, wenn es darauf ankommt, sagen muß, wir können es vielleicht auch nicht besser als andere Leute. Deshalb haben wir uns in den Gruppen sehr angestrengt, bei denen diese Frage am erheblichsten ist, nämlich in der Gruppe Wirtschaft und in der Gruppe Sozialpolitik sowie in der für Finanz- und Steuerpolitik. Die Gefahr lag darin, daß die Leute von der Wirtschaft glaubten, alles Geld, was übrig sei, könne man für sie für Investitionszwecke und sonstige Dinge reservieren. Die Sozialpolitiker glaubten, das ganze Geld könne man für sozialpolitische Leistungen ausgeben. Die Steuerpolitiker denken, man könne die Steuern so weit senken, daß der Himmel auf Erden für die Steuerzahler errichtet werden könnte. Die Arbeit, die in den einzelnen Gruppen geleistet worden ist, die auch zum Teil zusammenarbeiten mußten, weil sich die drei Gebiete in der Praxis nicht auseinanderreißen lassen, führte dann auch zu einer Reihe von Formulierungen in allen drei Gebieten, denen man auch eine größere Vorsicht anmerkt. Es wird nicht mehr so mit vollen Backen geblasen wie vorher, wobei wir nicht sagen müssen, es wäre etwa alles falsch und unüberlegt

gewesen, was vorher in dem Programm stand. Wir glauben aber, daß eine gewisse Vorsicht, die sich in diesen Änderungen andeutet und ausdrückt, geboten ist. Wir wollen lieber in dieser Frage zu vorsichtig sein und uns nachher angenehm überraschen lassen, daß mehr Geld übrigbleibt als wir gedacht haben, als umgekehrt.

Das Kapitel über die Wirtschaft selbst scheint unseres Erachtens erheblich verbessert zu sein. Das sicher wieder deswegen, weil die Genossen, die in der Diskussion eine Reihe von Vorschlägen machten, in der Kommission Gelegenheit hatten, diese Vorschläge vorzubringen und zu erläutern.

Wir legen euch gerade in diesem Punkt ein sicherlich ganz erheblich verbessertes Manuskript unseres Programmentwurfs vor. Die Formulierungen sind klarer und ohne Zweifel systematischer. Es grenzt sich deutlich gegen mögliche Verdächtigungen, von denen eine ganze Reihe in der Diskussion auch angeführt worden sind, ab, so z. B. gegen die, daß die SPD anderen Leuten das Eigentum wegnehmen und nicht nur die großen Betriebe sozialisieren wolle, sondern auch Mittelstand, Gewerbe und Handel und was alles sonst noch zu sozialisieren sei. Es ist also auch Rücksicht genommen bei dem, was man sagt, sowohl auf die Leute, die nicht wissen, was wir uns dabei denken, als auch auf die, die mit bösem Willen das Programm lesen und nur nach unvorsichtigen Formulierungen eifrig suchen, um es dann in der Propaganda gegen uns an die große Glocke zu hängen.

Wir haben also versucht, hier die Chancen und Möglichkeiten zu geben, die 34-Prozent-Grenze zu überschreiten. Wir hoffen, daß das möglich sein wird, wenn wir auf die Probe gestellt werden, also bei der nächsten Bundestagswahl.

Obwohl wir hier nach dem Prinzip verfahren zu sein scheinen, daß, wer vieles bringt, jedem etwas bringt und keinem eigentlich etwas Rechtes, möchte ich sagen, daß das hier nicht der Fall ist. Wir bringen zwar vielen etwas, aber das liegt daran, daß wir auch wirklich beabsichtigen, für viele eine bessere Welt zu schaffen. Nicht nur aus Gründen der Propaganda versuchen wir, noch irgendwelche Leute oder Gruppen von Leuten zu finden, denen wir noch etwas versprechen könnten. Gerade umgekehrt ist es! Wir haben so vielen Leuten ernsthaft und sauber etwas zu versprechen, daß wir eher eine Gruppe vergessen haben, die wir noch hätten nennen können. Und diese Bemühungen haben uns dahin geführt, manches noch in das Programm aufzunehmen, was bisher noch nicht in ihm gestanden hat.

Die Kapitel über das Handwerk in der Wirtschaft und über die Landwirtschaft sind sachlich nicht erheblich geändert. Das Kapitel über die Landwirtschaft ist lediglich umgestellt worden und ist dadurch systematischer, klarer, übersichtlicher und einfacher lesbar gemacht worden. Dagegen ist der Abschnitt über den Wohnungsbau ganz erheblich geändert und eigentlich neu geschrieben worden. Vor allen Dingen auch unter dem Gesichtspunkt, daß die systematische Gliederung des Programms ganz erheblich geändert worden ist. Dieses Kapitel stand früher unter der Hauptüberschrift Sozialpolitik. Ich glaube, wir sind wohl alle der Meinung, daß es dort nicht hingehört, sondern daß man es ganz einfach in das Kapitel der Wirtschaft nehmen muß, wenn auch als eine besondere Aufgabe der Wirtschaft, und daß der Wohnungsbau genau wie alles, was eigentlich eine Wirtschaftsaktion ist, in die Wirtschaftsplanung, Steuerplanung usw. auch hier eingebaut werden muß, daß die Sozialpolitik zwar etwas davon hat, wenn die Leute gesunde Wohnungen für alle haben, daß der Wohnungsbau selber aber doch nicht eigentlich eine sozialpolitische Aufgabe ist.

Finanz- und Steuerpolitik haben wir jetzt als einen besonderen Hauptabschnitt genommen. Am Inhalt dieses Abschnitts hat sich nicht sehr viel

geändert, wenn auch jeder, der es genau liest, eine größere Vorsicht auch da angewandt sehen wird.

Über die Sozialpolitik habe ich bereits gesprochen. Sie scheint auch klarer — insbesondere durch eine neue Einleitung — und insofern realistischer, als jetzt angedeutet ist, in welcher Ecke man mit Recht gewisse Reserven vermuten kann, aus denen man beim richtigen Anlaufen und richtiger Ausnutzung eine Steigerung der sozialen Leistungen erwarten kann. Es kann also nicht mehr der Eindruck entstehen, daß der Sozialplan, wie wir ihn vorgelegt haben, durch eine Regierungserklärung einer sozialdemokratischen Regierung bereits in die Tat umgesetzt sein könnte. Das hat zwar auch vorher noch niemand geglaubt, aber jetzt ist klarer gesagt, daß das nicht der Fall sein wird.

Wir haben unter der Überschrift „Recht auf Heimat und Hilfe“ die Fragen der Vertriebenen behandelt. Diese Fragen halten wir für so wichtig, daß man sie nicht irgendwo einbauen kann, und deshalb haben wir uns eine neue Hauptüberschrift ausgedacht und unter ihr über die Vertriebenenpolitik alles das gesagt, was zu dieser Frage zu sagen ist.

War glauben, daß hier eine Möglichkeit besteht, die Anregungen des Genossen Löbe und einiger anderer Diskussionsredner vom vorigen Freitag leicht zu verwirklichen. Das ist ein Gegenstand der Politik, der sich so leicht und beinahe so, wie er hier steht, wenn man ihn mit einigen Schlagzeilen und Blickfängen ausstattet, für die Wahl an den Orten, die dafür besonders ansprechbar sind, verwenden läßt und uns außerordentlich gute Dienste wird leisten können.

Schließlich haben wir die letzten drei Kapitel über Jugend, Familie und Erziehung nicht mehr so getauft, sondern unter der Überschrift Kulturpolitik zusammengezogen, von der dann der erste Teil der Erziehung zur Freiheit, Toleranz und sozialen Verantwortung, der zweite Teil Frau und Familie und der dritte Teil das Recht der Jugend betrifft.

Es gab auf dem Parteitag einen Genossen — ich weiß nicht mehr genau, wer es ist; ich glaube aber, es war Genosse Grunner aus Berlin —, der glaubte, daß nun die Jugend in unserem Programm als Schlußpunkt, gewissermaßen als Katzenauge, beleuchtet würde. Das ist nun in der Tat so geworden. Aber wir können sagen, daß die Jugend, soweit sie uns zur Beratung zur Verfügung stand — und das sind führende Funktionäre der jungsozialistischen Bewegung und aus dem Verband der Falken —, es lieber gesehen haben, am Ende des Programms zu stehen, als an der vorletzten oder an der vorvorletzten Stelle. Es ist ganz richtig: Schluß und Anfang eines Programms sind die wichtigsten Stellen, weil man ja ein Programm nicht einfach mit einem „usw.“ ausklingen läßt, nachdem man vorher alle möglichen Forderungen aufgestellt hat, sondern sich meist etwas Nettes ausdenkt, um die ganze Geschichte abzurunden und von dieser Abrundung, von dieser Apotheose dann ein milder Strahl noch auf das Kapitel fällt, das gerade davor steht.

So hat sich denn die Jugend entschlossen — und wir mit ihr — den Reigen unseres Programms zu beschließen. Wir haben am Ende des Programms dann nicht nur für den Abschnitt „das Recht der Jugend“ selber versucht, einen Abschluß zu finden, der sich nicht wie ein bloßes Anhängsel an die anderen Forderungen anreihet; wir haben ganz zum Schluß des Programms eine Anregung der Berliner Genossen aufgenommen; wir haben sie so verwandt, wie sie uns gegeben worden ist.

Ich glaube, daß ich dem Abschnitt „Erziehung zu Freiheit, Toleranz und sozialer Verantwortung“ und „Frau und Familie“ nicht sehr viel Neues

hinzuzufügen brauche — nichts über das hinaus, was ich bereits in meinem ersten Bericht über den ersten Entwurf gesagt habe.

Der Abschnitt über Erziehung zu Freiheit, Toleranz und sozialer Verantwortung ist allerdings sehr viel größer geworden. Wir haben uns doch entschlossen, über die Schule mehr zu sagen. Wir haben auch, soweit es uns notwendig erschien, wenigstens angedeutet, was uns auf dem Gebiete der Hochschulreform, der Erwachsenenbildung usw. vorschwebt. Soweit ein Aktionsprogramm zu diesen Fragen Stellung nehmen muß und nimmt, ist das Wesentliche darüber gesagt worden.

Über das Kapitel „Frau und Familie“ werden vielleicht manche sagen, es stehe zu viel darin. Ich will dem nicht unbedingt widersprechen. Andererseits wissen wir aber, wie notwendig es ist, die Frauen geradezu mit der Nase darauf zu stoßen, daß die Sozialdemokratische Partei die Sorgen der Frauen ernst nimmt, wieso sie sie ernst nimmt und warum gerade die Frauen einen Grund haben, dieses Ernstnehmen mit dem notwendigen Interesse zu erwidern. Ich glaube auch, daß es keine Katastrophe ist, wenn dort einige Sätze stehen, von denen man sagen kann, es wäre auch nicht schlimm, wenn sie fehlten.

Einige Genossen haben gefragt und manche haben direkt den Antrag gestellt, etwas Programmatisches auch über die Justiz zu sagen. Es gab niemand, der etwa gesagt hätte, es sei gar nicht zu verstehen, wie jemand auf den Gedanken kommen könnte. Wir hatten sehr wohl den Eindruck, daß man vielleicht etwas darüber sagen könnte. Aber nach längeren Überlegungen und insbesondere nach Rücksprache mit unseren Fachjuristen sozialdemokratischer Observanz haben wir uns doch entschlossen, dazu nichts vorzuschlagen — einfach deshalb, weil wir hier nicht nur einige Proteste gegen bestimmte Erscheinungen in der Justiz loslassen wollten, über die wir uns alle einig sind, die wir alle für bedenklich halten, die aber an diesem Programm nichts ändern, und die uns leicht in die Gefahr bringen könnten, später einmal zu bedauern, daß wir hier in der Kürze der Zeit etwas geschrieben haben, was nicht hinreichend vorbereitet gewesen ist.

Deshalb scheint es uns besser, über ein Gebiet lieber nichts zu sagen, als etwas, was uns nach zwei oder drei Jahren leid tun könnte, wenn es schwarz auf weiß hingeschrieben ist. Aus diesem Grunde haben wir diesen Antrag vernachlässigt. Ich sage das ausdrücklich, damit niemand auf den Gedanken kommt, wir hätten den Wert dieser Anregung nicht begriffen.

Alles in allem glaube ich, kann es der Parteitag verantworten, den Entwurf so, wie er Ihnen jetzt vorliegt, zu verabschieden. Niemand verlangt ja von einem der Delegierten mit seiner Zustimmung zu diesem Programm ein Bekenntnis, daß dieses Programm nun ein Dokument sei, gegen das er ganz und gar nichts mehr einzuwenden hätte und das seinen Gefühlen, seinem Verstande und seinen übrigen geistigen Kräften völlig entspreche. Ich glaube, keinem von uns geht es so. Aber wenn wir uns nach einem Monat wieder hinsetzen, und eine neue Kommission dieses Programm noch einmal bearbeitet hätte, würden wir vor derselben Frage stehen wie heute: Wir hätten wieder 80 Anträge, von denen keiner dümmere wäre als die, die diesmal gestellt worden sind. Wir würden uns mit sachlichen Gründen streiten können und am Ende der Diskussion den Antrag stellen, den Abschluß der Diskussion auf einen oder zwei Monate zu verschieben. Ich habe inzwischen an der Ausarbeitung einer Reihe von Programmen, Manifesten und öffentlichen Erklärungen mitgearbeitet. Meine Erfahrungen in dieser Beziehung sind von einer beinahe tödlichen Identität. Es gibt dabei nichts Neues zu erfahren, als daß auch bei der strengsten, angestrengtesten, geistig diszipliniertesten und wohlwollendsten Arbeit niemals ein Produkt

entstehen wird, an welchem nun gar nichts mehr zu feilen und zu korrigieren wäre. Wir werden niemals an einem Punkt anlangen, an dem wir alles wissen.

Ein Optimum an Befriedigungsmöglichkeit scheint — alles in allem gesehen — gegeben zu sein: Kürze der Zeit, Beschränkung der Zeit, die den Genossen für diese Arbeit zur Verfügung stand, und die dringliche Notwendigkeit es zu verabschieden, scheint es mir zu erlauben, den Parteitag zu bitten, dieses Programm so, wie es ist — nehmt alles nur in allem! — zu akzeptieren. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich danke dem Genossen Eichler für seinen Bericht. Der Parteitag hat dazu Stellung zu nehmen.

Nun glaube ich, daß es keinem Delegierten in der kurzen Zeit möglich gewesen ist, die Veränderungen durchzusehen. Wir werden also gezwungen sein, der Redaktionskommission volles Vertrauen zu schenken für die Arbeit, die sie geleistet hat. Ich glaube, wir können das auch, ohne große innere Hemmungen oder überhaupt Hemmungen zu haben. Ich stelle also die Frage, wer das Wort zur Aussprache wünscht.

Die Anträge, die zum Aktionsprogramm gestellt sind, halte ich für durch die Überweisung an die Redaktionskommission erledigt. Wenn jemand einen früheren Antrag aufrechterhalten will, muß er sich besonders melden.

Das Wort hat jetzt der Genosse Arnold Müller, Bremen.

Müller, Bremen:

Genossinnen und Genossen! Bei einer oberflächlichen Betrachtung der neuen Vorlage kann man im großen und ganzen feststellen, daß sie erhebliche Verbesserungen enthält. Trotzdem sehe ich als junger Mensch noch eine große Lücke darin. Hier auf dem Parteitag ist so furchtbar viel über die Jugendfrage gesprochen worden. Man hat gesagt: Es genügt nicht, daß wir versuchen, die Jugend für uns zu gewinnen, sondern wir müssen ihr auch die Chance geben, sich mitgestaltend zu betätigen. Daher habe ich im Aktionsprogramm die Frage des Wahlalters vermißt. Zu dieser Frage liegt der Antrag Nr. 97 vor, in dem gefordert wird, das aktive Wahlalter auf 18 und das passive Wahlalter auf 21 Jahre herunterzusetzen. Wenn die Jugend reif ist zu kämpfen — und Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, sie kämpfen zu lassen, sind heute ja schon wieder vorhanden —, wenn die Jugend reif ist, das auszulöffeln, was ihr Ältere einbrocken, dann dürfte sie auch wohl die Reife besitzen, über diese Fragen, die sie selber betreffen, mitzubestimmen. Deswegen bedaure ich es außerordentlich, daß wir diesen wichtigen Punkt nicht herausgestellt haben. Ich möchte bitten, das unter den Jugendforderungen noch besonders herauszustellen. Das wäre nämlich ein Punkt, in welchem wir uns radikal von den anderen politischen Parteien unterscheiden würden. (Sehr gut!) Dadurch wird es uns vielleicht gelingen, einen großen Einbruch in die Schar jener jungen Menschen zu erzwingen, die heute noch nicht bei uns stehen. Wir würden ihnen beweisen, daß wir es mit unserem Streben nach Mitgestaltung der Jugend im öffentlichen Leben ernst nehmen.

Desgleichen habe ich mich schriftlich an die Antragskommission gewandt mit der Bitte, eine Formulierung dahingehend in das Programm einzubauen, daß unsere Partei gegen alle Bestrebungen ist, die darauf hinauslaufen, einen neuen Arbeitsdienst zu errichten. Auch in diesem Punkte sollten wir eine ganz klare Sprache führen. Schon weil wir gegen die Ausbeutung sind, müssen wir uns gegen jeden Arbeitsdienst wenden, sei er auf freiwilliger

oder auf zwangsmäßiger Grundlage aufgebaut. Ich bedaure es außerordentlich, daß es Genossen gibt, die heute noch für einen freiwilligen Arbeitsdienst eintreten. Daher bitte ich, diesen Punkt auch besonders mit herauszustellen, damit nicht nachher etwa einmal eine sozialdemokratische Regierung versuchen sollte, die Jugendarbeitslosigkeit mit dadurch regeln zu helfen, daß man einen neuen Arbeitsdienst aufbaut.

Ich glaube, hier können wir uns mit den Forderungen der Gewerkschaftsjugend solidarisch erklären. In diesem Punkte wäre eine ganz klare Abgrenzung gegenüber den anderen Parteien erforderlich, die den Arbeitsdienst als vordringliche Forderung zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit betrachten, da sie keine anderen Möglichkeiten und Mittel haben, mit diesem Problem fertig zu werden. Wir sollten dann klar herausstellen, daß wir es nicht nötig haben, mit diesen Mitteln der Ausbeutung dieses Problem zu lösen. Ich möchte bitten, daß das bei den Jugendforderungen besonders herausgestellt wird.

Ich meine, um zum Schluß zu kommen, daß es nicht genügt, platonische Erklärungen gegenüber der Jugend abzugeben. Wir müssen und wollen etwas tun. Wir müssen wirklich bereit sein, etwas zu tun. Die Tat entscheidet und nicht das Wort. In der Jugend ist die Auffassung vorhanden, so wenig, wie irgend möglich, Zwang angewendet zu wissen, und so viel Idealismus, wie irgend möglich. Deshalb sollten wir eine ganz klare Abgrenzung zwischen staatlichem Zwang und Individualismus machen, um wirklich die Jugend zu überzeugen, daß wir es ernst meinen mit einer wirklich sozialistischen Gesellschaftsordnung und mit einer Gemeinschaft, in der jedes Individuum seinen gebührenden Platz hat und sich entfalten kann. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Swolinzky, Berlin.

Swolinzky, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Erwarten Sie nicht, daß ich mich tiefschürfend mit dem Inhalt des gesamten Programms hier beschäftige. Aber ein typisches Merkmal muß ich hier einmal ansprechen. Wir sprechen nicht umsonst von einem Juristendeutsch. Bei unseren Verlautbarungen der Partei, glaube ich, könnte man von einem Funktionärdeutsch sprechen. Wenn wir uns um die Werbung neuer Menschen bemühen, haben wir auch an solche Kreise zu denken, die weder erfahren noch übertrieben gutwillig bereit sind, uns zu hören und zu verstehen. Wir haben auch damit zu rechnen, daß man böswillig die Verlautbarungen unserer Partei verdreht oder aus dem Zusammenhang reißt.

Nun vermisze ich im Programm, daß man auf das Fühlen und Denken weiter Schichten unserer Bevölkerung, die in Handel, Handwerk und in der Kleinindustrie selbständig tätig sind, Rücksicht nimmt. Im Gegensatz zu der Auffassung vor hundert Jahren hat sich die Zahl der Selbständigen nicht vermindert, sondern verhältnismäßig sehr stark vergrößert. Eine Partei, die sich, um die Demokratie wirksam werden zu lassen, bemüht, eine Mehrheit im Volk zu erringen, muß auf diese Gruppen in der Bevölkerung Wert legen. Unsere Gegner sprechen immer davon, daß wir die Zwangswirtschaft fordern. Wir hätten stärker betonen müssen, daß, außer der Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien, die Industrie- und Handelsbetriebe, besonders auch die Handwerksbetriebe jeder Größe, unberührt bleiben sollen. Ich weiß, daß im Aktionsprogramm steht: Wir werden die kleinen und mittleren

Betriebe fördern. Als sogenannter Mittelständler ist es meine Aufgabe, mich mit diesen Kreisen der Menschen, die wir gewinnen wollen, zu beschäftigen. Wenn ich den Leuten erkläre, wir werden euch fördern, dann sagt man mir, das ist eine allgemeine Redensart. Von Fördern spricht jede Partei. Wir hätten das Positive der Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien durch etwas Negatives erweitern müssen und eine Grenze zwischen unserer Absicht der Vergesellschaftung und unserer Absicht, die Dinge im übrigen zu lassen, wie sie sind, ziehen müssen. Es bedarf keines Streites, daß man durch steuerliche und lohnpolitische Maßnahmen alles gegenüber dem Mittelstand und den kleineren Unternehmungen erreichen kann, was uns wünschenswert ist. Deshalb vergeben wir uns nichts, wenn wir hier konkret formulieren. Wir sprechen von Privateigentum. Darauf kann jemand sagen: Privates Eigentum und mein Betrieb sind durchaus zu unterscheidende Dinge. Deshalb sollten wir konsequent sagen: Die kleinen Betriebe werden von uns nicht angetastet. Ich weiß aus der täglichen Unterhaltung, daß eine derartige Abgrenzung nötig ist. Ich habe eben zu Freunden scherzend gesagt: Wenn ich mich bemühe, das zu erreichen, schade ich mir selber, weil ich weiß, bei jeder Mehrheit, die wir erringen, habe ich mit einer höheren Besteuerung zu rechnen. Ich handle also selbstlos, wenn ich sage, wir müssen versuchen, diese Kreise in ihrer Sprache anzureden. Sonst verspräche ich mir bei meiner Arbeit unter den Kaufleuten wenig Erfolg. Die Gegner würden sagen: Privateigentum wohl, aber eure Betriebe sollten gesichert sein. Ich empfehle, diese Dinge einmal ernst zu diskutieren und eventuell durch Einfügung eines kurzen Satzes so zu formulieren, daß der sogenannte Mittelstand, den es heute nicht mehr gibt, diese Formulierung versteht und die Gegner keine Chance haben, sie zu verdrehen. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Johann Heide, Arnsberg.

Heide, Arnsberg:

Genossinnen und Genossen! Wenn wir uns das erste Aktionsprogramm vor Augen führen und uns die neue Formulierung nach der Berichterstattung durch den Genossen Eichler betrachten, dann wirft sich die Frage auf, ob wir bei der Kürze der Zeit, wie Genosse Henßler schon sagte, die Möglichkeit haben, darüber eingehend zu diskutieren.

Ich möchte keine wesentlichen Ausführungen zu den einzelnen Teilen, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik usw., machen. Aber eins möchte ich betonen. Ich weiß nicht, ob es überhaupt zweckmäßig ist, heute in eine zweite Debatte einzutreten. (Sehr richtig!) Ich glaube kaum, daß wir an diesem überarbeiteten Aktionsprogramm überhaupt noch Wesentliches ändern können. Man kann wohl Anregungen geben. Wenn wir in eine Debatte eintreten, müßte es wieder zu irgendwelchen Abstimmungen kommen. Wir sollten aber über den gesamten Inhalt dieses neuen Programms entscheiden.

Genossinnen und Genossen! Ich persönlich bin der Meinung, daß man aus dem Aktionsprogramm machen kann, was man persönlich will. Das richtet sich immer danach, ob ich auf dem Lande oder in der Stadt spreche, und zu welchen Schichten der Bevölkerung ich spreche. Deshalb bin ich der Meinung, daß jeder von uns, den berufenen Vertretern auf dem Parteitag, und auch jeder draußen das Aktionsprogramm in der Bevölkerung populär machen kann, wenn er es so auslegt, wie es gegeben ist. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Grunner, Berlin.

Dr. Grunner, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Die Programmkommission hat meiner Auffassung nach eine gute Arbeit geleistet. (Beifall.) Ich kann zu dieser Arbeit nur subjektiv Stellung nehmen, und da kann ich kein besseres Urteil fällen, als zu sagen: Wenn ich es gemacht hätte, hätte ich es auch nicht besser machen können. Das soll unterstreichen, daß ich die Arbeit anerkenne.

Mit einigen Konzessionen an die schwankenden Schichten in Form einer unklaren Ausdrucksweise bin ich nicht einverstanden. Schwankende Schichten können nicht dadurch gewonnen werden, daß man das Programm in Richtung zu einem Allerweltsprogramm erweitert. Die schwankenden Schichten sind nur zu gewinnen, indem man ihnen ihre ökonomische Lage in der Gesellschaft zum Bewußtsein bringt. Darum kommen wir nicht herum, welche Formulierungen auch im Aktionsprogramm stehen.

Welche Formulierungen mir nicht gefallen, will ich hier nicht in der Öffentlichkeit bekanntgeben, um nicht die politischen Gegner darauf hinzuweisen. Hauptsächlich sind es einige ungenaue und den ökonomischen Tatbestand verschleiernde Formulierungen. Es werden sich Interpreten finden, die viel Zeilenhonorar verdienen werden mit Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften, indem sie die einzelnen Formulierungen erläutern. Deshalb ist eine klare Sprache notwendig. Aber Genosse Eichler hat recht: Der Parteitag kann kein Aktionsprogramm beschließen, das alle befriedigt. Je mehr sich aber das Aktionsprogramm bemüht, alle Volksschichten zu befriedigen, desto weniger wird es die Sozialdemokraten und die Arbeiterschaft befriedigen (Beifall), auf die meiner Meinung nach immer weniger Rücksicht genommen wird. Ich für meinen Teil werde dem Aktionsprogramm zustimmen. Die Aufgabe der Sozialdemokraten wird sein, das Aktionsprogramm in der heute zu beschließenden Fassung durch eine echte Diskussion in der Partei zur Auswirkung zu bringen und zu verbessern. Und vielleicht kommen wir dann zu einem neuen Parteiprogramm. In dieser Hinsicht bin ich optimistisch. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Ratz, Kiel.

Ratz, Kiel:

Genossinnen und Genossen! Ich stimme den beiden Vorrednern zu, daß es nicht zweckmäßig ist, hier die neuen Formulierungen zu diskutieren. Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, Formulierungen zu finden, die alle befriedigen. Ich glaube, mit dem neu formulierten Programm haben wir die Grundlage für eine gute Arbeit.

Bei der Durchsicht habe ich aber doch den Eindruck gewonnen, daß manche Verbiegungen der deutschen Sprache vorgekommen sind. Ich würde es begrüßen, wenn sich die Partei entschließen könnte, dem Parteivorstand die Möglichkeit zu geben, rein stilistische Änderungen vorzunehmen. Deswegen möchte ich folgenden Antrag stellen:

Die Partei erklärt sich damit einverstanden, daß der Parteivorstand eine stilistische Überarbeitung des angenommenen Aktionsprogramms vornimmt.

Wenn das geschieht, haben wir, glaube ich, das Rüstzeug, das wir für die kommenden Kämpfe brauchen, und ich glaube, es ist ein gutes Rüstzeug. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Albertz, Hannover.

Heinrich Albertz, Hannover.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte nur eine sehr allgemeine Bemerkung machen. Genosse Eichler hat in seinem heutigen einführenden Bericht mit Recht darauf hingewiesen, daß neben einer von ihm erwarteten Diskussion über einen Satz im Programm zur Außenpolitik die wesentliche Spannung in der Arbeit der Programmkommission die Karnevalsfrage gewesen ist: Wer soll das bezahlen? Es ist eine schwierige Aufgabe für die Genossen aus den verschiedenen Gruppen unserer Partei, eine Koordination zwischen der Wirtschafts- und Steuerpolitik auf der einen Seite und der Sozialpolitik auf der anderen Seite zu erreichen. Ich bin als einer derjenigen, der in die Rotte der Sozialpolitiker gehört, dafür dankbar, daß auch hier vor dem Plenum des Parteitages diese Frage von unseren Freunden von der Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik sehr ernst gestellt worden ist. Ich bin der letzte, der irgendwelche Illusionen darüber hätte, daß wir ein großes Programm auf sozialpolitischem Gebiet aufstellen könnten, das dann durch die nüchterne Realität und die finanziellen Möglichkeiten uns doch von vornherein über den Haufen werfen würde.

Aber ich möchte versuchen, bei dieser Schlußdiskussion über das Aktionsprogramm zu dieser Seite unserer Arbeit, vielleicht aus meinem seltsamen Beruf her, hier noch eine Exegese zu geben, auf deutsch, eine Hintergrundbemerkung. Die Theologen können ja aus den Texten alles herauslesen. (Heiterkeit.) Das war keine unfreundliche Bemerkung gegen die Theologen! (Zuruf: Das ist eine Selbsterkenntnis.) Ich möchte, um wieder ernst zu werden, hier noch folgendes sagen. Ich bin überzeugt, daß sowohl Genosse Eichler, als der Chef der Arbeit an diesem Aktionsprogramm, als auch die Freunde von der Wirtschafts- und Steuerpolitik mit mir sagen werden, daß hinter der Frage, wer das bezahlen soll, die andere Frage von uns positiv beantwortet werden sollte, daß gewisse Dinge bezahlt werden müssen (Beifall) und daß wir bei aller Anerkennung, allem Sachverstand und bei aller Würdigung der nüchternen Realitäten die Investitionen in den Menschen mindestens ebenso wichtig nehmen müssen wie die Investitionen in Sachgütern. Ich weiß, daß das schon etwas an der Grenze gefährlicher Schlagworte liegt, meine Freunde von der Wirtschaftspolitik, denn sicher ist auch jede Investition in Sachgütern ein echter Dienst am Menschen, wenn diese Investition vernünftig ist.

Aber auch auf diesem Parteitag und als Hintergrund dieses Aktionsprogramms sollte für uns unverrückbar stehen, daß wir die Dinge, die in der Sozialpolitik von uns gefordert werden, nicht als eine Soziallast, sondern als eine Sozialleistung sehen. (Beifall.) Ich wäre dafür dankbar, daß von diesem Parteitag aus diese fruchtbare Spannung, die in der Aktionskommission so deutlich zu Tage getreten ist, den großen Bogen sozialistischer Politik weiter hält und weiter prägt als einen echten Dienst am Menschen.

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Haas, Nürnberg:

Haas, Nürnberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte nur eine Anregung zur Kulturpolitik vorbringen, die für Bayern aber von größter Bedeutung ist. Franken hatte schon in einem Antrag gewünscht, daß das Wort „Hochschulen“ bei der Lehrerbildung durch das Wort „Universitäten“ ersetzt würde. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß uns die jetzige Festlegung in Bayern Schwierigkeiten machen könnte, weil man dort versucht, die Lehrerbildung gerade an die philosophisch-theologischen Hochschulen zu verlegen. Ich bitte zu prüfen, ob es nicht möglich ist, das durch eine konkrete Festlegung zu verhindern.

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Hemsath, Westliches Westfalen.

Hemsath:

Die Programmkommission hat es für richtig gehalten, den Unterabschnitt „Gesunde Wohnungen für alle“ aus dem Abschnitt „Sozialpolitik“ in den Abschnitt „Wirtschaftspolitik“, und zwar zwischen Handwerk und Finanz- und Steuerpolitik, einzufügen. Man hat gesagt, das sei ein Vorteil. Dieser Auffassung kann ich mich aber nicht anschließen, weil die Forderung nach gesunden Wohnungen ein sozialpolitischer Grundsatz unserer Gesamthaltung ist sowie eine der elementarsten Voraussetzungen für eine wirksame Gesundheitspolitik. Dieser Grundsatz der Forderung nach gesunden Wohnungen für alle gehört also sicherlich in den Abschnitt „Sozialpolitik“ hinein.

Ich bitte die Programmkommission, sich noch einmal zu überlegen, ob es wirklich eine Verbesserung bedeutet, wenn man unsere Forderung nach sozialen Wohnungen für alle und die Aufzeichnung des Weges zur Verwirklichung dieser Forderung unter allen Umständen in den Abschnitt „Wirtschaftspolitik“ hineinschreibt. Ich vermag in dieser Änderung keinen Fortschritt zu sehen.

Vorsitzender Henßler:

Die Rednerliste ist geschlossen. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Eichler:

Genossinnen und Genossen! Ich glaube nicht, daß die Diskussionsredner von mir erwarten, daß ich sage, wir würden alles entsprechend ihren Vorschlägen ändern. Zu jedem Punkt möchte ich trotzdem das sagen, was ich für richtig halte. Es kann sich daher nur um eine persönliche Stellungnahme handeln, weil ich ja in der Zwischenzeit nicht Gelegenheit hatte, mich mit den Genossen von der Kommission zu unterhalten.

Der Genosse Müller (Bremen) hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre gefordert. Die Partei hat sich seit langer Zeit und sehr oft darüber unterhalten. Wir sind immer zu der Auffassung gekommen, daß diese Forderung keineswegs das Ergebnis haben würde, junge Menschen an die Politik heranzuziehen. Für die Jugend ist vielmehr notwendig, ein vernünftiges Leben gesichert zu erhalten. Notwendig ist, die Jugend immun gegen das zu machen, was leider im Wahlkampf auch oft die Hauptrolle spielt, nämlich Demagogie von sachlichen Argumenten zu unterscheiden.

Es gibt doch keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß wir den Arbeitsdienst nicht wollen. Ich habe sogar in der Kommission gelegentlich gefragt, ob wir nicht schreiben wollten, daß wir dagegen seien. Man entgegnete mir, daß wir doch nicht alles in das Programm hineinschreiben könnten, wogegen wir seien. Nirgends ist im Programm angedeutet, daß wir für den Arbeitsdienst sind. Wenn die Vermutung nahe läge, daß einer auf den Gedanken kommen könnte, dann würde ich verstehen, daß man diese Ablehnung festlegt. Aus keiner Zeile des Aktionsprogramms geht auch nur andeutungsweise hervor, daß das beschlossen werden könnte. Deshalb braucht man das auch nicht besonders zu negieren.

Genosse Müller hat natürlich recht, wenn er sagt, der Sozialismus solle eine Gemeinschaft von Menschen erstreben und darstellen, er solle nicht mit Versprechungen arbeiten. Wir erkennen an, daß das in der Politik sehr oft geschieht. Am wenigsten geschieht es aber in unserer Partei. Versprechungen stellen immer eine Gefahr dar. Es ist sehr einfach, zu sagen, dieses

Programm lasse Ansätze vermissen, die Voraussetzungen für eine solche Gemeinschaft herzustellen, die Bevölkerung, die Sozialisten und Arbeiter fähig zu machen, nicht nur in diese Gemeinschaft hineinzuwachsen, sich durch sie stützen und tragen zu lassen, sondern auch in dieser Gemeinschaft eine Rolle zu spielen. Das ist die Idee, die wir haben. Ich glaube, daß das Programm uns dabei helfen wird, wenn wir selbst uns an das Programm halten.

Genosse Swolinzky hat das typische Merkmal unserer Bewegung — wie er meint — hier aufs neue gebrandmarkt und hat dabei einige Bundesgenossen auf dem Parteitag gefunden, indem er sich über das „Funktionärdeutsch“ beschwerte. Auch hier ist es einfach, derartige allgemeine Behauptungen aufzustellen. Das Beste wäre: Schreibe du uns doch einen Programmteil auf, der dir nicht den Eindruck macht, im Funktionärdeutsch abgefaßt zu sein. Ich garantiere dir, die Leute werden sagen: Was hat das für ein Jurist geschrieben? Mir hat z. B. einer geschrieben, der noch nicht wußte, daß die Präambel von Kurt Schumacher stammt: Warum laßt ihr solche bedeutsamen Dokumente nicht durch Schumacher schreiben? Der hätte es klar und überzeugend hingeschmissen! (Heiterkeit.) So würde es vielen gehen. Entgleisungen, Abweichungen ins Funktionärdeutsch, gibt es immer wieder. Ich glaube aber nicht, daß unser Programm übermäßig viel davon enthält. Wenn jemand etwas entdeckt, möge er uns einen Nasenstüber geben. Wir sind für jeden Hinweis dankbar.

Dann hat Genosse Swolinzky erklärt, wir sollten noch stärker betonen, was wir nicht sozialisieren wollen. Ich darf darauf hinweisen, daß so etwas sogar im Programm steht. Allerdings nicht wie in einem Katalog bei Wareneinfuhr, der 758 Posten enthält. Hierfür gilt das gleiche wie für das Thema „Arbeitsdienst“. Wenn dieses Programm ein einfacher Handwerker liest, der zumindest Volksschulbildung hinter sich hat, lesen und schreiben kann, dann kann ich mir nicht vorstellen, daß er mit ruhigem Gewissen erklären könnte, er wisse noch immer nicht, ob die Sozialdemokraten den kleinen Mittelstand sozialisieren wollten. Wir machen uns geradezu verdächtig, wenn wir mit Schildern herumlaufen, auf denen steht, was wir nicht machen wollen. Wir haben den kleinen und großen Gewerbetreibenden unzählige Male versichert, daß wir ihnen nichts Böses antun, sondern ihnen helfen wollen. (Beifall.)

Der Genosse Heide hat etwas sehr Interessantes erzählt. Bei der Betrachtung dieses Programms bringt natürlich jeder seine speziellen Gesichtspunkte. Das liegt im Beruf, in der Landschaft. Landschaft: Das ist ja das neue Wort für das, was auf die Haltung eines Menschen einwirkt. Bei den meisten Anträgen kann ich von vornherein sagen, von wo sie kommen, aus Schleswig-Holstein, aus Niedersachsen oder einer anderen Gegend. Das liegt nicht daran, daß die Anträge besonders klug oder dumm sind, sondern daran, daß man weiß, in welcher Gegend die angeschnittenen Fragen eine hervorragende Rolle spielen. Mit anderen Worten: Wir wissen ja, wo jeden der Schuh drückt.

Es ist verständlich, daß der kleine Gewerbetreibende, der Industriearbeiter, der Arbeitslose, der 18jährige und der 50jährige wünschen, etwas sie speziell Berührendes im Aktionsprogramm zu lesen. Daher kommt es, daß das Aktionsprogramm nicht jeden in jeder Hinsicht befriedigen kann. Dieser Mangel ist aber nicht zu vermeiden. Das liegt nun einmal an der Verschiedenartigkeit der Menschen. Wenn aber nun einmal alle Menschen gleich wären, ganz gleich, wem sie ähnelten, dann wäre das eine fürchterlich stumpfsinnige Gesellschaft. Deshalb nehmen wir die Verschiedenartigkeit der Menschen lieber als schön entgegen.

Genosse Swolinzky hat uns als versteckte Zentralisten bezeichnet. Genosse Grunner hat wieder etwas anderes erklärt. Er warnte und sagte, wir hätten, um alle Schichten zu befriedigen, so viele Konzessionen gemacht, daß eine Schicht, nämlich der Arbeiter, nicht befriedigt werde. Das war die einzige Bemerkung in der Diskussion des heutigen Vormittags, die mir leid getan hat, nicht deshalb, weil sie gegen uns gerichtet war. Wir sind ja durchaus von dem Verdacht frei, nicht die richtige Sorge für den deutschen Arbeiter zu empfinden. Auf einem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei sollten wir aber nicht erklären, daß alle möglichen Leute mit dem Programm zufrieden sein können, daß wir uns aber vom deutschen Arbeiter fortbewegen! Das ist nicht gut! (Beifall.) Selbstverständlich hat Grunner in einem recht. Man kann Leuten, die nicht begreifen, in welcher Lage sie sich befinden, nicht dadurch helfen, daß man sich in die gleiche Ignoranz den ökonomischen Verhältnissen gegenüber begibt. Wir müssen uns bemühen, einmal den Verstandesdeckel aufzureißen, frische Luft und Gegenzug in dieses Kästchen hineinzubringen. Wer weigert sich denn? (Heiterkeit.) Vielleicht hat Grunner gedacht, daß unsere Konzessionen Blickfang oder Wahlparolen sein sollen, die wir in Wirklichkeit gegen unser Gewissen in das Programm hineingeschrieben hätten. Das ist aber nicht der Fall. Wir sind der Meinung, daß sich seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes etwas geändert hat! Dafür können die Verfasser des Kommunistischen Manifestes nichts, wir aber auch nicht. Diese Tatsache müssen wir ausdrücklich festhalten. Als Politiker haben wir Tatsachen zu akzeptieren. Wenn sie uns nicht passen, dann können wir sie ändern. Wir müssen uns aber darüber klar sein, mit welchen Tatsachen wir es zu tun haben. Darin ist sich die Kommission wohl einig: Wir haben nichts in das Programm hineingeschrieben, was wir im Interesse der Arbeit für unsere Partei und für den Sozialismus nicht verantworten können. Im Programm steckt — von uns aus gesehen — nicht irgendeine Wahllüge, ein Lockmittel für Stimmenfang oder etwas Ähnliches. Natürlich wollen wir Stimmen fangen. Wenn wir aber die Fliegen locken, dann locken wir sie auf echten Honig, nicht auf Fliegenfänger, führen sie nicht an der Nase herum, tun nicht so, als ob wir eine Blume in der Hand hätten, obwohl wir in Wirklichkeit ein Klümpchen Dreck vorzuweisen haben. (Beifall.)

Genosse Ratz hat einen Antrag gestellt, der uns wohl alle befriedigen könnte. Wir hätten bei dessen Annahme die Chance, im Rahmen des Parteivorstandes und mit einem Kreis von Genossen, die man aussuchen müßte, im Programm stilistisch, nicht sachlich, dieses und jenes Wort zu ändern. Ich halte den Vorschlag für gut und hoffe, daß sich der Parteitag ihm anschließt.

Genosse Albertz hat etwas sehr Gescheites gesagt. (Heiterkeit.) Damit will ich nicht sagen, daß er es sonst nicht tut. Es hat mich aber nicht nur interessiert, sondern auch bewegt. Natürlich besteht die Gefahr, daß man sagt: Wer soll das bezahlen? Man guckt vielleicht in die Kasse hinein, stellt fest, daß nichts drin ist (Zuruf: Typisch Kassierer!), und erklärt: Dann können wir nichts bezahlen! Wenn Deutschland heute etwa 850 Mill. DM monatlich für Dinge ausgibt, die weder wirtschaftlich noch sozialpolitisch eine positive Auswirkung haben — von dem Gesichtspunkt der Humanität will ich gar nicht sprechen —, dann glaube ich, ist es wirklich wichtig, die Frage zu stellen: Was muß unbedingt bezahlt werden? Diese Frage ist natürlich wichtig.

Der Genosse Haas hat die Frage angeschnitten, über die man sich in den deutschen Lehrerverbänden schon seit Jahrzehnten die Köpfe heiß und kalt redet: Die Frage der Lehrerausbildung an Universitäten. Sachlich haben wir gegen eine solche Lehrerausbildung nichts. Ich kann euch aber nicht

versprechen, daß wir diese kleine Änderung, die wie eine kleine stilistische Änderung aussieht, hineinbringen. Wir werden mit unseren kulturpolitischen Fachgenossen aus den Sektoren Schule und Hochschule noch einmal darüber beraten.

Der Genosse Hemsath hat schließlich dagegen protestiert, den Komplex Wohnungsbau in den Abschnitt „Wirtschaft“ zu nehmen. Ich glaube, daß das keine grundsätzliche Frage ist. Natürlich kann man sagen, daß der Wohnungsbau in den Gesundheitsdienst gehöre. Das folgt schon aus dem Ausdruck „Gesunde Wohnungen“. Wir wollen aber keine Villen bauen, die bauen sich andere Leute für eigenes Geld. In der Riesenplanung gehört aber der Soziale Wohnungsbau in den Sektor Wirtschaft. (Sehr gut!) Er muß in die Investitionsplanung aufgenommen werden. Es ist doch eigentlich selbstverständlich, daß man das Geld praktisch aus dem gleichen Topf nehmen muß. Man sollte nicht zehn verschiedene Töpfe aufstellen.

Damit glaube ich, den Diskussionsrednern Rede und Antwort gestanden zu haben. Ich bitte den Parteitag, das Programm zu verabschieden, damit wir in der Beratung der Tagesordnung fortfahren können. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Genossinnen und Genossen! Außer dem Antrag Ratz liegen keine Anträge vor. Dieser Antrag bedarf keiner besonderen Abstimmung mehr, weil vom Berichterstatter anerkannt wurde, daß eine solche stilistische Überprüfung erfolgen soll, die aber am sachlichen Inhalt nichts ändert.

Wir haben dann nur noch über die Vorlage abzustimmen, die uns die Redaktionskommission vorgelegt hat. Ich bitte um ein Handzeichen derjenigen, die dieser Vorlage zustimmen. — Ich bitte um die Gegenprobe — Ich stelle fest, daß diese Vorlage die einstimmige Annahme des Parteitages findet. (Stürmischer Beifall!)

Ich bitte jetzt den Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission, das Wahlergebnis mitzuteilen.

Schönfelder (Berichterstatter):

Genossinnen und Genossen! Ich gebe das Ergebnis zur Wahl der Kontrollkommission bekannt:

Abgegeben wurden	371 Stimmen
Ungültig waren	0 Stimmen
Demzufolge	371 gültige Stimmen

Davon entfielen der Reihenfolge der Stimmenzahl nach auf:

Gustav Bratke	363 (Beifall)
Adolf Schönfelder	363 (Beifall)
Fritz Ulrich	363 (Beifall)
Grete Rudoll	357
Walter Damm	355
Ernst Herder	355
Christian Wittrock	354
Heinrich Höcker	353
Jakob Steffan	346

Damit sind die Vorgenannten in die Kontrollkommission gewählt. (Beifall.)